



Internationale Tagung

Wien, Do, 4.11.2010 – Fr, 5.11.2010

Lust am Konkreten!

Ansprüche und Widersprüche Sozialer Arbeit

Tagungsreader

**VeranstalterInnen: kriSo – Verein kritische Soziale Arbeit
& FH Campus Wien, Studiengang Soziale Arbeit**

Weitere Infos auf www.kriso.at

Inhalt

Eröffnungsinput: Transformationen und Perspektiven des Sozialen	2
SYM 1: Raum anders gedacht. Soziale Sicherheit und Demokratie statt Marginalisierung ...	3
SYM 2: Bildung anders gedacht. Lebenslagenbezogene “Daseinskompetenz” statt Mündigkeit?	9
SYM 3: Teilhabe anders gedacht. Anerkennung und Verwirklichungschancen statt Aktivierung	13
Impuls zur Plenardiskussion: Neue Risiken, neue Perspektiven – Wohin will die Soziale Arbeit?	18
HV 1: Professionalisierung konkret: Fallstricke und Perspektiven fachlichen Arbeitens	21
HV 2: Professionalisierung konkret: Österreichischer Wildwuchs oder klare Perspektiven?	22
AK 1: Gemeinwesenarbeit konkret	23
AK 2: Politisch Handeln konkret.....	27
AK 3: Gewaltprävention in der Jugendarbeit konkret	34
AK 4: Familienarbeit konkret.....	39
AK 5: Diversity Management konkret.....	43
AK 6: Existenzsicherung und soziale Teilhabe konkret.....	46
AK 7: Soziale Arbeit mit „schwer erreichbaren“ KlientInnen konkret.....	51
AK 8: Soziale Arbeit in Justizanstalten konkret.....	55
AK 9: Soziale Dienstleistung konkret.....	58
AK 10: Aufsuchende Soziale Arbeit konkret.....	62
AK 11: Schulsozialarbeit konkret.....	64
AK 12: Dokumentation konkret.....	70
AK 13: Interkulturelle Arbeit konkret.....	74
AK 14: Neue Interventionsformen konkret.....	79

**Eröffnungsinput:
Transformationen und Perspektiven des Sozialen**

Gabriele Michalitsch (Universität Wien, Institut für Politikwissenschaften)

**Transformationen und Perspektiven des Sozialen:
Solidarisierung statt Ökonomisierung**

Neoliberale Restrukturierungsprozesse führ(t)en zur „Ökonomisierung des Sozialen“, mit der das Modell des Marktes zum strukturierenden Prinzip sämtlicher Gesellschaftsbereiche avancierte: „Eigenverantwortung“ und das „unternehmerische Selbst“ wurden (und werden) beschworen, gesellschaftliche Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zunehmend privatisiert. Im Rahmen von – in den letzten beiden Dekaden europaweit dominanten – Workfare-Strategien wie Arbeitsmarkt-Deregulierung, Sozialabbau und Aktivierung wurden so etwa Arbeit und Arbeitslosigkeit als private Verantwortungsbereiche redefiniert, Erwerbsarbeit mit Entfaltung von Kreativität und individuellen Fähigkeiten, persönlichen Neigungen und Potenzialen verbunden und am Verhaltensmodell der Entrepreneurship ausgerichtet. Die Forderung, in Selbst-Management, -Präsentation und -Weiterentwicklung zu investieren und damit – Reproduktionsarbeit ausblendend – die gesamte Lebensführung an ökonomischer Verwertbarkeit zu orientieren, wurde an das Versprechen ökonomischen Erfolgs gekoppelt, während Erwerbslosigkeit als Ausdruck persönlichen Ungenügens – Mangel an Qualifikation oder Initiative – gedeutet und individualisiert wurde.

Damit verband sich vor allem verstärkte Differenzierung von Arbeitsverhältnissen und Einkommen – nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern. Anhaltende Prekarisierung und hohe (Langzeit-)Erwerbslosigkeit führten zu erheblicher sozialer Polarisierung, die sich im Gefolge der Wirtschaftskrise weiter verstärkt und zu einer tiefen sozialen Krise verfestigt, wie sie sich in beträchtlicher – durchwegs auch geschlechtsspezifischer – sozioökonomischer Ungleichheit, Armut und Armutsgefährdung, sozialer Hierarchisierung, Marginalisierung und Exklusion manifestiert. Zunehmender Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe, gesellschaftliche Spaltungen und aufbrechende soziale Konfliktlinien charakterisieren gesellschaftliche Desintegrationsprozesse, die im Zuge budgetärer Sparpakete zur Deckung der Krisenkosten weiter verschärft werden und nicht zuletzt eine tiefe politische Krise befürchten lassen. Denn sozialer Ausschluss höhlt auch demokratische Grundlagen zusehends aus, treibt postdemokratische Entwicklungen voran und verweist auf eine längst schwelende Krise der Demokratie. Der Ökonomisierung des Sozialen wäre daher ein Modell der Solidarisierung entgegenzusetzen, das auf gesellschaftliche Inklusion *aller* zielt und damit demokratische Grundlagen sichert.

SYM 1: Raum anders gedacht. Soziale Sicherheit und Demokratie statt Marginalisierung

Sabine Gruber (Diakonie Austria /ATTAC)
Christian Reutlinger (FHS St. Gallen)
Marc Diebäcker (kriSo/FH Campus Wien)

SYM 1.1: Impuls von Sabine Gruber, www.sabine-gruber.at, mail@sabine-gruber.at

Wenn über die Gestaltung und Nutzung von Räumen demokratisch entschieden werden soll, dann müssen die potenziellen NutzerInnen Mitbestimmungsmöglichkeiten haben.

Derzeit gibt es kaum öffentliche Räume, wo demokratische Prozesse möglich und sichergestellt sind. Die bestimmende Rechtsform ist das Privateigentum, das wenigen EigentümerInnen das Recht zu bestimmen gibt. Mitbestimmung ist rechtlich nicht erforderlich bzw. basiert auf einer freiwilligen Basis.

Das verbriefte Recht ist gesellschaftlich konstruiert und über Jahrhunderte etabliert. Die Vorstellung sitzt tief in unseren Köpfen und erscheint uns als „naturgegebenes“ Recht (vgl. Die Konstruktion der Wirklichkeit v. Berger/Luckmann).

Räume sind nicht nur natürliche oder gebaute Orte (Container-Raumvorstellung), sondern sie sind gleichzeitig geprägt von unseren Vorstellungen (Synthese & Spacing vgl. Löw). In dem Wissen um seine Konstruiertheit liegt der Schlüssel, Raum anders zu gestalten.
Gegenbeispiele: Augarten Spitz

Macht ist die Fähigkeit, die Produktion von Raum zu beeinflussen (vgl. Harvey)
Was sind die Leitgedanken bei der Raumproduktion?
Wer setzt sich bei der Raumproduktion durch?

Im Kapitalismus herrscht die Vorstellung, Raum sei homogen. Raum wird als Ware getaucht. Dabei wird keine Rücksicht auf Menschen und Umwelt genommen.
Alternative: Raum relational betrachten. z.B. Nachhaltigkeits-Idee nimmt auf Natur (Grenzen des Wachstums) und Menschen (soziale Inklusion) Rücksicht.

BürgerInnenbeteiligung *kann* die Nachhaltigkeits-Idee befördern, weil mehr Akteursgruppen involviert und Entscheidungen entschleunigt werden.

Mein Ideal: Kooperative Entscheidungen (Achtung: unterschiedliche Demokratieverständnisse) und verbindliche mehrstufige Entscheidungsprozesse
Voraussetzung: Kleinstrukturen und Begrenzungsmacht
Trend: Großstrukturen (Wachstumsideologie, Verwertungsinteressen, Privatisierungsdruck), Behinderungsmacht und Verdrängung
Gefahr: Nivellierung der Ansprüche und Widersprüche
Einschätzung: Die aktuelle Situation erfordert oft Anwaltschaft (Gegenmacht) (z.B. Land grabbing, Kommerzialisierung der Städte). Kooperation ist möglich, wenn der politische Wille vorhanden ist (Bsp. des Grätzlmanagements, Lokale Agenda 21)
Mein Beitrag: Positionierung in Machtstrukturen und Einflussmöglichkeiten transparent machen

Die (Rück-)Eroberung von Raum, Aneignung und mitgestalten erfordert ein Umdenken in den Köpfen und intelligente, gewaltfreie Protestformen. Motto: Wut kreativ wandeln.

SYM 1.2: Impuls von Christian Reutlinger, FHS St.Gallen

Raumgestaltungsperspektiven jenseits von Pappkartonschachtelwelten – Plädoyer für eine reflexiv-räumliche Haltung in der Sozialen Arbeit

In den vergangenen zwei Dekaden fand in der Sozialen Arbeit unter dem Begriff *Sozialraumorientierung* eine räumliche Wende („spatial turn“) statt: Es wurde unheimlich viel über den Raum und dessen Gestaltungsmöglichkeit geredet (Gestaltungseuphorie). Landauf-landab wurden „raumorientierte“ Handlungskonzepte implementiert und (kommunale) Konzeptionen gebietsbezogen umgebaut (vgl. Reutlinger u.a. 2007; Gerstner u.a. 2007).

Ein zentrales Problem von diesem „spatial turn“ war, dass man sich kaum gefragt hat, welche gesellschaftlichen Veränderungen bzw. Umbrüche hinter der „Rede vom Sozialraum“ stehen und was adäquate, raumbezogene, fachliche Antworten wären, um diesen aus einer kritischen oder zumindest sozialen Perspektive zu begegnen (vgl. Reutlinger 2008). Durch das oft unhinterfragte Agieren und der unreflektierten Rede verhüllte man die eigentlichen, zur Disposition stehenden Gestaltungsfragen. Eine reflexive Gestaltung des Fensters im Sinne zentraler sozialer und politischer Forderungen und hinsichtlich einer proaktiven sozialen Gesellschaftsentwicklung war nicht möglich (Gerstner u.a. 2007).

Angesichts der Vielschichtigkeit an unterschiedlichen Denktraditionen und Gestaltungszielen die sich hinter der Rede von der Sozialraumorientierung verstecken, hätte es grundlegende Konflikte geben müssen, denn schliesslich stand nicht weniger als die (Neu)Formierung sozialer Zusammenhänge im 21. Jahrhundert zur Disposition (Kessl/Reutlinger 2010). Doch – und das verwundert sehr – bleibt es in der Regel auffallend ruhig: man schien sich „unter einer pragmatischen Perspektive der Handhabbarkeit“ damit zu begnügen, meist ein städtisches, in der Regel hinsichtlich statistischer Merkmale als benachteiligt definiertes Gebiet als „Sozialraum“ zu bezeichnen. Überspitzt könnte man sagen, dass man sich mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner begnügte und sich damit in eine Pappkartonschachtelwelt zurück zog. Raumtheoretisch liegt hinter dem Verständnis von *Sozialraum als Gebiet und damit als Pappkartonschachtel* eine *absolutistische Raumvorstellung*. Diese Vorstellung ist angesichts der heutigen, zumeist transnational und quer zu den bisherigen Einheiten verlaufenden gesellschaftlichen Prozesse zugunsten einer relationalen Raumvorstellung aufzugeben (Gerstner u.a. 2007; Reutlinger 2008).

Beim Plädoyer für eine reflexiv-räumliche Haltung soll eine Raumgestaltungsperspektive stark gemacht werden, in welcher Soziale Arbeit an den relevanten gesellschaftlichen Gestaltungszusammenhängen – im Sinne einer *Arbeit am Sozialen* – mitwirken und damit gestalten kann. Will man verstehen, wie BürgerInnen, unterschiedliche Fachkräfte oder politisch Verantwortliche Räume unterschiedlich erleben und gestalten und wie dadurch die soziale und räumliche Welt neu geordnet wird (Kessl/Reutlinger 2010) sprechen wir – d.h. Fabian Kessl und ich – in Abgrenzung zur Sozialraumorientierung von *Sozialraumarbeit*. Für eine transdisziplinäre Sozialraumarbeit ist eine reflexiv-räumliche Haltung notwendig (vgl. Kessl/Reutlinger 2008, 2010; Reutlinger/Wigger 2010).

Der fachliche Input nimmt den Ausgangspunkt in kritischen Analysen der Rede von Sozialraumorientierung, skizziert die Grundpfeiler einer Konzeption von Sozialraumarbeit und konkretisiert diese in der Figur einer reflexiv-räumlichen Haltung.

Literatur:

Wolfragen Gerstner, Johannes Kniffki, Christian Reutlinger und Jan Zychlinski (Hrsg.) (2007): Deutschland als Entwicklungsland. Transnationale Perspektiven sozialräumlichen Arbeitens. Freiburg i.Brsg.: Lambertus Verlag.

Fabian Kessl und Christian Reutlinger (2010): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Fabian Kessl und Christian Reutlinger (Hrsg.) (2008): Schlüsselwerke der Sozialraumforschung. Traditionslinien in Text und Kontexten. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Christian Reutlinger (2008): Raum und soziale Entwicklung. Kritische Reflexion und neue Perspektiven für den sozialpädagogischen Diskurs. Weinheim und München: Juventa.

Christian Reutlinger und Annegret Wigger (Hrsg.) (2010): Transdisziplinäre Sozialraumarbeit. Grundlegungen und Perspektiven des St.Galler Modells zur Gestaltung des Sozialraums. Berlin: Frank und Timme – Verlag für wissenschaftliche Literatur.

Christian Reutlinger, Wolfgang Mack, Franziska Wächter und Susanne Lang (Hrsg.) (2007): Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Zur Person:

Christian Reutlinger, 1971 in Zürich geboren, hat am Geographischen Institut der Universität Zürich ein Diplom in Geographie erworben und danach ein Nachdiplomstudium in Human- und Sozialgeographie in Zaragoza (Spanien) mit Schwerpunkt Sozial- und Jugendpolitik absolviert. Nach dem Nachdiplomstudium hat Christian Reutlinger an der Technischen Universität Dresden in Sozialpädagogik und Sozialpolitik promoviert und habilitiert. Von 1999 bis 2006 arbeitete Christian Reutlinger als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Dresden sowie als wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut in Leipzig und München. In dieser Zeit hat er u.a. im deutschen Bund-Länder-Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C), dem Partnerprogramm von „Soziale Stadt“, die wissenschaftliche Begleitung durchgeführt. Seit Sommer 2006 ist er als Dozent und Projektleiter in der Forschungsabteilung des Instituts für Soziale Arbeit (IFSA) der FHS tätig, wo er das Kompetenzzentrum „Soziale Räume“ leitet. Christian Reutlinger unterrichtet an verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen, wie beispielsweise als Dozent im Master „Gemeinwesenentwicklung, Quartiermanagement und lokale Ökonomie“ an der FH München, an der Alice Salomon Fachhochschule Berlin oder als Privatdozent in Erziehungswissenschaften (Schwerpunkt Sozialpädagogik) an der TU Dresden. Als Vorstandsmittglied des „Instituto Marco Marchioni – comunidad, participación, desarrollo“, dem spanischen Verband der Gemeinwesenarbeit (trabajo social comunitario) (<http://www.institutomm.org/>), engagiert er sich auch ehrenamtlich für die fachliche Weiterentwicklung der community-orientierten Praxis. Christian Reutlinger ist Autor mehrerer Bücher zum Themenfeld Soziale Räume, Kooperation und Vernetzung.

SYM 1.3: Impuls von Marc Diebäcker, kriSo/FH Campus Wien

I . Räume und die Macht der Normen

1. Wenn städtische Räume im Sinne eines territorialen Raumbegriffs verstanden werden, dann sind die einzelnen Orte oder Plätze durch ein Normensystem strukturiert, das unterscheidet, was als normal oder anormal gilt bzw. gelten soll. Grundsätzlich ist das Normensystem an einem Ort durch ein Verhältnis von dominierenden und unterworfenen Normvorstellungen charakterisiert, das sich aber dynamisch wandelt. (Foucault 2006[1967]) Der konkrete städtische Raum und seine Ordnung ist also grundsätzlich vermachtet, hierarchisch strukturiert und umkämpft.

2. Die konkreten Bedeutungen und die etablierte Ordnung eines Raums sind nur in Beziehung zu anderen Räumen zu verstehen. Diese Relation zwischen Räumen ist u.a. dadurch gekennzeichnet, dass sich an „gekerbten Flächen“ gesellschaftliche Aufmerksamkeit konzentriert, während „glatten Flächen“ geringere Bedeutung zukommt. (Deleuze/Guattari 2006[1980]) Die damit verbundene Sichtbarkeit bzw. Unsichtbarkeit sozialer Phänomene im Raum hat politische Bedeutung, denn das sichtbare Problem erfordert eine politische Lösung.
3. In vielen Großstädten ist eine zunehmende Regulierung von öffentlichen Räumen zu verzeichnen, z.B. an zentralen oder hochfrequentierten Orten, in symbolisch bedeutsamen Wohnquartieren oder rund um innerstädtische Aufwertungsflächen. (Glasze/Pütz/Rolfes 2005; Eick/Sambale/Töpfer 2007) Staatliche und private Regulierungsmaßnahmen können dabei in Form von planerischen/architektonischen Umgestaltungsmaßnahmen, Gesetzen und Verordnungen (z.B. Bettelverbote, Alkoholverbotzonen, Schutzzonen), technischer Überwachung (z.B. Videoüberwachung) oder und vor allem durch personenbezogene Kontrollen und Interventionen (z.B. Polizei, private Sicherheitsdienste und Soziale Arbeit) umgesetzt werden. (Wehrheim 2006)

II. Erklärungsansätze von Sicherheits- und Ordnungspolitiken

4. In der Diskussion um Ursachen intensivierter Sicherheits- und Ordnungspolitiken in städtischen Räumen können u.a. drei gesellschaftskritische Argumentationen ausgemacht werden:
5. Ausgehend von der These, dass sich gesellschaftliche Verhältnisse im städtischen Raum ausdrücken, wird argumentiert, dass die verschärften sozioökonomischen Ungleichheitslagen im Postfordismus als Marginalisierungsprozesse und räumliche Polarisierungen in Städten erfahrbar werden (Bourdieu 2002[1993]; Wacquant 2007; 2004). Die lokalstaatliche Ebene ist mit wachsenden sozialen Problemlagen konfrontiert, ohne dass sie selbst ausreichende Mittel zur gesellschaftlichen und sozialen Integration anbietet bzw. anbieten kann. Daher richtet sich lokalstaatliches Handeln verstärkt auf die Armen aus und ist aufgrund von „Abschreckung, Überwachung, Stigmatisierung und Verhaltensänderung durch abgestufte Sanktionen“ (Wacquant 2009, 292) von einer stärkeren Repressivität gekennzeichnet.
6. Großstädte besitzen für eine globalisierte Ökonomie eine besondere Bedeutung. U.a. wird argumentiert, dass die Profite des Finanzkapitalismus sich in einer investiven städtischen Immobilienwirtschaft niederschlagen oder eine angebotsorientierte städtische Standortpolitik darauf ausgerichtet ist, internationale Unternehmen und ihr Kapital anzuziehen. (Sassen 1996) Dabei wird mit der Vermarktung von Geschichte, Kultur oder Natur die besondere Attraktivität einer Stadt herausgestellt: Die Stadt inszeniert sich selbst als Erlebnis- und Konsumort für mobile und kaufkräftige Gruppen. (Heeg 2004) Die Sichtbarkeit sozialer Problemlagen wie Armut, Sucht, Wohnungslosigkeit, Vandalismus stellt diesbezüglich eine Störung dar und erfordert eine Sicherheits- und Ordnungspolitik an bedeutenden Orten, mit der problematisiertes Verhalten reguliert und/oder in periphere Räume verdrängt wird.
7. Die gouvernementalitätstheoretische Diskussion betont, dass das Thema Sicherheit die zentrale Legitimation für politisches Handeln darstellt (Foucault (2006 [1978]; Garland 2008). Wenn Verlustanzeigen kollektiver Sicherung wirken und die Lebensführung der Menschen von einer allgemeinen Verunsicherung charakterisiert ist, ist das „Garantieren“ personaler Sicherheit eine Möglichkeit, sich politische Zustimmung zu organisieren. (Diebäcker/Hammer 2009). Diese in hohem Maße diskursive Politik stößt auch deshalb auf Akzeptanz, weil sich die schwer fassbare, allgemeine Unsicherheit von Menschen in eine konkrete Gegenständlichkeit transformieren kann (Bauman 2009, 175-181).

Insbesondere die Ausweitung des personalen Sicherheitsbegriffs auf „subjektive Sicherheitsgefühle“, die ja eine Differenz zur objektiven Sicherheit impliziert, erhöht die Bereitschaft von Bevölkerungsgruppen für kontrollierende und regulierende Eingriffe in städtische Räume.

8. Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass das Feld der Sicherheits- und Ordnungspolitiken gegenwärtig eine Aufwertung erfährt, da es sich auf vielfältige Weise auf ökonomische und politische Logiken stützen kann. Die Politik der Sicherheit und Ordnung ist dabei durch Differenzbildung, Kontrolle und politische Regulierung der Anderen charakterisiert und von einer steigenden Intoleranz gegenüber dem Fremden oder Abweichenden gekennzeichnet.

III. Transformationen Sozialer Arbeit in öffentlichen Räumen

9. Es ist m.E. zu erwarten, dass an Soziale Arbeit zunehmend Ansprüche einer stärkeren Kontrolle und Regulierung ihrer KlientInnen bzw. Zielgruppen herangetragen werden.
10. Soziale Arbeit wird häufig, vor allem auf politischer oder medialer Ebene, als wirkungsvolles, niederschwelliges und „sanftes“ Regulierungsinstrument angesehen, um politisch gewollte Ordnungen oder Mehrheitsordnungen in Räumen durchzusetzen.
11. Es ist zu erwarten, dass kontrollierende und regulierende Ansprüche die Aufgabengebiete Sozialer Arbeit stärker durchdringen und unterstützende Angebote negativ beeinträchtigen. Neben dem staatlichen Auftrag treten eine Vielzahl an „neuen“ politischen und privaten AkteurlInnen im Raum auf, die versuchen ihre Interessen - durchaus mit Sozialer Arbeit - gegenüber problematisierten Gruppen durchzusetzen.
12. Unter den angesprochenen Bedingungen gestaltet sich die Beziehungsarbeit von SozialarbeiterInnen auf der „Straße“ oder in Freiräumen schwieriger. Wenn Soziale Arbeit aber ihre Möglichkeiten nicht ausschöpfen kann, unterliegt sie künftig selbst einem Bedeutungs- und Legitimationsverlust.
13. Wenn KlientInnen und Zielgruppen stärker problematisiert, stigmatisiert, reguliert oder verdrängt werden, dann verschlechtert sich ihre Lebensführung maßgeblich, insbesondere für Menschen, die besonders auf öffentliche Räume ver- bzw. angewiesen sind.

IV. Kritische Soziale Arbeit in öffentlichen Räumen

14. Kritische Soziale Arbeit erweitert ihre raumanalytischen Kompetenzen in Richtung eines politischen und ökonomischen Raumverständnisses, um soziale Phänomene und sozialarbeiterisches Handeln in einen gesellschaftspolitischen Kontext einbetten zu können.
15. Kritische Soziale Arbeit hat ein normatives Verständnis vom öffentlichen Raum. Ansatzpunkte können z.B. politische Funktionen des Raums (z.B. als Spiegel gesellschaftlicher Heterogenität, als Bildungs- bzw. Verhandlungsraum), Fragen nach Eigentum und Zugang (z.B. allgemeine, dauerhafte Zugänglichkeit für alle) oder Aspekte von Kontrolle und Regulierung (z.B. offen gestaltet und weniger reguliert) darstellen.
16. Kritische Soziale Arbeit in öffentlichen Räumen bewahrt einen kritisch-parteilichen Ansatz als Zielformulierung. Dabei ist sie gefordert das Kritische ihres fachlich-politischen „Dritten Mandats“ differenziert zu begründen. Eine Argumentation, die allein die besonderen methodischen Qualitäten betont, stellt keine Abgrenzung gegenüber sicherheits- und ordnungspolitischen Ansprüchen dar.

17. Kritische Soziale Arbeit, die die Lebensbedingungen von KlientInnen dort, wo die Anforderungen gesellschaftlichen Lebens die Möglichkeiten der Selbstbehauptung von Einzelnen oder Gruppen übersteigen, sichern und strukturieren will, ist gefordert ihre helfenden oder bildenden Interventionen auszuweisen und zu begründen.
18. Soziale Arbeit, die sich parteilich für Interessen von problematisierten Menschen und Gruppen in städtischen Räumen einsetzt, kann sich dann als wesentliches Sicherungselement des demokratischen Minderheitenschutzes verstehen.

Literatur

Baumann, Zygmunt (2009): Gemeinschaften. Frankfurt a. M.

Bourdieu, Pierre (2002[1993]): Die Abdankung des Staates. In: Bourdieu, Pierre et al. (Hg.): Das Elend der Welt. Konstanz. 207-215.

Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (2009): Zur Rolle von Sozialer Arbeit im Staat. Skizzen aus regulationstheoretischer und Foucault'scher Perspektive. In Kurswechsel 3/2009, 3-10

Deleuze, Gilles/Guatteri, Félix (2006[1980]): 1440 – Das Glatte und das Gekerbte. In: Dünne, Jörg/Günzel, Stephan (Hg.): Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften. Frankfurt am Main, 434-443.

Eick, Volker/Sambale, Jens/Töpfer, Eric (2007): Kontrollierte Urbanität. Zur Neoliberalisierung städtischer Sicherheitspolitik. Bielefeld

Foucault, Michel (2006 [1978]): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Frankfurt a. M

Foucault, Michel (2006 [1967]): Von anderen Räumen. In: Dünne, Jörg/Günzel, Stephan (Hg.): Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften. Frankfurt am Main, 317-327

Garland, David (2008 [2001]) Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart. Frankfurt a. M./New York

Glasze, Georg/Pütz, Robert/Rolfes, Manfred (Hg.) (2005): Diskurs - Stadt – Kriminalität. Städtische Unsicherheiten aus der Perspektive der Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld

Heeg, Susanne (2004): Globalisierung als catch-all-phrase für städtische Veränderungen? Das wechselverhältnis zwischen global und lokal in Metropolen. In: Beerhorst, Joachim/Demirović, Alex/Guggemos, Michael (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 178–198

Sassen, Saskia (2001 [1991]): The Global City: New York, London, Tokyo. Princeton

Wacquant, Loïc (2004): Fortgeschrittene Marginalität. Anmerkungen zu Wesen und Bedeutung eines neuen Phänomens. In: Marchert, Jürgen (Hg.): Die Theorie sozialer Schließung. Wiesbaden, 155-175

Wacquant, Loïc (2007): Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität. In: Das Argument 271/2007, 399-409

Wacquant, Loïc (2009): Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Ungleichheit. Opladen/Farmington Hills

Wehrheim, Jan (2006): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Opladen

**SYM 2: Bildung anders gedacht. Lebenslagenbezogene “Daseinskompetenz”
statt Mündigkeit?**

Josef Scheipl (Universität Graz)
Ute Fragner (wuk)
Josef Bakic (kriSo/FH Campus Wien)

SYM 2.1: Impuls von Josef Scheipl, Universität Graz

6 Thesen

- (1) Sozialpädagogik hat es damit zu tun, Menschen in eingeschränkten/einschränkenden Situationen Bildung zu ermöglichen.
 - (2) Sozialpädagogische/erzieherische Hilfe ohne Bildungsbezug wäre eine Art halbierte Pädagogik. Denn: Das Recht auf Erziehung schließt als Ziel das selbstständige Zurechtkommen des Menschen im Alltag d.h. die Lebenskompetenzen und damit Mündigkeit ein!
 - (3) „Bildung ist mehr als Schule“ (formalisiertes Lernen)
(Bildung auf Schule zu reduzieren ist erschreckend ignorant- u. a. weil man blind dafür bleibt, welche Herrschaftsmechanismen damit einhergehen.)
 - (4) Informelles Lernen ist in sich widersprüchlich
- einerseits: anpassend, überschaubar
- andererseits: offen, anspruchsvoll
 - (5) Non- formalisiertes Lernen:
Lernorganisationen von Sozialer Arbeit
- einerseits ist Soziale Arbeit institutionenskeptisch
- andererseits ist Soziale Arbeit vereinnahmend
 - (6) Soziale Arbeit: Von der
„Hilfe zur Selbsthilfe“
zur
„Hilfe zur Selbstbildung“ (H. Thiersch 2004, S. 30)
-

SYM 2.2: Impuls von Ute Fragner, wuk

... noch ausständig

SYM 2.3: Impuls von Josef Bakic, kriSo/FH Campus Wien

Am Anfang steht die Krise:

PISA Studie 2000 und 2003 erzeugt bzw. diagnostiziert **Krise der Schule** (diskutiert wird u.a.: zu frühe soziale Auslese, mangelnde Integration und Deutschkenntnisse, zu wenig familiäre Unterstützung, falsches Schulsystem, ...), die Situation am Arbeitsmarkt bedingt **Krise der Lehrausbildung** (hier wird diskutiert: mangelnde Bereitschaft von Wirtschaftsbetrieben ausreichend Lehrplätze zur Verfügung zu stellen, große Defizite beim Pflichtschulabschlussniveau, Antiquiertheit der Lehrberufe, ...) und Internationalisierungsbemühungen verursachen gleich eine **Krise der Hochschulbildung** durch den Bolognaprozess und in der Folge wird alles neu diskutiert, von der Ausgestaltung der Kindergärten, der Nachmittagsbetreuung, der Regelung von Kinderkarenzzeiten, der Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte, die Einrichtung von Auffangnetzen in allen Lebensalter und damit verbunden LLL Konzepte ausgelöst durch das Memorandum Lebenslanges Lernen 2000, das die gesamtgesellschaftliche Lehr- und Lernkultur von der Wiege bis zur Bahre neu ausrichten möchte

Vor allem im deutschsprachigen Raum entstehen so erhebliche Aktivierungs- und Mobilisierungsanregungen, die die Frage nach der Rettung oder Verabschiedung des humanistischen **Weltbildes** bzw. der Sicherstellung oder Bekämpfung elitärer Bildungsbürgerreproduktion stellt.

Diskutiert wird hier auch: **Bildung ist mehr als Schule** und wie über die Bildungsfrage Chancengleichheit und Zukunftssicherung herstellbar ist: der planmäßige **Vermittlungsort** für Bildung, die Schule, vor allem die leistungs- und begabungsdifferenzierende Schule kommt zunehmend ins Hintertreffen Die Frage nach dem Zusammenhang von **sozialer Herkunft** und Bildungsbeteiligung wird neu gestellt, ebenso werden spezifische Benachteiligungskriterien bei Kindern mit **Migrationshintergrund** neu entdeckt

Politischer Druck setzt im **Bildungssystem** verstärkt auf Unterstützung von außen, konkret auch auf **Kooperation mit Sozialer Arbeit**. Bildung soll prioritär neuen Ansprüchen dienen: sie ist Voraussetzung für ein **gelingendes Leben**, mutiert zum **Rohstoff** jeder individuellen Biografie und der Bewertung von Ich-Aktien am **Humankapitalmarkt**, sie wird zum Herstellungsfaktor von **Lebens- bzw. Daseinskompetenz** (vgl. u.a. Münchmeier 2002)

So stellen sich in der Folge einige Fragen aus der Sicht der Sozialen Arbeit:

Ist Bildungsarbeit das neue **Modethema** für die Soziale Arbeit, das die zuvor dominierenden Diskussionen zu Lebensweltorientierung, Dienstleistungsorientierung, Qualitätssicherung und Neue Steuerung zeitgeistig ablösen soll? Bedeutet diese Orientierung zuallererst eine **strategische Aufbruchstimmung** für die Soziale Arbeit, die hier eine zentrale Steuerungsmöglichkeit für Gesellschaftspolitik ergreifen möchte, und mit Thiersch „endlich herauskommen [könne] aus ihrer traditionellen Randständigkeit“ (Thiersch 2002a:57)

Was passiert dabei mit dem traditionellen „**Kerngeschäft**“, das bis dato vor allem darin gelegen ist, AdressatInnen der Sozialen Arbeit zuerst einmal psychosozial und materiell zu befähigen, bewusst an Bildungsprozessen teilhaben zu können.

Hat Soziale Arbeit überhaupt Potential, bildungswirksam zu werden, also Lebenskompetenz ausreichend zu vermitteln, ohne wieder vorschnell auf Problem- bzw. Defizitorientierung festgeschrieben zu werden, die durch die Hintertür die Soziale Arbeit als „**Reparaturanstalt**“ definiert. Außerdem stellt sich die Frage, wie viel Bildung vonnöten ist, um Bildung vermitteln

zu können – anders gefragt und auf den Punkt gebracht: **sind SozialarbeiterInnen gebildet genug?**

Ist es unsere Aufgabe gewissermaßen Strategien der **Standortsicherung** und **Wettbewerbsfähigkeit** im Sinne der Wirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung, aber auch der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes wie der offiziellen Ministerialmeinungen zu doppeln, um die individuelle Beschäftigungsfähigkeit oder wie es so schön heißt jobreadiness durch Flexibilitäts- und Anpassungsübungen an diese Arbeitswelt wie sie ist zu leisten?

Oder geht es uns mit Münchmeier um eine „zukunftsste Bildung“, die nicht bei **bloßen „Maßnahmen“** für benachteiligte junge Menschen beim Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt stehen bleiben könne, um sie dann in einfache Tätigkeitsbereiche mit massivem **Sinnverlust** zu geleiten, die überdies Arbeitserfahrungen zeitigen, die „Selbstwirksamkeitsüberzeugungen“ eher behindern als fördern. Bedarf es um solche Kompetenzen entwickeln und erweitert zu können, nicht auch „der Notwendigkeit einer **„Sozialpädagogisierung‘ der Arbeitswelt“** (Münchmeier 2004:13)?

Reicht es und ist es legitim, Bildung auf einen Aspekt gesellschaftlicher **Nützlichkeit** zu beziehen und dazu korrespondierend auf der individuellen Ebene, Menschen mit dem passgenau auszustatten, was gerade erfolversprechende Kompetenzen genannt wird? Oder ist doch vielmehr der Anspruch auf **Mündigkeit durch Bildung** hochzuhalten, gerade auch weil hier die Auseinandersetzung mit dem Unerwartbaren, dem Anderen, noch Fremdem, Ungewissem passiert, weil hier die Fähigkeit entwickelt werden soll, sich aktiv und kritisch mit Gegebenem, aber auch mit zu Gestaltendem auseinanderzusetzen, was letztlich wieder der Gesellschaft zuarbeitet, weil von mündigen Menschen erwartet wird, sich aktiv in ihr Gemeinwesen einzubringen, dies zu tragen, aber auch zu gestalten.

Dazu gibt es aus meiner Sicht ein paar zu beachtende Eckpunkte:

Resümierend bleibt der Anspruch bestehen, dass Bildung wohl auch etwas mit einem **rational begründbaren Selbst- und Weltverständnis** zu tun hat und dass Bildungsprozesse einen **kritischen Subjektbegriff** bedienen sollen, der „das aktive Entwerfen und Gestalten einer **autonomen Lebenspraxis** einschließt“ (Scherr 2003, 46; hervorg.d.JB).

Bildungsprozesse sind **anstrengend, fordernd** und **ergebnisoffen**, also nicht eindeutig herstellbar, weil sie sowohl für den einzelnen als auch auf gesellschaftlicher Ebene eine **Auseinandersetzung mit Unvertrautem** und Fremden bedeuten und bestehende Bedingungen hinterfragen

Das bedeutet für die Konzeption einer Soziale Arbeit in Bildungsabsicht konkret:

Bildungsangebote als **Freiräume zur Reflexion** und **kritischen Auseinandersetzung** mit aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen innerhalb und außerhalb des formalen Bildungssystems zu setzen -> Unterstützung zur kompetenten **Bewältigung von Alltagsanforderungen**, dass **Veränderungshandeln** denk- und realisierbar wird – auch mit der Möglichkeit zur Überschreitung gegebener Strukturen, -> kritische Kooperation, aber auch konflikthafte Konfrontation mit formalem System (Schule usw.)

Keine bloß idealistischen Konzeptionen von Bildung verfolgen, welche die sozialstrukturellen Lebensbedingungen außer Acht lassen und auch **keine Fundamentalkritik**, die dabei stehen bleibt, das „Sein“ als prinzipiell unzureichend zu

charakterisieren, weil Bildungsangebote immer *innerhalb* bestehender **Verhältnisse und deren Widersprüche** realisiert werden

Soziale Arbeit in diesem Kontext verweist mit Otto/Kessler/Treptow auf die **Verschränkung von „Hilfe“ und „Bildung“**: „Reflexive Hilfe“ ist Voraussetzung für Bildungsprozesse und Bildung unverzichtbarer Anteil „reflexiver Hilfe“ oder wie vor hundert Jahren bei Natorp formuliert: Die sozialen Bedingungen der Bildung und die Bildungsbedingungen des sozialen Lebens bilden gleichzeitig den Einsatzrahmen der Sozialen Arbeit ab. Fokus liegt hier auch auf selbstorganisierten, autonomen Bildungsangeboten, die im Anschluss und im Widerspruch zu institutionalisierten Arrangements stehen. Soziale Arbeit braucht dazu eine **aufgeklärte, gesellschaftspolitisch informierte Position**, um sich als aktive und **vermittelnde Instanz** zu verstehen

Literatur:

- Albert Scherr (2003): Die Kinder- und Jugendhilfe als Bildungsort – hat dieses Konzept genügend Substanz für einen Paradigmenwechsel? In: Stadtjugendamt München (Hg.): Dokumentation zur Fachtagung Bildung und Chancengleichheit – Oktober 2002, 43-48 [Online: http://www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/85_soz/06_jugendamt/99_veroeffentlichungen/pdf/bildung_chancengleichheit.pdf Zugriff: 18.09.2010]
- BJK (Hg.)(2001): Zukunftsfähigkeit sichern! Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe. Eine Streitschrift des Bundesjugendkuratoriums. [online: <http://www.bundesjugendkuratorium.de/positionen.html> Zugriff 18.09.2010]
- BJK (Hg.)(2002): Bildung ist mehr als Schule. Leipziger Thesen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte. [online: <http://www.bundesjugendkuratorium.de/positionen.html> Zugriff 18.09.2010]
- Bourdieu, Pierre/Passeron, Jean-Claude (1971): Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs. Stuttgart
- Kessler, Fabian/Otto, Hans-Uwe/Treptow, Rainer (2002): Jugendhilfe als Bildung. In: Münchmeier, Richard/Otto, Hans-Uwe/Rabe-Kleberg, Ursula (Hg. im Auftrag des Bundesjugendkuratoriums): Bildung und Lebenskompetenz. Opladen, 73-84
- Lindner, Werner (2003): Alles Bildung!? Kinder- und Jugendarbeit in der „Wissensgesellschaft“ In: Lindner, Werner/Thole, Werner/Weber, Jochen (Hg.): Kinder- und Jugendarbeit als Bildungsprojekt. Opladen, 47-68
- Münchmeier, Richard (2004): Ein neuer Begriff von Bildung? Zur bildungspolitischen Debatte in der Bundesrepublik. In: Sozialpädagogisches Institut Berlin (Hg.): Kontrakte, Verbände, Verbände – die Organisation integrierter Bildungs- und Betreuungsangebote in E&C-Gebieten, 9-14 [Online: <http://www.eundc.de/pdf/21000.pdf> 18.9.2010]
- Thiersch, Hans (2002a): Bildung – alte und neue Aufgaben der Sozialen Arbeit. In: Münchmeier, Richard/ Otto, Hans-Uwe/Rabe-Kleberg, Ursula (Hg.): Bildung und Lebenskompetenz. Opladen, Seite 57-71
- Thiersch, Hans (2002b): Bildung und Soziale Arbeit. In: Liegle, Ludwig/Treptow, Rainer (Hg.): Welten der Bildung in der Pädagogik der frühen Kindheit und der Sozialpädagogik. Freiburg

SYM 3: Teilhabe anders gedacht. Anerkennung und Verwirklichungschancen statt Aktivierung

Marcel Fink (Universität Wien)

Catrin Heite (WWU Münster)

Elisabeth Hammer (kriSo/FH Campus Wien)

SYM 3.1: Impuls von Marcel Fink, Universität Wien

„Aktivierung“ im Spannungsfeld Neuer Sozialer Risiken: „activation“ vs. „active inclusion“

a) Aktivierung

- Die Begriffe der „Aktivierung“ bzw. der „activation“ begleiten uns in der arbeitsmarktpolitischen Debatte seit den 1980er Jahren.
- *Einerseits* fußt die zunehmende Verbreitung des Konzeptes der Aktivierung in einer Bedeutungszunahme angebotsorientierter bzw. neoklassischer Interpretationen von Zusammenhängen auf Arbeitsmärkten („activation“ im engeren Sinn bzw. „workfare“):
 - Dies geht mit der Behauptung einher, dass Arbeitslosigkeit nicht in erster Linie makroökonomisch/konjunkturell verursacht sei, sondern strukturell (falsche Anreize, zu geringe räumliche und sektorale Mobilität, zu geringe Lohndifferenzierung, Marktlöhne höher als „markträumender“ Gleichgewichtslohn.
 - Aktivierung soll diesen „strukturellen Fehlentwicklungen“ auf den Arbeitsmärkten entgegen wirken.
- *Andererseits* kann argumentiert werden, dass Aktivierung bzw. aktive Arbeitsmarktpolitik einer zunehmenden Chancenungleichheit auf post-industriellen Arbeitsmärkten entgegen wirken kann. Diese Sichtweise entspricht eher dem Konzept der „active inclusion“:
 - „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes bzw. „besonders verwundbare Personen“ sollen demnach durch aktive Arbeitsmarktpolitik betreffend ihre formalen und faktischen Fachqualifikationen sowie hinsichtlich ihrer „sozialen skills“ „konkurrenzfähig“ gemacht werden, um ihre Beschäftigungschancen zu verbessern. In eine ähnliche Richtung sollen (u.U. zeitlich begrenzte) Lohn- bzw. Lohnkostenzuschüsse wirken.
 - Auf der Agenda steht dabei jedoch nicht nur das Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt selbst, sondern auch die Qualität der jeweiligen Beschäftigung (Stichwort decent work), was zusammen genommen soziale Inklusion im breiteren Sinn erlauben soll.
- Die Debatte um diese konkurrierenden Interpretationen von „activation“ und „active inclusion“ hält nach wie vor an und gerade die Bandbreite an möglichen Interpretationen trägt mit zur andauernden Popularität des Konzeptes der „Aktivierung“ bei (insb. auf EU-Gemeinschaftsebene).

b) Neue (post-industrielle) soziale Risiken

- Arbeitsmarktanalysen zeigen, dass sich die Chancen- und Risikenstruktur auf den Arbeitsmärkten während der letzten beiden Dekaden nachhaltig verändert haben. Besonders auffallend sind dabei (im internationalen Vergleich mit unterschiedlich starker Ausprägung) u. A. folgende trends:
 - o Eine weiter anhaltende Post-Industrialisierung der Arbeitsmärkte.
 - o Ein über den Konjunkturzyklus hinweg höheres Niveau der Arbeitslosigkeit (bei zugleich im Durchschnitt steigender Erwerbbeteiligung – zurück gehend auf wachsende Erwerbsquoten bei Frauen).
 - o Ein im Durchschnitt höheres Risiko von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein.
 - o Ein im Durchschnitt steigender Beschäftigungsumschlag.
 - o Eine zunehmende Verbreitung von „non-standard-forms of employment“.
 - o Zunehmende Probleme der Arbeitsmarktintegration insb. bei jüngeren Personen.
 - o Zunehmende Probleme der Arbeitsmarktintegration insb. bei formal gering qualifizierten Personen.
 - o Eine nur geringe Reduktion der Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen auch bei guter konjunktureller Lage (kurzzeitige Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit durch Schulungen oder Beschäftigung werden bei diesem Indikator bewusst nicht berücksichtigt).
 - o Eine zunehmende Lohndifferenzierung, verbunden mit einem in Österreich vergleichsweise großen Niedriglohnsektor und dem Problem von „working poor“.
 - o In Österreich: Zunehmend unzureichende soziale Absicherung betreffend in-work und out-of-work income security ⇒ steigende Zahl von SozialhilfebezieherInnen (v.a. betreffend Richtsatzergänzungsleistungen).
 - o Bei zugleich nach wie vor extrem hohen Wertezuschreibungen betreffend Erwerbsarbeit (betreffend instrumenteller *und* intrinsischer Funktionen; bei der Bevölkerung insgesamt sowie insb. auch bei Jugendlichen und „benachteiligten“ Bevölkerungsgruppen).

c) Jüngere internationale Trends im Rahmen politischer Steuerung

- Vielfach Stagnieren oder sogar Reduktion der für ALMP aufgewendeten Mittel (im Vergleich zur Entwicklung des Problemdruckes).
- Trend in Richtung höhere „Aktivierungsraten“ bei zugleich „kostengünstigeren“ Einzelmaßnahmen.
- Zunehmende Konditionalitäten betreffend passiver Leistungen und vermehrt Verbreitung von work-first-Strategien.
- Zunehmende Orientierung and Effektivität i.S. einer Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt.
- ⇒ „Activation“ statt „active inclusion“?

SYM 3.2: Impuls von Catrin Heite, WWU Münster

Aktuelle wohlfahrtsstaatliche Transformationen drücken sich unter anderem in aktivierenden Arbeits- und Sozialpolitiken aus. Vor dem Hintergrund einer Sichtung dieser Entwicklungen und damit verbundenen Forderungen nach einer aktivierenden Sozialen Arbeit fragt der Beitrag nach dem Anspruch und den Perspektiven, die sich mit *Anerkennung* Gegenbegriff zu Aktivierung verbinden. Hierfür wird zunächst eine theoretische Annäherung an den Begriff Anerkennung angeboten: was beinhaltet dieser Begriff, und welche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit liegt ihm zugrunde? So möchte der Beitrag zu einer Diskussion einladen, was eine solche gerechtigkeitsorientierte Perspektive für sozialpädagogische Praxen, die Teilhabe anders denken wollen, bieten kann.

SYM 3.3: Impuls von Elisabeth Hammer, kriSo/FH Campus Wien

Eckpunkte einer Kritischen Sozialen Arbeit aus der Perspektive des Capability Ansatzes

Verwirklichungschancen und Handlungsbefähigung als zentrale Konzepte

Wesentliches Moment des Capability Ansatzes (CA), der in seinen wesentlichen Grundzügen von Amartya Sen ausgearbeitet wurde, bilden „Verwirklichungschancen“ (eben „capabilities“), die einerseits auf die Dispositionen bzw. Potenziale des Individuums (z.B. körperliche Konstitution, intellektuelle Fähigkeiten, spezifische Begabungen u.ä.m.), andererseits aber auf soziale bzw. gesellschaftliche Verwirklichungsbedingungen abstellen, die erst die eigentliche Realisierung der individuellen Eigenschaften und Fähigkeiten sicherstellen.

Aus der Perspektive des CA, bezieht sich soziale Gerechtigkeit in sozialpolitischer bzw. sozialarbeiterischer Hinsicht auf die Förderung von Gleichheit an Verwirklichungschancen, d.h. es ist die Zielsetzung, jene Strukturen, Ressourcen und Prozesse zugänglich zu machen, damit Menschen ihr Leben gleichermaßen nach ihren begründeten Vorstellungen eines „Guten Lebens“ gestalten können.

Damit dieses Ziel erreicht werden kann, legt der CA besonderes Augenmerk auf die einer Person zugänglichen bzw. zugestandenen Artikulations- und Wahlmöglichkeiten, die es ihm/ihr ermöglichen aus einem Pool an Verwirklichungschancen eine wertgeschätzte „Funktionsweise“ – in den Begrifflichkeiten des CA: „functioning“ – umzusetzen. „Freedom of Agency“ bzw. Handlungsbefähigung, also z.B. die Möglichkeit eine ganz bestimmte Form der Ausbildung oder Erwerbsarbeit zu verwirklichen, ist damit ein zentrales Kriterium, um individuelle Wohlfahrtssituationen, aber auch sozialpolitische Programme zu evaluieren.

Ansprüche an eine Kritische Soziale Arbeit

Eine Kritische Soziale Arbeit, die sich am CA orientiert, ist an zwei Punkten besonders gefordert:

Erstens ist Kritische Soziale Arbeit Gerechtigkeitsproduzentin insofern sie KlientInnen jene Unterstützung zur Verfügung stellt, damit diese Personen individuelle und soziale bzw.

gesellschaftliche Ressourcen nach ihren begründeten Vorstellungen eines „Guten Lebens“ in Verwirklichungschancen umwandeln können.

Zweitens ist Kritische Soziale Arbeit gefordert, die Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Artikulation ihrer KlientInnen in individueller wie kollektiver Hinsicht zu verbreitern, damit Verwirklichungschancen durch Handlungsbefähigung in effektive Freiheiten münden, das eigene Leben begründet auf die eine, aber eben auch auf die andere Weise zu gestalten.

Perspektiven einer Kritischen Sozialen Arbeit unter Bezugnahme auf den CA

Kritische Soziale Arbeit ist diversitätsorientiert insofern sie erstens Unterschiede in den begründeten Vorstellungen eines „Guten Lebens“ anerkennt und zweitens je nach Bedarf unterschiedlich intensiv bei der Umwandlung von Ressourcen in Verwirklichungschancen bzw. bei der individuell angemessenen Entscheidung für eine spezifischen Funktionsweise, vor dem Hintergrund z.B. von sozialen Normen, erlernten Rollenmustern u.ä., unterstützt.

Kritische Soziale Arbeit in Anlehnung an den CA ist gesellschaftskritisch, denn sie lenkt den Blick auf jene Rahmenbedingungen, die es Einzelnen oder Gruppen verunmöglichen ihr Leben nach ihren begründeten Vorstellungen zu gestalten; sie ist politisch, weil sie diesbezügliche strukturelle Veränderungen einfordert.

Der CA leistet einen Beitrag zur Reformulierung normativer Zielsetzungen von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit, insofern als er nach strukturellen bzw. institutionellen Begrenzungen bzw. ermöglichenden Bedingungen für Verwirklichungschancen fragt. Damit kann er als Weiterführung menschenrechtlicher Ansätze zur normativen Legitimierung von Sozialer Arbeit / Sozialpolitik verstanden werden, über die er insofern hinausweist, als er nicht bei der Festschreibung von Rechten verharret, sondern ihre praktische Einlösbarkeit für jede/n Einzelne/n einfordert und in diesem Zusammenhang die Zielrichtung sozialpolitischen wie sozialarbeiterischen Handelns konkret bestimmt.

Der CA ermöglicht die Evaluation sozialpolitischer Programme aus einem ausgewiesenen normativen Blickwinkel. Eine individuelle Armutslage ist z.B. nicht mit Rückgriff auf mangelndes Einkommen allein zu evaluieren; vielmehr gilt es die Begrenzungen der Verwirklichungschancen in ihrer Breite in den Blick zu bekommen. Gleichzeitig bedeutet z.B. das Faktum einer Integration in Erwerbsarbeit nicht jedenfalls eine Verbreiterung von Verwirklichungschancen, sondern kann – trotz eines erhöhten Einkommens – wesentliche Rahmenbedingungen negieren, die für ein „Gutes Leben“ einer Person ausschlaggebend sind, z.B. Selbstachtung, Betreuung von abhängigen Personen im Familienkontext u.ä.m. In beiden Fällen ist es zudem ausschlaggebend, inwiefern die jeweilige Lebenspraxis auf eigenen begründeten Wahlentscheidungen beruht.

„Teilhabe anders gedacht“ akzeptiert unter Bezugnahme auf den CA eine Vielfalt an Lebensweisen und rückt die Perspektive der KlientInnen vom Rand wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Sozialpolitik kann dieser Vielfalt nicht gerecht werden, indem sie für alle ähnliche Inklusionsformen vorsieht bzw. erzwingt. Vielmehr braucht es eine Sozialpolitik, die Ressourcen zur arbeitsmarktbezogenen, sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe nicht nur zur Verfügung stellt, sondern Einzelnen – z.B. mit Mitteln der Sozialen Arbeit – die Nutzung dieser Ressourcen für die Umsetzung ihrer eigenen Vorstellungen eines „Guten Lebens“ aktiv ermöglicht.

Literatur:

Bonvin, Jean-Michel (2009): Der Capability Ansatz und sein Beitrag für die Analyse gegenwärtiger Sozialpolitik. In: Soziale Passagen, H. 1, S. 8–22.

Otto, Hans-Uwe; Scherr, Albert; Ziegler, Holger (2010): Wieviel und welche Normativität benötigt die Soziale Arbeit? Befähigungsgerechtigkeit als Maßstab sozialarbeiterischer Kritik. In: neue praxis, H. 2, S. 137–163.

Otto, Hans-Uwe; Ziegler, Holger (Hg.) (2010): Capabilities - Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Sen, Amartya (1999): Development as Freedom. Oxford: Oxford University Press.

Impuls zur Plenardiskussion: Neue Risiken, neue Perspektiven – Wohin will die Soziale Arbeit?

Impuls von Prof. Dr. Sabine Stövesand

(Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Fakultät Wirtschaft & Soziales,
Dept. Soziale Arbeit, sabine.stoevesand@haw-hamburg.de)

Vorab: Kurze Problematisierung zum Begriff des Risikos

Anmerkungen zur **Ausgangslage, d.h. zu Entwicklungen und Bedingungen**, die sowohl für unsere AdressatInnen eine Rolle spielen, aber auch für die Handlungsmöglichkeiten von praktischen und/oder akademischen AkteurInnen in diesem Feld, im Sinne vorhandener Ressourcen, gesetzlicher Rahmenbestimmungen und der dominanten Diskurse. Bezugsrahmen: Deutschland

Generell: Zunahme, Intensivierung sozialer Probleme

Hintergrund: erfolgreiche Durchsetzung neoliberal geprägter Konzepte in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Stadt-, Bildungs- und Sozialpolitik, aber auch in den Verwaltungsstrukturen (trotz der aufflammenden Kritik im Kontext der Wirtschaftskrise und massiver politischer Eingriffe) einhergehend mit einer (Wieder)Verfestigung gesellschaftlicher Machtverhältnisse zugunsten der besitzenden Klasse

konkret u.a.

- **eine einseitige Sparpolitik und Steuerpolitik,**
- **hochselektives Bildungssystem**
- **Paradigmenwechsel in der Betrachtung von Städten**
- **Territorialisierung des Sozialen, Regieren über „community**
- **Erosion tragfähiger sozialer Netze und kollektiver Lebensformen**
- **das Regieren über „Freiheit“, gesellschaftliche Entsolidarisierung**
- **zunehmender Rassismus, Muslimen als „die gefährlichen Anderen“**
- **Ausbau des autoritären und strafenden Staates**
- individuelle Erfahrung von Druck und Stress, **körperliche und vermehrte psychische Erkrankungen**

gesellschaftliche Kritik und politische Konstellationen

- **konservativ-bürgerliche Regierungskoalition**, die mit inneren **Widersprüchen** zu kämpfen hat,
- fast **jeder fünfte Deutsche** würde eine neue Partei wählen, wenn ihr Chef der Integrationskritiker **Sarrazin** wäre,
- **zunehmende politische Desartikulation von Bevölkerungsgruppen aus ärmeren und bildungsferneren Schichten**
- die **Gewerkschaften verlieren kontinuierlich Mitglieder**
- die **„soziale Frage“ entwickelt keine große Mobilisierungsfähigkeit,**
- trotzdem **starke oppositionelle BürgerInnenbewegungen**
- wären jetzt Wahlen würden sie Deutschland **eine rot-grüne oder rot-rot-grüne Mehrheit**, also eine eher links-bürgerliche Regierung bescheren.

Die Kräfteverhältnisse sind also durchaus in Bewegung.

Soziale Arbeit :

- **Marktprinzipien** sind eingeführt
- In der Konsequenz werden die **Arbeitsverhältnisse** auch in der Sozialen Arbeit dereguliert.
- über **Ziel- und Leistungsvorgaben** wird Soziale Arbeit zunehmend kontrolliert und fremdbestimmt
- leises Aufbegehren, Umdenken bei Behörden und Trägern
- Gefahr der **Spaltung der AdressatInnen** (Würdige und unwürdige HilfeempfängerInnen, Nützliche und Unnütze)
- Soziale Arbeit hat immer noch/ wieder **Status und Imageprobleme**
- Gleichzeitig hat die Soziale Arbeit an Umfang und wissenschaftlichem Profil dazu gewonnen,
- **Marginalisierung** von herrschaftskritischen, strukturbezogenen, konflikttheoretischen Erklärungsansätzen und dialogisch ausgerichteten Methoden
- Gleichzeitig **Bedürfnis nach Kritik und Auseinandersetzung**,
- Verschulung, gleichzeitig Unterstützung für **neue interaktive Lehr-Lernkonzepte**,
- interessierte, empathische, engagierte **Studierende**/fundamentalistische, konservative

Wohin? Was tun?

Die Entwicklungen sind insgesamt nicht linear, zeigen Brüche und Anknüpfungsmöglichkeiten für eine emanzipatorische, den Menschenrechten substanziell verpflichtete Soziale Arbeit.

Konkret:

- die Art der Lehre und die Inhalte sollten das wieder spiegeln – **Beispiele**
- perspektivisch sollte Soziale Arbeit sich gezielter **Bündnispartner**, wie z.B. Gewerkschaften suchen, auch auf EU-Ebene und
- **Themen**, die viele Menschen, aber eben auch stark ihre eigenen AdressatInnen betreffen. **Beispiele** aus HH: Recht auf Stadt, Migrar und Beispiel Buko
- die Soziale Arbeit muss ihr methodisches **Wissen**, z.B. zur Erlangung von Handlungsfähigkeit, Aktivierungs- und partizipatorische Methoden auch **auf sich selbst anwenden**

berührt sind also Dimensionen von sozio-ökonomischen Strukturen, politische Programme und Regierungsweisen, Wertorientierungen und Menschenbilder, d.h. kulturelle Normen und auch Erklärungsweisen, d.h. was sich als dominante wissenschaftliche Diskurse durchsetzt sowie die individuellen Reaktions- und Verarbeitungsweisen

Phänomene:

Soziale Spaltung, mehr Reichtum für wenige, mehr Armut für viele, Ausdünnen der Mittelschicht,
die sich auch sozial-räumlich abbildet,
zunehmende materielle Armut, aber auch vermehrter Auftreten psychischen Leidens, gesellschaftliche Entsolidarisierung und üble Nachrede gegenüber Armen und MigrantInnen, insbesondere von Armut betroffenen, migrantischen Jugendlichen, zunehmender Rassismus, insbe. Gegenüber Muslimen, Re-Etablierung des Konstruktes der „gefährlichen Klassen“, Rückkehr der strafenden, überwachenden, autoritären Staates, dessen Wiederhall auch in der Pädagogik und der Sozialen Arbeit,

schwache gesellschaftliche Opposition bezüglich sozialer Fragen, relativ starke Bürgerproteste bei ökologischen und punktuell Wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Themen

Hintergründe:

Veränderungen auf der makro-ökonomischen Ebene (Technologieentwicklung, Globalisierung, Krise des Fordismus, Etablierung des „nationalen Wettbewerbsstaates“ neoliberaler Prägung in den führenden Industrieländern, Etablierung neuer Konkurrenzen durch die aufstrebenden Industriestaaten Asiens), und begleitend neuen politischen Regierungsweisen, die der Ökonomie das Primat einräumen, den Wohlfahrtsstaat massiv ab- bzw. umbauen und ein Regieren über Community und mittels der Anrufung der Handlungsfähigkeit der Subjekte parallel zu einer zunehmenden Individualisierung, Vervielfältigung und Flexibilisierung von Lebensweisen

Fallstricke und Perspektiven fachlichen Arbeitens

Impuls von Cathrin Heite (WWU Münster, Institut für Erziehungswissenschaft)

Für die Frage nach Fallstricken und Perspektiven fachlichen Arbeitens bietet der Vortrag eine anerkennungstheoretische Fundierung an. Hierfür werden zunächst die theoretischen Grundlagen der Anerkennungstheorie skizziert, um dies auf die Frage zu beziehen, was konkret unter Professionalität und professionellem Denken und Handeln verstanden wird. Dies stellt der Vortrag anhand empirischer Hinweise vor, die die Sicht von Professionellen auf ihr fachliches Arbeiten diskutierbar machen. Aus der Empirie, in der mit Blick auf Fallstricke und Perspektiven zwei kontrastive Fälle vorgestellt werden, entwickelt der Vortrag anerkennungstheoretische Thesen einer Konkretisierung dessen, wie Professionalität gefasst werden könnte und stellt diese Thesen zur Diskussion.

Österreichischer Wildwuchs oder klare Perspektiven?

Impuls von Josef Scheipl

(Universität Graz, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft)

... noch ausständig

AK 1: Gemeinwesenarbeit konkret: Bildungsarbeit im Gemeindebau?

Wolfgang Kellner (Ring Österr. Bildungswerke)

Christoph Stoik (FH Campus Wien)

Sabine Stövesand (DGSA/HAW Hamburg)

Moderation: **Angelika Pfeisinger-Riedl** (FH Campus Wien)

AK 1.1: Impuls von Wolfgang Kellner, Ring Österreichischer Bildungswerke, Wien

GEMEINWESENARBEIT und/als BILDUNGSARBEIT

Lernorte und Lernformen der Gemeinwesenarbeit im Kontext internationaler und nationaler Life-Long-Learning-Strategien

THESE 1

Gelingende Gemeinwesenarbeit (GWA) ist zumeist auch gelingende Bildungsarbeit bzw. gelingendes Lernen

Wo GWA tatsächlich gelingt – im Sinne der Beteiligung, Aktivierung und Ermächtigung von BürgerInnen im Gemeinwesen (bzw. für das Gemeinwesen, durch das Gemeinwesen usw.) – finden immer auch Lernprozesse aller Beteiligten statt. GWA ist genuin auch ein Lernprojekt, gelingende GWA eröffnet immer auch neue Lernräume.

THESE 2

Gelingende Bildungsarbeit bzw. gelingendes Lernen im Rahmen der GWA ist zumeist unsichtbar, indirekt, informell

Die im Rahmen von GWA eröffneten Lernräume sind als solche zumeist nicht sichtbar. Die Lernprozesse finden zumeist unsichtbar, indirekt, informell statt – also „hinter dem Rücken“ der Beteiligten, als learning-by-doing, als Erfahrungslernen usw. Informelles Lernen ist zunehmend auch Gegenstand bewusster Förderung, Erfassung und Anerkennung.

THESE 3

SozialarbeiterInnen in gelingender GWA sind zumeist auch „verdeckte“ LernbegleiterInnen bzw. Lerncoaches

SozialarbeiterInnen, die jene unsichtbaren, indirekten, informellen Lernräume BürgerInnen eröffnen, sind keine VermittlerInnen im Sinne traditioneller Lehr-Lern-Arrangements. Sie sind vielmehr „verdeckte“ LernbegleiterInnen, Lerncoaches usw.

THESE 4

Die Förderung und Anerkennung der auch für GWA zentralen Lernorte und Lernformen (z.B. informelles Lernen im Gemeinwesen) ist inzwischen ein Hauptziel internationaler und nationaler Life-Long-Learning-Strategien

Die von EU und OECD forcierten Life-Long-Learning-Ziele bzw. ihre nationalen Umsetzungsstrategien zielen auf eine verstärkte Berücksichtigung der o.g. Lernräume, Lernformen, Lehr-Lernformen – mit (nicht unumstrittenen) Formeln wie: „Fördern, Erfassen und Anerkennen des informellen Lernens bzw. informellen Kompetenzerwerbs“, „Lernbegleitung und Lerncoaching statt traditioneller Vermittlungsdidaktik“, „Kompetenz- und

Lernorientierung statt Bildungsorientierung“, „Erwerbsfähigkeit und BürgerInnenkompetenz fördern“, „Lernergebnisse statt Lernziele“ usw.

Die vier Thesen sollen eine Herausforderung sein für eine Diskussion zu den Themen „Lernorte und Lernformen der Gemeinwesenarbeit im Kontext internationaler und nationaler Life-Long-Learning-Strategien“, „Der Gemeindebau als lernendes Gemeinwesen“ usw.

AK 1.2: Impuls von Christoph Stoik, FH Campus Wien

GWA zwischen ergebnisoffenen Prozessen und Bildungsaufträgen

Bei der Einrichtung „wohnpartner“ als „Nachbarschaftsservice im Wiener Gemeindebau“ ist im Konzept der gemeinwesenorientierter Zugang festgehalten. Ziel ist es u.a. „Kommunikationskompetenzen der BewohnerInnen zu stärken“, „horizontale Aushandlungsprozesse“ zu organisieren, wobei „artikulationsschwächere Gruppen besonders unterstützt werden“ sollen, sowie die Unterstützung und Vorbereitung von BewohnerInnen für vertikale Aushandlungsprozesse. Auf konzeptioneller Ebene also ist ein emanzipatorischer Anspruch erkennbar. Neben dem vermittelnden Ansatz wird ausdrücklich betont, dass GWA Bildungsarbeit ist: GemeinwesenarbeiterInnen sollen „Wissen und Information zugänglich machen, sowie Reflexions- und Bildungsprozesse“ anregen und unterstützen. Reflexion soll in Gruppen ebenso angeregt werden, wie in der Öffentlichkeit¹.

Dem deutschsprachigen Fachdiskurs folgend, hat sich das Konzept GWA immer zwischen vermittelnd und „intermediär“ auf der einen Seite bewegt, während andererseits Emanzipations- und Bildungsprozesse betont wurden. Dieses Spannungsverhältnis zeigt sich auch in der Rede vom „ergebnisoffenen Prozess“: Aufgabe der GWA sei es, das aufzugreifen, was die Menschen bewegt. In einer verkürzten Lesart könnte vertreten werden, dass GWA-Prozesse ausschließlich von den lokalen AkteurInnen (z.B. den BewohnerInnen) definiert seien.

Andererseits kann GWA niemals unabhängig von fachlichen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen verstanden werden. GWA stellt vielmehr ein Handlungskonzept dar, das einen spezifischen Beitrag zum gesellschaftlichen Interessenausgleich darstellt. Je nach theoretischer Grundlage, gestaltet sich dieser Interessenausgleich eher konsensual, oder eher konfliktorientiert, eher harmonisierend oder eher emanzipatorisch. Egal welches theoretische Verständnis auch gewählt wird, wird mit dem Fachkonzept GWA also auf die AkteurInnen eingewirkt. Auf einer methodischen Ebene kann also noch von ergebnisoffenen Prozessen gesprochen werden, weil mit den Menschen gemeinsam verhandelt und diskutiert wird, welche Themen wie bearbeitet werden sollen. Auf einer Zielebene verfolgt die GWA immer auch eigene Interessen und wirkt selbst auf diese Ziele ein. Wenn das Fachkonzept GWA aus einer theoretischen Sicht so definiert ist, dass es emanzipatorisch wirksam sein soll, im Sinne der Demokratisierung von Gesellschaft, dann besteht ein konkreter Bildungsauftrag.

Im Rahmen dieses Bildungsauftrags kann GWA nicht „allparteilich“ vorgehen, sondern es wird alltäglich darüber entschieden, welche Menschen und Gruppen wie unterstützt werden, welche Reflexions- und Aufklärungsprozesse angeregt und organisiert werden und welche Zugänge zu Informationen geschaffen werden.

¹ aus Angebot und Leistung, wohnpartner – der Nachbarschaftsservice im Wiener Gemeindebau

Für die Arbeit im Gemeindebau bedeutet dies, dass GWA die Aufgabe erfüllen soll, alteingesessene Mieter anzusprechen, die anzuhören, anzuregen, Bedürfnisse zu artikulieren und die Umsetzung von Interessen zu unterstützen. Dabei besteht aber auch die Aufgabe, Reflexion z.B. in Bezug auf die Ausgrenzung von anderen BewohnerInnen anzuregen und neue Kommunikationskompetenz zu entwickeln, um mit MitbewohnerInnen wertschätzender umzugehen.

Die GWA im Gemeindebau ist aber auch gefordert, die Gruppen speziell anzusprechen, die sich in die Aushandlungsprozesse im Gemeindebau kaum bis gar nicht einbringen, indem z.B. Menschen, die sich sprachlich weniger gut ausdrücken können, z.B. als MieterInnen-VertreterInnen unterstützt werden.

Aber auch die Thematisierung von gesellschaftlichen Entwicklungen, wie die Errichtung von Videoüberwachung im Gemeindebau als „law-and-order“-Maßnahme, wäre eine Aufgabe der GWA. So müsste die Wirkung von Videoüberwachung auf die Kommunikationskultur in der Wohnhausanlage mit den BewohnerInnen kritisch reflektiert werden.

Die Umsetzung des Fachkonzepts der GWA ist aber nicht nur von der theoretischen Positionierung der Einrichtung und deren MitarbeiterInnen, sowie deren Kompetenzen abhängig, sondern auch vom (geheimen – nicht immer öffentlich erkennbaren) politischen Auftrag und organisationellen Strukturen. Hinter dem politische Auftrag verbirgt sich eine weitere Vorstellung, wie Gesellschaft organisiert sein und wie entsprechend auf die Menschen eingewirkt werden soll. Zu hinterfragen ist, welchen gesellschaftlichen Auftrag es gibt und in welchem Widerspruch sich dieser zum Fachkonzept den Interessen der BewohnerInnen stehen könnte. Dabei ist nicht davon auszugehen, dass es dabei nicht auch gemeinsame Interessen geben könnte, bzw., dass ein gesellschaftlicher Auftrag nicht beeinflussbar wäre. Aber es muss deutlich gemacht werden, dass der gesellschaftliche Auftrag, den Gemeindebau politisch „zu kontrollieren“, Spielräume für das Aufgreifen der Bedürfnisse von BewohnerInnen, oder die Förderung gesellschaftskritischer Prozesse aus einem emanzipatorischen und demokratiefördernden Verständnis der GWA einengt. Dieses Spannungsfeld ist aus zwei Perspektiven zu betrachten:

1. Wie kann dem politischen Auftrag entsprochen werden? Was daran ist nachvollziehbar? Welche gemeinsamen Interessen bestehen aus der Sicht der Fachlichkeit, der Politik und der BewohnerInnen? Und mit welchen Argumenten muss auf den politischen Auftrag eingewirkt werden?
2. Wie können auf organisatorischer Ebene, Freiräume geschaffen und erhalten werden, um den Bedürfnissen der BewohnerInnen gerecht zu werden und fachlich-orientierte Entscheidungen zu treffen?

Literatur:

Bitzan, Maria; Klöck, Tilo (Hg.): Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 5. Politikstrategien – Wendungen und Perspektiven. München 1994

Bitzan, Maria; Klöck, Tilo: „Wer streitet denn mit Aschenputtel?“. Konfliktorientierung und Geschlechterdifferenz. München 1993

Fehren, Oliver: Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz. Berlin. 2008

Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten. Stuttgart/Berlin, 1972

Gruber, Sabine: Intermediäre Organisationen in der Stadtentwicklung. Möglichkeitsräume für kollektives Lernen und Demokratieentwicklung. Neu-Ulm, 2007

Hinte, Wolfgang; Lüttringhaus, Maria; Oelschlägel, Dieter: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Reader; Münster 2001

Landhäußer, Sandra: Communityorientierung in der Sozialen Arbeit. Die Aktivierung von sozialem Kapital. Wiesbaden, 2009

Maier, Konrad; Sommerfeld, Peter: Inszenierung des Sozialen im Wohnquartier. Darstellung, Evaluation und Ertrag des Projekts 'Quartiersaufbau Riselfeld'. Freiburg, 2005

Sing, Eva; Heimgartner, Arno: Gemeinwesenarbeit in Österreich. Graz, 2009

Stövesand, Sabine: Mit Sicherheit Sozialarbeit! Gemeinwesenarbeit als innovatives Konzept zum Abbau von Gewalt im Geschlechterverhältnis unter den Bedingungen neoliberaler Gouvernementalität. Wien, 2007

AK 1.3: Impuls von Sabine Stövesand, DGSA/HAW Hamburg

These 1

Das Arbeitsprinzip GWA hat nun auch den Sektor der formalen Bildung erreicht. Sozialraumbezug, Aktivierung lokaler Ressourcen, Aufbau von Kooperationen und Netzwerken finden sich in allen aktuellen Konzeptpapieren. Umgekehrt findet sich das Bildungsthema integriert in Programme der Sozialen Stadtentwicklung.

These 2

GWA muss Sorge tragen, dass sie im Bildungsbereich nicht zum Ausputzer staatlicher Sparmaßnahmen wird und gleichzeitig die Chancen nutzen. Hintergrund: Schließung öffentlicher Bücherhallen und Übernahme der „Restbestände“ durch Stadtteilzentren in Hamburg.

These 3

Die Bildungs- ersetzt tendenziell die Soziale Frage Während Armut und Strategien wie materielle Umverteilung oder Soziale Rechte systematisch de-thematisiert werden, wird Bildungsmangel zum allgemeinen Erklärungsansatz für soziale Ungleichheit und Bildungsreichtum Allheilmittel

These 4

Konzepte der lokalen Bildungslandschaften spiegeln das Dilemma einer pragmatisch-manageriellen GWA. Die Thematisierung sozial-struktureller Aspekte bzw. die Verknüpfung dieser Aspekte mit individuellen Bildungsbiographien fehlt häufig und damit auch die Konsequenz der Arbeit an grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen. Häufig geht es vor allem um einen manageriell-pragmatischen Ansatz und um Steuerung, Management und Umbau der Verwaltungen

These 5

GWA ist nach wie vor wichtig und aktuell als politische Bildungsarbeit mit dem Ziel der Unterstützung kollektiver Handlungsfähigkeit. Dazu zwei Beispiele aus Hamburg

AK 2: Politisch Handeln konkret: Welche Strategien verfolgt Soziale Arbeit?

Christine Rudolf (Vernetzungsgruppe Soziales/AK-Rätin)

Maren Schreier (AKS/Bremer Institut für Soziale Arbeit)

Barbara Walenta (OBDS Wien)

Moderation: **Marc Diebäcker** (kriSo)

AK 2.1: Impuls von Christine Rudolf, politische Sekretärin der KIV/UG und Arbeiterkammerrätin der AUGE/UG

Politisches Handeln in der Sozialen Arbeit aus gewerkschaftlicher Sicht: Let's organize!

Meine Sichtweise über die Funktion Sozialer Arbeit in Bezug auf politisches Handeln:
Ich verstehe Soziale Arbeit als politisches Mandat, weil all unser Handeln in allen Feldern der Sozialen Arbeit auch im weiteren Sinne das Ziel einer Gesellschaftsveränderung verfolgt.

Damit aus dieser Sicht Soziale Arbeit aber auch Gesellschaft verändernd wirken kann oder will, braucht es Organisierung und die Ermöglichung von Mitbestimmung derer, welche in der Sozialen Arbeit tätig sind – aus meiner Sicht als Gewerkschaftssekretärin am zielführendsten mit Hilfe des Organizing²-Modells (siehe am Beispiel Vernetzungsgruppe Soziales).

Sabine Stövesand, Sozialarbeiterin, Lehrende und Vertreterin des „Community Organizing“ (Organizing im lokalen Gemeinwesen) drückt dies für mich zutreffend so aus:

„Ohne den Aufbau von halbwegs stabilen sozialen Beziehungen zwischen den AdressatInnen unserer Arbeit und die Befähigung zu kollektiven Handeln, sprich den Aufbau von Macht, werden wir jedoch weder das Ziel sozial gesicherter und gerechter Verhältnisse, die ein Leben in Würde ermöglichen, noch nennenswerte Etappen dorthin – seien es akzeptable Tarifabschlüsse oder bessere Integration von MigrantInnen – erreichen. Die Veränderung der Gesellschaft in diese Richtung („social change“) ist in der international anerkannten Definition Sozialer Arbeit als ihre Bestimmung festgehalten und nicht hintergebar.“³

Aktuelle Ausgangslage - Soziale Arbeit als komplexes System verstehen:

- Soziale Arbeit findet in verschiedensten Bereichen mit unterschiedlichen Schwerpunkte statt.
- In den letzten Jahrzehnten einer komplexen Zersplitterung unterworfen: Unterwerfung unter eine neoliberale Marktlogik mit ständigen Umstrukturierungs-Prozessen (z.B. Privatisierung).

² Gewerkschaftliches Organizing meint: „Weg von einer Organisation, die allzu oft stellvertretend für Beschäftigte deren Interessen wahrnimmt – hin zu einer Gewerkschaft, in der die Beschäftigten durch ihre aktive Beteiligung in die Lage versetzt werden, selbst ihre Interessen zu vertreten.“ (zit.: Peter Bremme [u.a.Hrsg.]: Never work alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften. VSA-Verlag. Hamburg 2007. Vorwort S.8)

³ Sabine Stövesand: (Für den) Blick über den Tellerrand. Organizing im lokalen Gemeinwesen. In: Peter Bremme [u.a.Hrsg.]: Never work alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften. VSA-Verlag. Hamburg 2007. S.79-91.

- Die Berufsbilder und fachliche Ausbildung werden durch gesetzliche Legitimierung ebenfalls zersplittert (z.B. siehe Sozialberufegesetz).
- Veränderte Rahmenbedingungen verursachen auch in der Sozialen Arbeit Angst vor Arbeitsplatz-Verlust und ein Ohnmachtgefühl – Gefühl der Unfähigkeit, etwas verändern zu können

Daraus abgeleitete Thesen aus gewerkschaftlicher Sicht:

Weil Sozialer Arbeit auch ein politisches Mandat innewohnt (Gesellschaft verändernd) möchten die AkteurlInnen auch ein gewisses Maß an Mitbestimmung und Mitentscheidung in ihrer Interessenvertretung. D.h. eine Kritische Soziale Arbeit benötigt und bedingt auch eine kritische gewerkschaftspolitische Arbeit, die dazu „motiviert“ wieder politisch Handeln zu können.

Die gewohnten, traditionellen Muster der gewerkschaftlichen Organisation funktionieren daher im Sozialbereich nicht bzw. nicht mehr.

Es braucht Basisorientierung und Mitbestimmungs-Instrumente in den Gewerkschaften, um einer Kritischen Sozialen Arbeit auch Raum und Möglichkeiten für politisches Handeln zu eröffnen.

Die Organisation der Sozialen Arbeit und des Sozialbereichs muss – damit Mitbestimmung, Organisation und politisches Handeln und in diesem Sinne der Umgang mit den veränderten Rahmenbedingungen möglich wird - an der „Basis“ ansetzen. D.h. die alltäglichen Problematiken mit denen Menschen in der Sozialen Arbeit beschäftigt sind müssen der Ausgangs- und Ansatzpunkt der Organisation (oder besser des Organizing) sein.

Davon ausgehend braucht es einen strategisch geplanten Prozess, um Organizing und daran anschließendes politisches Handeln zu ermöglichen: Problemanalyse → Arbeitshypothesen → Zielentwicklung + -definition → Umfeldanalyse → Ableitung von Handlungsstrategien → Politisches Handeln letztendlich ermöglichen

Wichtig: Der gesamte Prozess muss die unmittelbaren AkteurlInnen, also jene in der Sozialen Arbeit Tätige mit einschließen und durch sie selbst vorangetrieben werden (Empowerment)!

Aufgaben von Gewerkschaften/Interessenvertretungen/Berufsverbänden etc. dabei:

- Raum und Rahmenbedingungen für den Prozess zu schaffen.
- Die Ressourcen dafür zur Verfügung stellen.
- Mittel zur Mitsprache und Beteiligung bereit- bzw. sicherstellen.

Das wichtigste Mittel zur Umsetzung dieses Anliegens: Netzwerk-Arbeit (Organizing-Modell)

Daran setzt auch das Konzept der Vernetzungsgruppe Soziales (VG-Soziales) an:

Zielgruppe + Ziele:

- Angesprochen sind alle im Sozial- und Gesundheitsbereich tätige KollegInnen, BetriebsrätInnen/Personalvertretungen, GewerkschafterInnen etc.
- Informationsaustausch und Erfahrungsaustausch über konkrete Probleme/Themen
- Gezielter Kontakt-Aufbau zu anderen in der Sozialen Arbeit Tätigen, BetriebsrätInnen/ Personalvertretungen, Gewerkschafts-VertreterInnen, politischen Playern, fachlichen ExpertInnen und Menschen mit Expertise in der Öffentlichkeitsarbeit
- Vernetzung zwischen den verschiedensten Bereichen ermöglichen und einander kennen lernen - Blick über den Tellerrand!
- (Politische) Handlungsstrategien zur Umsetzung gemeinsamer Ziele entwickeln

- Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit transparenter und basisnahe gestalten (Aufklärungsarbeit)

Organisation, Rahmen und Regelmäßigkeit:

- Technische, räumliche und finanzielle Ressourcen werden von der AUGE/UG und von der KIV/UG (beide Teil der Unabhängigen GewerkschafterInnen) zur Verfügung gestellt.
- monatliche bis zwei-monatlich Treffen/Veranstaltungen

Notwendigkeiten:

- Es gibt ein Organisations-Team bestehend aus hauptamtlichen MitarbeiterInnen der AUGE/UG + KIV/UG und aus KollegInnen, die Interesse an der Mitgestaltung haben.
- Öffentlichkeitsarbeit/Dokumentation der Ergebnisse über unsere E-Mail-Verteiler, Print-Medien (Die Alternative) und Homepages: www.kiv.at/vernetzung-soziales, www.sozialmilliarde.at, www.auge.or.at, www.kiv.at; auch auf facheinschlägigen HP's: z.B. www.behindertenabreit.at, www.obds.at

Politisches Handeln wird ermöglicht durch:

- Erfahrungsaustausch und gegenseitige Hilfe/Unterstützung bei Problemen
- Aufzeigen von Lücken und blinden Flecken in der Gewerkschaftsarbeit – z.B. ist 2006 und 2007 ein Kommentar zum BAGS⁴-Kollektivvertrag ergänzt um Erfahrungen von BetriebsrätInnen - lieferte Ansatzpunkte zur kritischen Weiterarbeit am Kollektivvertrag.
- Entwicklung von Seminaren - z.B.: ein Workshop zum BAGS-Kollektivvertrag 2006 und 2007.
- Entwicklung von Anträgen für die Arbeiterkammer-Vollversammlungen – siehe: www.auge.or.at
- Entwicklung von Positionspapieren und Stellungnahmen an GewerkschaftsvertreterInnen und politische Player und Parteien (Basis für Anträge in Gewerkschaft und Gemeinde-/Nationalrat)
- Fachspezifische Diskussions-Veranstaltungen zu verschiedenen Tätigkeiten und sozialen wie gesellschaftspolitischen Themen in der Sozialen Arbeit; Mitwirken an Veranstaltungen anderer in der Sozialen Arbeit tätigen Vereine/Initiativen
- Größere Berufsgruppen-übergreifende Veranstaltungen zur gemeinsamen Entwicklung von Forderungen – z.B. Sozialgipfel im März 2010 – siehe: www.kiv.at/vernetzung-soziales
- Entwicklung von Kampagnen – z.B. „Her mit der Sozialmilliarde“: www.sozialmilliarde.at
- Beteiligung an anderen gewerkschaftlichen Kampagnen – z.B. GPA-djp-Kampagne „Soziale Arbeit ist mehr wert!“
- Planen und Durchführen von Aktionen (auch Bereichsübergreifend): z.B. „Kröt€n-Wanderung“ am 1.10. 2010 für eine Sozial- und eine Bildungsmilliarde – siehe: <http://diealternative.org/sozialmilliarde/kategorie/krotenwanderung-1-10-2010/>

Literatur-Tipps zum Thema gewerkschaftliche Netzwerk-Arbeit und Organizing:

Gernot Acko/Alexander Eberl/Christine Rudolf: Wozu Soziale Netzwerke? Theoretische Grundlagen und praktische Handlungsanleitungen für gezielte Netzwerkarbeit in der Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit. Projektarbeit im Rahmen des 57. Jahrganges der Sozialakademie der Arbeiterkammer. Mödling 2007. Download

⁴ „Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe“

unter: http://www.kiv.at/servlet/ContentServer?pagename=KIV/Page/KIV_Index&n=KIV_1.4.d.a&cid=1186413131384

Peter Bremme/Ulrike Fürniß/Ulrich Meinecke [Hrsg.]: Never work alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften. VSA-Verlag. Hamburg 2007. S.79-91. ISBN 978-3-89965-239-0

Uwe Elsholz/Peter Dehnbostel [Hg.]: Kompetenzentwicklungsnetzwerke. Konzepte aus gewerkschaftlicher, berufsbildender und sozialer Sicht. Edition sigma. Berlin 2004. ISBN 3-89404-522-1

Uwe Elsholz: Gewerkschaftliche Netzwerke zur Kompetenzentwicklung. Qualitative Analyse und theoretische Fundierung als Lern- und Organisationsform. Rainer-Hampp-Verlag. München und Mering 2006. 1. Auflage. ISBN 3-86618-005-5

Marion Mohrlock/Michaela Neubauer/Rainer Neubauer/ Walter Schönfelder: Let's organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich. Ag Spak. München 1993. ISBN 3923126816

Ulrich Schönbauer/Michael Vlastos [Hg.]: Soziale Netzwerke und Kommunikationsprozesse im Unternehmen. Neue Impulse für die Betriebsratsarbeit. ÖGB-Verlag. Wien 2009.

Sabine Stövesand: (Für den) Blick über den Tellerrand. Organizing im lokalen Gemeinwesen. In: Peter Bremme [u.a.Hrsg.]: Never work alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften. VSA-Verlag. Hamburg 2007. S.79-91.

Linktipp zur Gemeinwesenarbeit (Community Organizing) in Deutschland: <http://www.fo-co.info/>

AK 2.2: Impuls von Maren Schreier, M.A. Social Work; AKS und Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung (BISA+E). Kontakt: maren.schreier@bremen.de; www.bisa-bremen.de

Mein Input basiert auf dem Selbstverständnis einer (selbst-)kritischen, sich einmischenden und aktiv (mit)gestaltenden Sozialen Arbeit. Anhand theoretischer Denkanstöße und konkreter Erfahrungen aus lokalen und BRD-weiten Vernetzungszusammenhängen Sozialer Arbeit –dem Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) – werden exemplarisch Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Zugleich sollen damit verbundene Widersprüche und Hindernisse diskutiert werden.

Thesen:

- Politik ist keine Sondersphäre, kein „Nischengeschäft“ einer Handvoll „RealpolitikerInnen“, sondern gelebte Demokratie. Soziale Arbeit ist per se in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingebunden und kann - als elementarer Bestandteil dieses sozialen Gefüges - schlichtweg nicht „unpolitisch“ sein; Soziale Arbeit agiert – ob „bewusst“ oder „unbewusst“ - politisch.
- Eine Soziale Arbeit, die sich angesichts zunehmender Ausgrenzungsprozesse als „unpolitisch“ begreift, die ihre eigene Einbindung in die hegemonialen Praktiken nicht reflektiert, vorgegebene Zielvorgaben unhinterfragt übernimmt und sich nicht distanziert von menschenfeindlichen, plakativen und diskriminierenden Zuschreibungen und Anforderungen, wirkt aktiv mit an der Diskriminierung, Entmündigung, Selektion und Ausgrenzung von Menschen.
- Eine sich als kritisch (und offensiv politisch) verstehende Soziale Arbeit richtet ihr Handeln an eigenen theoretischen wie empirischen Wissensbeständen aus. Vor dem Hintergrund der Achtung und Anerkennung der Würde und Mündigkeit eines jeden

Menschen, der Förderung und Wahrung von Demokratie, Teilhabe und Verwirklichungschancen distanziert sie sich offensiv von fachfremden, Ausgrenzungsprozesse verschärfenden Anforderungen, Programmen und Praktiken.

- Vor diesem Hintergrund ist – vielleicht dringender denn je – eine (selbst-)kritische Widerständigkeit gefragt. Soziale Arbeit kann und muss sich öffentlich wie fachpolitisch positionieren. Sie muss Ausgrenzungsprozesse analysieren und skandalisieren, Ungerechtigkeiten und Zumutungen thematisieren, scheinbar Selbstverständliches und augenscheinlich Unausweichliches hinterfragen (Foucault), sie kann (Handlungs-)alternativen und Veränderungsmöglichkeiten aufzeigen und nicht zuletzt auch die „Systemfrage“ stellen: In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich – in welcher Gesellschaft wollen wir leben? Eine derart konturierte Soziale Arbeit mischt sich kontinuierlich ein in die Gestaltung des Sozialen einer demokratisch verfassten Gesellschaft.
- Ein offensives (Mit-)Gestalten des Sozialen ist an vielen Orten und in vielfältigen Kontexten möglich: In selbstorganisierten Arbeitskreisen und Bündnissen, in Gewerkschaften oder Berufsverbänden, in (Praxis-)Forschung und Lehre, in Politikberatung, durch Stellungnahmen, (öffentlichkeitswirksame) Aktionen, Veranstaltungen, Initiativen, Kampagnen – u.v.m.!

AK 2.3. Impuls von Barbara Walenta, OBDS Wien

„Soziale Arbeit hat jedenfalls ein „politisches Mandat“ bzw. einen politischen Auftrag!“

Meiner Ansicht nach hat soziale Arbeit in jedem Fall ein „politisches Mandat“ bzw. einen politischen Auftrag- denn gesellschaftliche Veränderungen und die Antworten oder „Nichtantworten“ der Politik haben direkte Auswirkungen auf Strukturen und Ressourcen, welche wiederum direkte Auswirkungen auf KlientInnen Sozialer Arbeit, aber auch auf die Arbeitsbedingungen und Handlungsmöglichkeiten von SozialarbeiterInnen haben. Will man demnach Entwicklungen im Sinne sozialer Grundsätze und Standards vorantreiben, ist die Einflussnahme und Beteiligung im politischen Feld m.E. obligatorisch.

„Soziale Arbeit verfügt über genügend Expertise um „Motor“ und Ideengeberin für sozialpolitische (Weiter-)Entwicklung sein zu können. Sie ist daher auch grundsätzlich befähigt für sich selbst einzustehen und selbst eigene Standards festzulegen.“

Da die Soziale Arbeit über eine große und breit gefächerte Expertise verfügt, ist sie durchaus befähigt, einerseits als Motor und Ideengeberin in der Entwicklung von politischen Antworten auf soziale Fragen und alternativer Lösungsmöglichkeiten, tätig zu sein. Andererseits ist sie auch befähigt für sich selbst „ein zu stehen“ und somit Standards zu bestimmen, die die eigene Handlungsfähigkeit erhalten und zentraler, auch erweitern können, um adäquat und im „besten Sinne“ an sozialen Problemstellungen arbeiten.

„Um politische Handlungsmöglichkeiten erweitern zu können braucht es mehr Selbst-Bewusstsein und die Auflösung der Zersplitterung von Initiativen!“

Hierfür ist m.E. zunächst ein durchaus berechtigtes „gesundes“ Selbstbewusstsein gefragt, welches gerade in Zeiten von „Preis- und Qualitätsdumping“, der Angst vor Konkurrenz und einer „Mentalität“ des Erduldens widriger Bedingungen weichen sollte, nicht zuletzt um sich

gut positionieren und verhandeln zu können, frei nach dem Motto „Ernst genommen wird, wer sich selbst ernst nimmt“!?

Weiters, halte ich es für notwendig, das durchaus auch abseits des Berufsalltages vorhandene Engagement gemeinsam in Bahnen zu lenken, die Zersplitterung sozialarbeiterischer Organisation und sozialarbeiterischen Austausches aufzuheben und sowohl Kräfte als auch Ressourcen zusammenzuführen. Dies könnte den Sozialbereich nach „Innen“ stärken und dazu beitragen auch nach „Außen“ gestärkter auftreten zu können.

„Natürlich muss man zunächst voneinander wissen um sich überhaupt verbinden zu können!“

Eine verstärkte Vernetzung über die Grenzen der Handlungsfelder hinaus und verstärkte Kommunikation, die dann letztlich doch zum Handeln führt, ist von Nöten, um vielleicht schon bald **folgendes Idealbild nach Staub-Bernasconi** zeichnen zu können: *„Die Soziale Arbeit ist eine vollwertige Profession mit einem wesentlich besseren gesellschaftlichen und akademisch wissenschaftlichen Status als heute.[...] Sie kann ihr Handeln wissenschaftlich (und nicht vornehmlich betriebswirtschaftlich Anm.d.Verf.) begründen und bringt ihr Wissen sowohl im Praxisalltag als auch in unterschiedlichen transdisziplinären und transprofessionellen Diskursen, professionellen Teams und Entwicklungen ein. Ihr gesellschaftliches Mandat als Beitrag zur Bearbeitung sozialer Probleme ist mehrheitlich unbestritten. Ihre Expertise ist im öffentlichen Diskurs und sozialpolitischen Gestaltungsprozess gefragt und hat Einfluss auf die politischen Entscheidungen.“* (S.Staub-Bernasconi, SIÖ 2/07)

Zentral, um dieses Ziel zu erreichen sind also m.E. Vernetzung, Zusammenführung von Ressourcen, Wissen und Kräften und die Entwicklung eines „gesunden“ Selbst-Bewusstseins.

Der OBDS könnte hierzu erheblich beitragen und bspw. den jeweiligen Initiativen ein „Dach“ bieten.

Die Politische Arbeit und Strategie des österr. Berufsverbandes für SozialarbeiterInnen (OBDS)



Der Obds sieht seine Aufgaben unter anderem in folgenden übergeordneten Punkten beschrieben:

- **Wahrung und Förderung der Berufsinteressen der in Österreich tätigen SozialarbeiterInnen**
- **Wahrnehmen, Aufzeigen und Reagieren auf Änderungen von gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen**
- **Den Einsatz für Menschenrechte**

Die Landesgruppe Wien verfolgt derzeit und zukünftig folgende Strategien

Angebot einer Wissens- und Vernetzungsbasis zur Stärkung der Gruppe der SozialarbeiterInnen-

- durch die Sammlung, Bereitstellung und das öffentlich machen jeglicher Art von sozialarbeiterisch relevanter Information (z.B:neue Homepage interaktiv).

- durch das Anbieten eines „Daches“ für sozialarbeiterische Initiativen (aber auch die Initiation von Arbeitsgruppen zu bestimmten Schwerpunktthemen)
- durch das Bereitstellen von Know-how und Ressourcen
- durch die aktive Kooperation mit anderen Initiativen, sozialen Institutionen und anderen relevanten „Playern“
- durch Beratung und Unterstützung von SozialarbeiterInnen

Aktives Politisches Wirken im Bereich...

- Öffentlichkeitsarbeit durch eine „Sprachrohrfunktion“ damit ExpertInnen die Missstände in ihrem Bereich aufzeigen können.
- Lobbying für sozialarbeiterische Interessen und brisante Themen (Schwerpunkt dzt. Berufsgesetz)

Nach unserer Herbstklausur haben wir uns wieder viel vorgenommen, wie man obiger ambitioniert gestalteter Liste entnehmen kann. Die Mitarbeit im OBDS ist bis dato ehrenamtlich und das Ausmaß dessen was erreicht werden kann ergibt sich aus den zur Verfügung gestellten Ressourcen der aktiven MitgliederInnen, derer man offensichtlich nie genug haben kann.

„Wir haben kein Recht uns nicht einzumischen!“ (T.Wehsely, (SIÖ 2/06)

AK 3: Gewaltprävention in der Jugendarbeit konkret: Konfrontation oder Reflexion?

Irmengard Hanzal (S.A.M.I./Self Defense and Martial Arts Institute)

Torsten Rex (Mildred-Scheel-Berufskolleg Solingen)

Marie-Therese Schultes (Universität Wien, Bildungspsychologie)

Moderation: **Alexander Brunner** (LIFESKILLS)

AK 3.1: Impuls von Mag. Irmengard Hanzal, Austrian Krav Maga Association, Selbstverteidigungs- und Kampfsporttrainerin für Kinder, Jugendliche und Erwachsene (www.kravmaga-austria.at; www.sami.at)

Gewaltprävention in der Jugendarbeit konkret: Konfrontation oder Reflexion

Unsere Erfahrung bisher hat gezeigt:

Wer sich mit Selbstverteidigung und Kampfkunst – bzw. sport unter seriöser Anleitung (schon frühzeitig) auseinandersetzt wird seltener zum Täter oder Opfer!

Selbstverteidigung bedeutet die Vermeidung und/oder Abwehr von Angriffen auf die seelische und/oder körperliche Unversehrtheit eines Menschen. Die Spannweite solcher Angriffe beginnt bei Nichtbeachtung, unbedachten Äußerungen, Einnehmen von Gemeinschaftsraum, setzt sich fort über Beleidigungen, Mobbing und reicht hin bis zu Körperverletzung und Gewaltverbrechen.

Körperverletzung ist der Eingriff in die körperliche Unversehrtheit einer Person in Form einer körperlichen Misshandlung oder einer Gesundheitsschädigung. Dabei ist jedoch zumeist die Ausübung von Macht das Ziel des Täters.

Bei der Verteidigung gegen nichtkörperliche Angriffe spricht man heute auch von Selbstbehauptung. Diese hat einen bedeutenden Stellenwert in der Selbstverteidigung und findet vor allem Ausdruck in der Nutzung verbaler Mittel sowie in der Körpersprache.

Krav Maga gehört zu den effektivsten und bekanntesten Selbstverteidigungssystemen der Gegenwart. Krav Maga ist ein absolut zeitgemäßes und realistisches Selbstverteidigungssystem für die Verteidigung in allen Situationen. Das Umsetzungspotential der Techniken wird unter Berücksichtigung der psychischen Stressfaktoren, welche bei einem Angriff entstehen, so realistisch wie möglich geschult. Es ist ein ideales und der westlichen Mentalität angepasstes Selbstverteidigungssystem und somit bestens auch für den zivilen Bereich geeignet, wiewohl es ursprünglich für den militärischen Nahkampf entwickelt wurde. In der Selbstverteidigung gilt nahezu immer: Verteidigung – Konter – Flucht! Die Verteidigung wird, gemäß der gesetzlichen Vorgabe durch das Notwehrrecht, solange durchgeführt, bis eine ungehinderte Flucht möglich wird. Im Grunde gibt es zwei grobe mögliche Verteidigungsformen, die deeskalative und die aggressive Form der Selbstverteidigung.

Dem Verteidiger obliegt es, in der jeweiligen Situation unter den Bedingungen der Verhältnismäßigkeit die passende Strategie zu wählen. Welche Verteidigungsstrategie zum Einsatz kommt ist abhängig von der Intensität des Angriffs, von den körperlichen Voraussetzungen des Angreifers, ob der Angreifer bewaffnet ist, von den eigenen körperlichen Voraussetzungen und auch der Tagesverfassung, von der Möglichkeit Hilfe in Anspruch zu nehmen und von den örtlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen.

Das unter pädagogischen Richtlinien ausgearbeitete Konzept für Kinder- und Jugendselfverteidigung für 8 – 18 Jährige wird einerseits in laufenden Kursen (regelmäßigen Trainings), andererseits auch als Workshops für Schulen z.B. im Rahmen des Sportunterrichts vermittelt. Sowohl Lehrer als auch Eltern und Schüler sind Initiatoren für solche Präventionskurse in welchen sowohl potentielle Opfer als auch mögliche Täter angesprochen werden und ihnen Möglichkeiten zur Reflexion geboten werden sollen. Im Sinne der Gewaltprävention wäre es wünschenswert, wenn solche Kurse als Pflichtveranstaltung in jeder Schule durchgeführt würden.

Mit Jugendlichen können die Themen Gewalt, Aggression, Missbrauch etc. ganz konkret angesprochen und diskutiert werden. Es werden Abwehrtechniken für verschiedene Situationen eintrainiert und - Bezug nehmend auf die zunehmende körperliche Stärke – wird auch davon ausgegangen, dass Chancen bestehen, sich in einer Situation entsprechend zur Wehr setzen zu können. Eingesetzt werden einfache Abwehr- und Befreiungstechniken, Bewegungsmuster, Schlag- und Tritttechniken uvm. Aber auch hier nehmen natürlich wieder auch die Themen: Prävention (was kann ich tun oder lassen, damit ich nicht in gewaltsame Situationen gerate), verbale Mittel (schreien, Nein sagen), Hilfe organisieren, Taktik (Beweglichkeit, Flucht-Prinzip, Distanzen), Situationen einschätzen lernen, Hilfsmittel einsetzen (Alltagsgegenstände) etc. einen wichtigen Teil des Unterrichts ein.

Die Trainingsumgebung, die ausgebildeten Instruktoen und die Gestaltung der Trainingseinheiten zielen darauf ab, den Jugendlichen Ideale, Vorbilder und Ziele zu vermitteln. Auch die körperliche Kondition sowie das Körperbewußtsein spielen eine zentrale Rolle, da die rein intellektuelle Herangehensweise an das Thema Gewalt bzw. Gewaltprävention nicht ausreichend scheint sondern eben auch auf körperlicher Ebene „erlebbar“ gemacht werden muß.

AK 3.2: Impuls von Torsten Rex, Mildred-Scheel-Berufskolleg Solingen

Jugendgewalt begegnen: ein konfrontatives Plädoyer aus der Praxis!

Nach einem Streit wurde ein 38 Jahre alter Mann am Freitagabend nach eigener Aussage von mehreren (...) Jugendlichen bestohlen und mit einem Messer und Tritten verletzt.
Streitgrund: Der Mann habe die Begleiterin eines Tatverdächtigen zu lange angeschaut.
(vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,525879,00.html>, letzter Zugriff: 19.10.2010)

Mono- oder multiethnische (Gang-)Schläger haben häufig eine recht weitreichende „Karriere“ als Gewalttäter hinter sich und benutzen ihre „Opfer als Tankstelle des Selbstbewusstseins“ (Weidner, Kilb & Kreft 2009, S. 47). Jedoch sind sie nicht nur in diesem Bereich regelrechte Profis, sondern auch im Umgang mit Fachkräften der Sozialen Arbeit und Justiz. Durch diese manifesten und sich selbstverstärkenden Muster, wird ein professioneller Umgang immer schwieriger, zumal der öffentliche Druck streckenweise hoch ist.

Bei genauer Betrachtung kristallisieren sich bei diesem Umgang zwei bipolare Umgehensweisen heraus: auf der einen Seite wird politisch wellenweise gefordert, diese Jugendlichen „härter“ zu bestrafen, ggf. Jugendhilfemaßnahmen zweckentfremden (indem Heimgruppen zu Haftvermeidungs- bzw. Bewährungsgruppen konzipiert werden, Boot Camps gefordert werden o. ä.); und auf der anderen Seite ein eher gesprächsorientierter Ansatz, der einen Ausbau reflektorischer Fähigkeiten bei den Jugendlichen bewirken soll, damit einhergehend eine Diversion von Strafverfahren.

Beide Ansätze haben sicherlich ihre Berechtigung, jedoch kann bezweifelt werden, dass diese eine tiefgreifende Verhaltensänderung bei Jugendlichen bewirken. Ein grundlegender Kern gewaltbereiten Verhaltens von Jugendlichen ist die fehlende Auseinandersetzung mit den Opfern und der eigenen Tat in Verbindung mit fehlenden gesellschaftlich angemessenen Strategien der Konfliktlösung. Genau an diesem Punkt müssen primär-, sekundär oder tertiärpräventive Maßnahmen ansetzen.

Ziel konfrontativer, gewaltpräventiver Ansätze muss sein, Täter oder potenzielle Täter zu emotionalisieren, so dass diese sich bereits in Konfliktsituationen mit den Opfern und möglichen Konsequenzen auseinandersetzen; und das nicht nur täter- und deliktorientiert (im Anti-Aggressivitäts-Training (AAT®)) sondern auch opferstärkend (im Coolness-Training (CT®)).

Literatur

- Beaulieu, D. (2008). *Impact-Techniken für die Psychotherapie*. Heidelberg: Auer.
- Farrelly, F. & Brandsma, J. (2008). *Provokative Therapie*. Heidelberg: Springer.
- Kilb, R., Weidner, J. & Gall, R. (2009). *Konfrontative Pädagogik in der Schule: Anti-Aggressivitäts- und Coolnesstraining*. Weinheim: Juventa.
- Korn, J. & Mücke, T. (2005). *Gewalt im Griff 2: Deeskalationstraining- und Mediationstraining*. Weinheim: Juventa.
- Weidner, J., Kilb, R. & Jehn, O. (Hrsg.) (2003). *Gewalt im Griff 3: Weiterentwicklung des Anti-Aggressivitäts- und Coolness-Trainings*. Weinheim: Beltz.
- Weidner, J. (2008). *AAT® - Anti-Aggressivitäts-Training für Gewalttäter*. Godesberg: Forum.
- Weidner, J., Kilb, R. & Kreft, D. (Hrsg.) (2009). *Gewalt im Griff 1: Neue Formen des Anti-Aggressivitätstrainings*. Weinheim: Juventa.
-

AK 3.3. Impuls von Marie-Therese Schultes, Universität Wien, Bildungspsychologie

Häufigkeit von Aggression und Gewalt im Jugendalter

In einer Studie von Gradinger, Strohmeier & Spiel (2009) wurden über 700 Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren zu ihrem aggressiven Verhalten befragt. Jeweils über 15 Prozent gaben an, häufig andere niederzumachen bzw. physisch zu attackieren. Mehr als doppelt so viele Jugendliche (32,1%) gaben an, häufig verbale Gewalt anzuwenden.

Theoretische Grundlagen von Aggression und Gewalt

Die Ursachen von Aggression und Gewalt im Jugendalter sind vielfältig und sowohl von der individuellen Vorgeschichte der Person, als auch von der jeweiligen Situation abhängig. Die Mechanismen der Gewaltentstehung liegen gemäß dem ökologischen Modell (Bronfenbrenner, 1979) auf fünf Ebenen. Die erste Ebene stellt die Person dar. Jede Person ist jedoch in weitere Systeme eingebettet, welche auf das Verhalten einwirken. Auf Ebene der Person kann man von zwei unterschiedlichen Funktionen ausgehen, in denen aggressives Verhalten begründet liegt. Wird Aggression ausgeführt, um damit ein bestimmtes Ziel zu erreichen (z.B. Akzeptanz in der Peergruppe), so spricht man von instrumenteller Aggression oder „kalter Gewalt“. Folgt aggressives Verhalten jedoch auf eine wahrgenommene Provokation, so handelt es sich um reaktive Aggression oder „heiße Gewalt“ (Little et al., 2003). Je nach Ursache und Funktion des Verhaltens können unterschiedliche Präventionsansätze zielführend sein. In jedem Fall sollte Aggression im

Jugendalter immer unter einem systemischen Ansatz betrachtet werden (*Participant Role Approach*, Salmivalli, 1999). Nicht nur Opfer und Täter sind an einer aggressiven Handlung beteiligt, sondern alle Personen, die der Handlung beiwohnen oder davon wissen.

Arten von Prävention

Präventionsprogramme gegen Gewalt im Jugendalter können unter anderem darin unterschieden werden, ob sie dem Auftreten aggressiven Verhaltens vorgeordnet sind (Primärprävention), zur Reduktion von Gewalt eingesetzt werden (Sekundärprävention), oder sich mit der Vermeidung oder Abschwächung der Folgen von Aggression und Gewalt befassen (Tertiärprävention). Mit universellen Präventionsprogrammen werden alle potentiell gefährdeten Jugendlichen erreicht, während gezielte Prävention auf Personen mit bestimmtem Risikopotential zugeschnitten ist (Beelmann, 2010). Universelle Programme zur Primärprävention lassen sich besonders gut im Schulkontext einsetzen, während zur Sekundär- und Tertiärprävention aggressiven Verhaltens externe ExpertInnen wie SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen beauftragt werden sollten.

Evidence-based practice in der Gewaltprävention

Um die Qualität und Wirksamkeit einer Initiative zur Gewaltprävention richtig beurteilen zu können, ist eine theoretische Fundierung und begleitende Evaluation unerlässlich (*Evidence-based practice*, Spiel, 2009).

Beispiele für evidence-based-Programme zur Gewaltprävention in Österreich:

- Grundschulbereich: Faustlos (www.faustlos.de)
- Sekundarbereich: WiSK Programm (www.univie.ac.at/wisk.psychologie)

Ausblick

Angesichts der Prävalenzraten von Aggression und Gewalt im Jugendalter sind eine großflächige Primärprävention im Schulbereich und eine gezielte Sekundärprävention durch ausgebildete Fachleute zu empfehlen. Für eine nachhaltige Gewaltprävention müssen unterschiedliche Berufsgruppen, wie SozialarbeiterInnen, PsychologInnen oder LehrerInnen vernetzt zusammenarbeiten. Initiativen, welche die präventive Arbeit verschiedener Gruppen integrieren, wie z.B. die Generalstrategie „Gemeinsam gegen Gewalt“ des bmukk, leisten hierfür einen wichtigen Beitrag.

Literatur

Beelmann (2010). Bildungspsychologische Prävention. In Spiel, Schober, Wagner & Reimann (Hrsg.): *Bildungspsychologie*. Göttingen: Hogrefe.

Bronfenbrenner, U. (1979). *The Ecology of Human Development: Experiments by Nature and Design*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Gradinger, Strohmeier & Spiel (2009). Traditional Bullying and Cyberbullying. Identification of Risk Groups for Adjustment Problems. *Zeitschrift für Psychologie / Journal of Psychology*, 217, (4), 205-213.

Little, T. D., Henrich, C. C., Jones, S. M., & Hawley, P. H. (2003). Disentangling the "whys" from the "whats" of aggressive behaviour. *International Journal of Behavioral Development*, 27(2), 122-133.

Salmivalli, C. (1999). Participant role approach to school bullying: implications for preventions. *Journal of Adolescence*, 22, 453-459.

Spiel, C. (2009). Evidence-based practice: A challenge for European developmental psychology. *European Journal of Developmental Psychology*, 6 (1), 11-33.

Weiterführende Literatur & Links

Beelmann & Raabe (2007). *Dissoziales Verhalten von Kindern und Jugendlichen*. Göttingen: Hogrefe.

Essau, C. & Conradt, J. (2004). *Aggression bei Kindern und Jugendlichen*. Stuttgart: UTB.

Generalstrategie des bmukk „Gemeinsam gegen Gewalt“: www.gemeinsam-gegen-gewalt.at

Nolting, H.-P. (2005). *Lernfall Aggression*. Reinbek: Rowohlt.

AK 4: Familienarbeit konkret: Sorgearbeit und Verantwortung zurück zu den Frauen?

Natascha Klinka (Wien)

Belinda Mikosz (MAG ELF)

Stefanie Wöhl (Universität Wien, Politikwissenschaft)

Moderation: **Beatrix Kaiser** (FH Campus Wien)

AK 4.1: Impuls von Natascha Klinka, Wien

1. Überlegungen zum Verhältnis von Familie und Staat – Ausgangslage

- Familie als ideale Problemlöserin
- Konstrukt von Familie als „das Private“
- Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung durch bestimmte wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen gefördert und festgeschrieben.
- Grenzziehung zwischen „öffentlich/staatlich“ und „privat“ wird in diesen Tagen der *privaten* Ausverhandlung überlassen.

2. Spannungsfeld Familie vor dem Hintergrund aktueller Familienideologien

- Die Familie ist kein privater Ort, sondern das Ergebnis gezielter staatlicher Intervention.
- Bis heute traditionelle Geschlechterleitbilder eines erwerbsarbeitenden Ehemannes und einer familienarbeitleistenden Ehefrau und Mutter als gesellschaftliche Normen gültig (Vgl. etwa das diskutierte „Papa-Monat“).
- Neoliberale Argumentationslogik verneint staatliche Interventionen zur Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse innerhalb der Familie.
- Dem gegenüber stehen wiederum gezielte staatliche Eingriffe (vgl. Diskussion zur verpflichtenden gemeinsamen Obsorge nach Scheidung). → Ideologisches Paradox von Entstaatlichung bei gleichzeitiger Staatsintensivierung.
- Delegation von Verantwortlichkeiten an private Sektoren der Ökonomie einerseits sowie an Familien andererseits (Refunktionalisierung von Familien).
- „Selbsthilfe“ und „Eigenverantwortlichkeit“ werden zu Leitbegriffen einer neoliberalen Politik → verdeckte Ausbeutung von Frauenarbeit.

3. Diskussionspunkte

- Wie kann sich Soziale Arbeit als kritische Akteurin in der Familienpolitik positionieren?
- Vor dem Hintergrund einer Budgetkonsolidierungsphase ist mit Kürzungen sowohl direkter Transferzahlungen für Familien zu rechnen als auch mit Kürzungen im

öffentlichen Bereich. Bleibt Soziale Arbeit in diesem Kontext mit dem vorhandenen Personalstand überhaupt handlungsfähig und/oder bedarf es neuer Konzepte? Welche Konsequenzen sind zu erwarten?

4. Literatur

- Behning, Ute (2004): Arbeit und Arbeitsteilung. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien, S. 191-209
- Bourdieu, Pierre (1998): Familiensinn. In: ders., Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt am Main, S. 126-136
- Kreisky, Eva/Löffler, Marion (2003): Staat und Familie: Ideologie und Realität eines Verhältnisses. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2003/4. Wien, S. 375-388
- Kreisky, Eva (o. J.): "Paradise lost": Das patriarchale Familienmodell in der Krise? Wie mit Familie (Geschlechter-)Politik gemacht wurde/wird. Wie frauenorientierte Familienpolitik zu konzeptualisieren wäre. Onlinetext. Online-Zugriff u. a. am 15. 02. 2008 auf http://evakreisky.at/onlinetexte/familie_kreisky.php
- Lang, Sabine (2004): Politik – Öffentlichkeit – Privatheit. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien, S. 65-81
- Leitner, Andrea (2000): Frauenberufe – Männerberufe: Zur Persistenz geschlechtshierarchischer Arbeitsmarktsegregation. Online-Zugriff am 14.11.2008 auf <http://www.univie.ac.at/OEGS-Kongress-2000/Online-Publikation/Leitner.pdf>
- Lenglachner, Barbara (2003): Vereinbarkeitspolitik als Geschlechterpolitik. Der politische Diskurs zur „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ im Nationalratswahlkampf 1999. Diplomarbeit eingereicht an der Universität Wien
- Lüscher, Kurt (1990): Familie und Familienpolitik im Übergang zur Postmoderne. In: Lüscher, Kurt et al. (Hg.): Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit. Konstanz, S.15-36
- Oelkers, Nina/Richter, Martina (2009): Refamilialisierung im Kontext post-wohlfahrtsstaatlicher Transformationsprozesse und Konsequenzen für die Soziale Arbeit. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Heft 3/2009. Wien, S. 35-46
- Rosenberger, Sieglinde K. (1998): Frauenpolitik und Familienpolitik – Widerspruch oder Ergänzung? In: Buchegger, Reiner/Schattovits, Helmuth A. (Hg.): 6. Interdisziplinäres Symposium „Familienforschung“, Heft 5. Wien, S. 7-14
- Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/New York

AK 4.2: Impuls von Belinda Mikosz, MAG ELF

Ich lebe für mein Kind!

Mütter sind auch in der heutigen Zeit immer noch vielfältigen Belastungen ausgesetzt, was bei 20 Prozent von ihnen zu psychischer bzw. physischer Belastung führt. Neben Beschwerden wie Rückenleiden, Allergien, Kopfschmerzen treten auch Befindlichkeitsstörungen wie Herzjagen, Schlafstörungen, depressive Verstimmung, Angst, vermindertes Selbstvertrauen oder Aggression auf.

Frauen wollen in der Regel eine gute Mutter sein und deshalb stellen sie sich selbst immer wieder hinten an. Alleinerziehende Mütter haben es häufig noch schwerer – sie müssen ein organisatorisches Talent mitbringen, um Beruf, Haushalt und Kind unter einen Hut zu

bringen. Fällt plötzlich eine unvorhergesehene Ausgabe an, kann es schnell zu einem finanziellen Engpass kommen.

Einerseits gibt es sie noch die vielen Klischees rund um das Thema „gute Mutter“ und andererseits wird in den Medien ständig auch das Bild der modernen Frau und Mutter vermittelt. Moderne Mütter sitzen nicht mehr isoliert zu Hause und hüten ihr quengelndes Kind, statt sich dem Hausfrauendasein zu ergeben, leben sie einen neuen Lifestyle.

Die Frage, wie viel Mutter ein Kind braucht, ist nach wie vor umstritten. Uneinigkeit besteht selbst unter Frauen. ExpertInnen verteidigen ihre Modelle – VertreterInnen der Entwicklungspsychologie und Bindungsforschung betonen, wie wichtig die ersten Jahre für die Entwicklung eines Kindes sind und tragen zur weiteren Verunsicherung bei. Von der Supermutter, die alles miteinander vereinbaren kann, bis zum traditionellen Rollenbild: Modelle gibt es viele, doch was ist für das Kind am besten?

In meinem Beitrag möchte ich anhand von Beispielen aufzeigen, wie wichtig es ist, dass Frauen sich für ihren individuellen Weg bewusst entscheiden. Mütter, die mit ihrer Rolle als Frau, Partnerin und Mutter zufrieden sind, kommen dem Ideal einer guten Mutter am nächsten. Kinder sind flexibel und können sich auf die verschiedenen Situationen einstellen, eben auch auf eine Mutter, die tagsüber ihren Beruf ausübt und erst am Abend und am Wochenende Zeit für ihre Kinder hat.

Mütter, die sich nur für ihre Kinder „aufopfern“ sind oft sehr einsam und frustriert, häufig überfordern sie sich und ihre Kinder. „Ich fühle ich mich manchmal einsam, oder vielleicht auch unverstanden, kann's nicht genau beschreiben. Ich glaube ich verblöde bald...“ „Ich glaube das Schlimmste in dieser Zeit, ist diese Eintönigkeit. Es gibt irgendwie weder einen „Feierabend“ noch ein „nach Hause gehen“. Die Stunden/Tage/Wochen vergehen. Ich bin froh wenn ich mit dem Kinderwagen mal um den Block gehen kann, nur um wieder frei atmen zu können in den eigenen vier Wänden...“

„Für Dich habe ich alles aufgegeben“ ist die Botschaft, die bei den Kindern bis ins Erwachsenenalter Schuldgefühle auslöst und die Verpflichtung mit sich bringt, eine Entschädigung zu leisten: „Meine Mutter ist, glaube ich, ziemlich unglücklich. Sie hat nicht so einen großen Freundeskreis und ich habe natürlich auch nicht ständig Zeit etwas mit ihr zu machen. Ich fühle mich manchmal auch etwas überfordert, von den Wünschen an mich. Ich solle doch mehr Zeit für sie haben und mich öfter melden. Wir sehen uns eigentlich einmal die Woche und telefonieren fast täglich. Es wird mir alles zu viel, aber ich kann nicht nein sagen, weil sie dann immer krank wird und ich nicht Schuld an ihrem Tod sein möchte.“

AK 4.3: Impuls von Dr. Stefanie Wöhl, Universität Wien

- Auf den Arbeitsmarkt bezogene Umbaustراتيجien und Aktivierungspolitiken bedeuten zukünftig einen verstärkten Druck auf den im Sozialstaatsmodell ohnehin eingeschriebenen Zwang „freiwilliger Mehrarbeit“ von Frauen in der sogenannten „Privatsphäre Haushalt“, die bislang und weiterhin unbezahlt Versorgungs- und Pflegearbeit leisten.
- Teilprivatisierung der Rentenversicherung ist eine zusätzliche Erwerbsminderung für Frauen bei ohnehin niedrigem Einkommen und schlechterer Alterssicherung/Abhängigkeit vom Ehepartner;

- Unwilligkeit männlich-politischer (Partei)Eliten, auch der Gewerkschaften, an dieser Form asymmetrischer Arbeitsteilung und Geschlechterpolitik etwas zu verändern, die überhaupt nicht mit Gerechtigkeitsvorstellungen in Einklang zu bringen sind;
- Das „männliche Versorgermodell“ in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik bleibt dabei vor allem in Österreich weiterhin erhalten bei stetiger Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen bei einer Differenz von ca. 23% Lohnunterschied;
- Die Budgetkonsolidierung und die Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise bedeuten vor allem für Eltern mit Kindern Einschnitte und Einkommensverluste;
- Anspruch auf gleiche gesellschaftliche Teilhabe u.a. an existenzsichernder Lohnarbeit von Frauen läuft ins Leere. Die feministische Kritik an dieser Politik, dass es nicht einfach um die *Vereinbarkeit* von Familie und Beruf für Frauen gehen kann, sondern um eine
- Neuverteilung von Reproduktionsarbeit und Umverteilung der Kosten dieser Arbeit auf alle (auch Kinderlose) gehen muss => Ausbau der öffentlichen Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen bundesweit nötig! Dringende Erhöhung der Löhne in diesem Sektor nötig!
- *strukturelle Nichtvereinbarkeit* von Beruf und Kindern für Frauen unter dem Leitbild des männlichen Hauptfamilienverdieners, neuerdings aber gekoppelt mit dem Zwang zu Flexibilisierung, sowohl räumlich-mobil sein zu müssen wie auch lebenslang zu lernen. Der damit weiterhin verbundene Mütterlichkeitsmythos hat viel weniger unternehmerische Elemente, als frau denken kann, weil ihr nämlich wirkliche Wahl-Freiheiten und Selbstverwirklichungspotentiale in bestimmter Hinsicht gar nicht eingeräumt werden, es sei denn, sie finanziert sie selbst.
- Folge: Familienpolitik statt Frauenpolitik wird forciert.

Literatur zum Thema:

Dackweiler, Regina und Reinhild Schäfer (Hg.) 2010: Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Gather, Claudia (2002): „Aus meiner Familie weiß niemand, dass ich putzen gehe.“ Informelle Erwerbsarbeit in Privathaushalten“, in: *prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Jg. 32., H. 4, S. 577- 597.

Gottschall, Karin und Birgit Pfau-Effinger (Hg.) 2002: Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich, Opladen.

Veil, Mechthild (2001): Neuorientierungen der Wohlfahrtsstaaten in Zeiten der Globalisierung: Verluste und Gewinne, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Nr. 30, S. 161 - 170.

Wöhl, Stefanie (2007): *Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik*, Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag.

AK 5: Diversity Management konkret: Modebegriff oder lohnendes Handlungskonzept für die Soziale Arbeit?

Sarah Galehr (AMS Wien)
Christa Kleiner (Diversity-ok!)
Mari Steindl (Interkulturelles Zentrum)
Moderation: **Daniela Jöchtl** (kriSo)

AK 5.1: Impuls von Sarah Galehr, AMS Wien

Diversity Management im AMS-Wien

Das AMS nimmt eine Sonderstellung im Bereich Beratung ein. Einerseits müssen Gesetze vollzogen werden (u.a. AIVG, AuslBG) andererseits gilt es Personen bei ihrem (Wieder-) Eintritt in den 1. Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die Behörde AMS betrachtet Menschen also als Parteien, das Dienstleistungsunternehmen AMS dieselben Menschen als KundInnen. In der Vergangenheit wurden Menschen mit Migrationshintergrund (bzw. 3-Staatsangehörige) vor allem im Zusammenhang mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz gesehen. Dass sie Menschen mit besonderen Kompetenzen, Problemlagen und Bedürfnissen sind, wird jetzt im Zuge *Diversity im AMS-Wien* erstmals offensiv diskutiert. Diversity Management im AMS legt seinen derzeitigen Fokus auf KundInnen mit Migrationshintergrund. Frauen und der Faktor Alter haben schon eine längere Tradition im AMS. Das AMS Wien versucht dem Diversitätsaspekt Ethnie auf verschiedenerelei Hinsicht gerecht zu werden:

- MentorInnenprogramme für KundInnen
- MitarbeiterInnenschulungen (Interkulturelle Kompetenz) – in Kürze auch als Großveranstaltungen
- Schulungen für Führungskräfte
- Rekrutierung von Personal mit Migrationshintergrund
- TrainerInnen in Kursen mit sozialpädagogischer Betreuung müssen eine Schulung zur interkulturellen Kompetenz von mindestens 16 Wochenstunden absolviert haben
- Vernetzung u.a. mit WK, AK, MA17, Stadtschulrat, Integrationsfonds, Polizei, NPO's, ...
- Bearbeitung der Fragen Nostrifikation und Kompetenzanalysen,
- u.a.m.

Fragen an den AK:

- Ist es für eine Organisation wie das AMS wichtig, gesellschaftliche Wirklichkeit zu spiegeln (in der Verwaltung/in der Beratung).
 - Wie kann Kulturalisierung (und damit einhergehende Stereotypisierung) verhindert werden?
 - Das Machtgefälle (zwischen BeraterIn und Arbeitssuchender/Arbeitssuchenden) ist systemimmanent – ist DiM ein geeignetes Instrument dieses Machtgefälle zu minimieren und Beratung qualitativ hochwertiger zu gestalten?
-

AK 5.2: Impuls von Christa Kleiner, DSA, Gruppendynamikerin, Supervisorin, Diversity Expertin. www.diversity-ok.at

Diversity Management bedeutet, einen förderlichen Umgang mit Unterschiedlichkeiten zu finden. Sozialarbeit hat mit sehr unterschiedlichen KlientInnen zu tun. Die Zusammensetzung der qualifizierten Belegschaft zeigt allerdings oft ein sehr einheitliches Bild- weiß, mittelschichtig, viele Frauen, christlich (im Gegensatz zu niedrig oder nicht qualifiziertem Personal, wie Heimhilfen, ParkbetreuerInnen etc.)

SozialarbeiterInnen müssen also lernen, mit vielen Unterschiedlichkeiten umzugehen. Hier sind die Organisationen gefragt, Diversity Management als Instrument der Personal- und Organisationsentwicklung wahrzunehmen, sei es durch Fortbildung, im Recruiting, in der Teambildung.

Davon könnten sich soziale Organisationen einige Vorteile erwarten:

- Bereicherung durch andere Lebenserfahrungen
- Mehrsprachigkeit
- Eigene soziale und kulturelle Erfahrungen als Ressource in der Arbeit
- reflektierte Wahrnehmung als selbst Betroffene
- Kennen von Codes und Handlungsmustern
- Vermittlerinnen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen
- Anbieten von Role Models
- Senkung von Zugangsbarrieren
- Uvm.

Folgende Fragen möchte ich im Arbeitskreis diskutieren bzw. Thesen dazu anbieten:

- Was hindert Organisationen, ihr qualifiziertes Personal im Sozialbereich durch mehr Vielfalt zu bereichern?
- Warum gibt es so wenige Menschen mit Migrationshintergrund in der FH?
- Welche Vorbehalte gibt es gegen die Anstellung von Menschen mit Migrationshintergrund?
- Warum interessieren sich so wenige Männer für die Ausbildung zum Sozialarbeiter?
- Warum gibt es so wenige Frauen in Toppositionen in sozialen Einrichtungen?
- Welche Vorteile bringen gemischte Teams?

AK 5.3: Impuls von Mari Steindl, Interkulturelles Zentrum (www.iz.or.at)

Diversitätsmanagement ist eine Strategie die in den USA entwickelt wurde und im betrieblichen Kontext vor allem als eine alternative Schiene zur „Affirmative Action Policy“ verstanden wurde. In Europa geht die Entwicklung des Diversitätsmanagement auf Interkulturelle Managementansätze, die Equal Opportunity Ansätze und die Debatten um die

Antidiskriminierungsansätze in der Europäischen Union zurück. Der Begriff Diversität ist zu einem Shortcut für den Umgang mit Vielfalt geworden. Als Gründe für den Einsatz von Diversitätsmanagement werden im wirtschaftlichen Kontext folgenden Faktoren immer wieder benannt: Globalisierung, Internationalisierung, Mitarbeiter_innenfluktuation, demografische Veränderungen, Migration, Fachkräftemangel etc. Auf der Nutzenseite verbuchen Organisationen: Mitarbeiter_innenzufriedenheit, besseres Image, Kreativität, Erfüllung von gesetzlichen Auflagen, Konkurrenz. Insgesamt hat die Einführung der Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union zu einem verstärkten Einsatz von Diversitätsmanagement geführt. In einigen Bereich wo bis vor kurzen noch von Interkultureller Bildung (Bildungsbereich, Jugendarbeit) und Interkulturellen Kompetenzen (Sozialbereich) die Rede war, wird in den letzten Jahren verstärkt vom „Umgang mit (kultureller) Vielfalt“ gesprochen.

Diversitätsmanagement stellt den Umgang mit Unterschieden und Gemeinsamkeiten ins Zentrum und dies ist wohl auch ein gemeinsamer Nenner von verschiedenen Diversitätsansätze die es heute gibt. Im Wesentlichen gibt es Diversitätsansätze die mit vorgegebenen Kategorien agieren, wie z.B. Alter, Geschlecht, Herkunft, Sexuelle Orientierung, Hautfarbe, Religion und einen postmodernen Ansatz, der auch diese Kategorien auflöst. Jene Ansätze die mit Kategorien agieren unterscheiden sich darin, auf welche Kategorie ein stärkerer Focus gelegt wird oder auf die Einteilung von innere und äußere Dimension von Diversität. Im Unternehmensbereich werden sehr oft die Kategorien, die auch in der Antidiskriminierungsgesetzgebung zu finden sind, als Unterscheidungskategorien herangezogen. Im politischen Bereich gibt es einen stärkeren Focus auf die Kategorie Kultur oder ethnische Zugehörigkeit.

Folgende Fragestellungen sollten im Zusammenhang mit Diversitätsmanagement diskutiert werden:

- ⇒ Die Anwendung von Diversitätsmanagement führt zu einer Akzeptanz von verschiedene Differenzkategorien, eine Gefahr dieser Entwicklung kann die Stereotypisierung bzw. Verfestigung dieser Kategorien sein
- ⇒ Es gibt verschiedenste Spannungsfeldern zwischen den einzelnen Kategorien, z.B. gibt es Ansätze die die Kategorie Gender auf der selben Ebene sehen wie Diversität. Die Frage wer bestimmt welche Kategorie wie wichtig ist führt auch zur Frage der Definitionsmacht.
- ⇒ Der Focus auf einen positiven Umgang mit Vielfalt kann dazu führen, dass soziale Phänomen die z.B. als kulturell definiert werden, nicht mehr verändert werden.

AK 6: Existenzsicherung und soziale Teilhabe konkret: Welche Soziale Arbeit braucht die Mindestsicherung?

Martin Litschauer (Caritas Wien, Sozialberatung)

Hiltrud Schmölzer (FH Campus Wien)

Sabine Trummer (DOWAS Innsbruck)

Moderation: **Eva Klawatsch-Treitl** (FH Campus Wien/Verein Joan Robinson)

AK 6.1: Impuls von Martin Litschauer, Caritas Wien, Sozialberatung

Sozialarbeit und Unterstützung bei finanziellen Problemen sind in der Caritas Sozialberatung Wien sehr eng miteinander verbunden! Existentielle Notlagen und demgegenüber Diskrepanzen und Lücken im Sozialen Netz machen sich zunehmend bemerkbar! Neben mangelnder Unterstützung und Rechtzeitigkeit ist für die Betroffenen auch das Angebot an Sozialarbeit im öffentlichen Bereich immer weniger sichtbar !

Zur **Sozialarbeit in der Wiener Bedarfsorientierten Mindestsicherung** lassen sich in den gesetzlichen Regelungen keine konkreten Festlegungen zu Ziel, Angebot und Arbeitsweise finden. Die Position von Sozialarbeit ist daher für den Vollzug nicht ausreichend fixiert!

Die aktuelle Situation der Mindestsicherung und deren Sozialarbeit steht in engem Zusammenhang mit den Entwicklungen der Wr. Sozialhilfe der letzten Jahre :

- Zusammenlegung von Sozialarbeit und Verwaltung der Sozialhilfe in ein Sozialzentrum und das Ende der Erwachsenenbetreuungsstellen
- Zunahme an Hilfeanfragen und Personalmangel in den Sozialzentren
- Stau in der Fallbearbeitung, eingeschränkte Erreichbarkeit und lange Wartezeiten bis zu Ersttermin und Unterstützungsgewährung.
- Dadurch massive Mängel bei der unmittelbaren Existenzsicherung von KlientInnen und deren Hilfesuche bei privaten Organisationen, wie auch der Caritas.
- Einsatz der Sozialarbeit in den primären Sozialhilfevollzug (Erstgespräch und Casemanagement gegenüber Begleitung und Betreuung)
- Wahrnehmbare Interessenskonflikte zwischen Sozialarbeit und Organisation
- Neupositionierung der Sozialarbeit im Vollzug der Wr. BMS und Organisation in den Zentren (Journdienst, Kontaktgespräche zu regelmässigen BezieherInnen)
- Parallel dazu verändert sich bei den Bezirksjugendämtern der MAG ELF das Problem- und Aufgaben- gebiet von Sozialarbeit für Familien! Krisenarbeit muss hier im Vordergrund stehen und verdrängt dabei allgemein die Beratung im Rahmen der „Sozialen Dienste“, Unterstützung bei wirtschaftlichen Fragen und Sozialhilfeanträgen für Familien

Aktuell: Der Vollzug der Wr. Mindestsicherung wird mit dem primär vorgesehenen schriftlichen Antrag defakto entpersönlicht und der Zugang bürokratisiert!

Ob Sozialarbeit ermöglicht wird, liegt aktuell meist an den Rezeptionen der Zentren und deren Vermittlung. Die beabsichtigten Kontrollgespräche der SozialarbeiterInnen für laufende LeistungsbezieherInnen sind für präzise Rückmeldungen noch zu kurz angewendet. Gerade mehrfach belastete KlientInnen können im Antragsverfahren Ihre Anliegen nicht ausreichend darstellen. In den Fallkontakten der Sozialberatung zu den Zentren gibt es wenig Kontakt zum Sozialarbeitsangebot.

Fragen und Thesen

- Lassen sich Ziele von Verwaltung und Sozialarbeit in diesem engen Arbeitskontext vereinbaren? Aktuelle Definition von Sozialarbeit in der Mindestsicherung ?
 - Sozialarbeit hat augenscheinlich an „Breite“ verloren – Primärer Fokus auf Geldleistung reicht nicht aus und widerspricht Zielsetzung von Mindestsicherung!
 - Was sind Haltungen und Positionen der MitarbeiterInnen „ Alt und Neu - bzw. DSA und Mag. FH“ ? Aktueller Stellenwert von Sozialarbeit in der Organ. und Führung ?
 - Verantwortung der Politik, die BMS und die ausführende Struktur nicht „mindestgesichert“ zu belassen - BürgerInnenrechte auf soziale Absicherung bedingen den Einsatz von ausreichend Unterstützungs- und Personal- einsatz !
 - Die zunehmende Inanspruchnahme und Einbindung von Sozialarbeit privater Einrichtungen ist ein Indikator für den offensichtlichen Mangel!
-

AK 6.2. Impuls von Hiltrud Schmölzer, FH Campus Wien

1. Mit der Reform im Wiener Sozialhilfebereich ab dem Jahr 2000 wurden der Handlungsrahmen und die Handlungsmöglichkeiten für die Soziale Arbeit massiv eingeschränkt. Einerseits konterkariert die direkte Einbindung der Sozialen Arbeit in den Verwaltungsvollzug die Voraussetzungen für eine wirksame Unterstützung der KlientInnen, andererseits wurde die kontrollierende und sanktionierende Rolle der Sozialen Arbeit zu Lasten der partizipativen Hilfe und Unterstützung verstärkt.
2. Im herrschenden ökonomischen Leitdiskurs gerät die Kommunalpolitik unter Druck, den Einsatz Sozialer Arbeit zu legitimieren. Die Folge ist, dass die Soziale Arbeit in den Wiener Sozialzentren willkürlich wechselnden Aufgabenstellungen unterworfen wird, die meist schwach begründet und kaum konzeptionell unterfüttert sind.
3. KlientInnen der Mindestsicherung werden im Wartezimmer des Arbeitsmarktes abgestellt. Als VerliererInnen in der Leistungsgesellschaft und als Mitglieder der schwächsten Gruppe wird ihr Rahmen unter dem Maß des Geringsten verhandelt. Ein würdevolles Leben jenseits des Arbeitsmarktes soll und kann so nicht möglich sein. Nur so scheint sichergestellt, dass die jederzeitige Bereitschaft vorhanden bleibt, auch unter schlechten Bedingungen die Arbeitskraft am Markt anbieten zu wollen.
4. Als politisches Ziel ist zu erkennen, dass ein Horizont für ein gelingendes Leben jenseits marktvermittelter Lebensentwürfe nicht realisierbar sein soll. Da die Unterstützung bei der Erarbeitung solcher parallelen Lebensentwürfe ein nicht unwesentliches Aufgabengebiet der Sozialen Arbeit ist, gerät sie an dieser Stelle in eine Sackgasse.
5. Mit der Mindestsicherung und ihrer verstärkten Anbindung an die Vermittlungstätigkeit des AMS kommt der Sozialen Arbeit ihre Klientel abhanden. Unter der Prämisse der Arbeitsvermittlung wird eine der schwächsten Gruppen der Gesellschaft nun verstärkt in die Logik eines Systems eingebunden, dessen primäres Ziel die Vermittlung am Arbeitsmarkt ist. Dabei gerät ausgerechnet bei jener Gruppe, die oft gerade an den Anforderungen des Arbeitsmarktes gescheitert ist, die ehemals im Vordergrund stehende individuelle Hilfestellung ins Abseits.
6. Soziale Arbeit im Bereich der Mindestsicherung muss die Kompetenzen für die Menschen, die kaum Chancen am Arbeitsmarkt haben, die den Anforderungen und dem Druck des Arbeitsmarktes aus unterschiedlichen Gründen nicht gewachsen sind, wieder zurückfordern.

Soziale Arbeit im Bereich der Mindestsicherung muss diesen Menschen Angebote zur sozialen Teilhabe machen und Hilfestellung im individuellen Bereich geben. Ihre Aufgabe ist es beim Aufbau alternativer Lebensentwürfe und bei der Wiederherstellung lebensweltlicher Maßstäbe unterstützend/helfend mitzuarbeiten. Nicht vermehrter Druck, sondern erweiterte Angebote sind hier notwendig.

7. Zu fordern ist, dass auch im Bereich der Mindestsicherung ein würdevolles Leben, unter Berücksichtigung individueller Vorstellungen und durch Zugriff auf notwendige materielle Ressourcen, jenseits des Arbeitsmarktes als legitim angesehen wird.

8. Sozialarbeit innerhalb der Mindestsicherung braucht andere Rahmenbedingungen und muss sich neu positionieren können. Sie muss aus dem hochschwelligem und bürokratischen Handlungsrahmen herausgelöst und näher an den Lebensräumen der Menschen agieren. Gerade im Feld der materiellen Sicherung ist es notwendig, Menschen in schwierigen Lebenssituationen schnell und flexibel zu unterstützen, um so bereits im Vorfeld von Problemen zu versuchen, ein gesellschaftliches Scheitern zu verhindern.

AK 6.3: Impuls von Sabine Trummer, DOWAS Innsbruck

Bedarfsorientierte Mindestsicherung (bMS) - Ressentiment reloaded

Ein paar Anmerkungen zu der von der Bundesregierung geführten politischen „Armutdebatte“ rund um die Einführung der bMS, in der wenig über „Armut“ als gesellschaftspolitisches Thema aber sehr viel über „die Armen“ gesprochen wird.

Das Hauptaugenmerk der Regierungsvertreter richtet sich in der öffentlichen Debatte darauf, das Problem Armut und Ausschließung mit „schlechten Charakteren“ bzw. „falschen“ Verhaltensweisen der Betroffenen zu erklären. Die Intention dieser Debatte ist klar: die Verantwortung für Armut wird individualisiert, um sich der politischen Verantwortung für soziale Ungleichheit zu entledigen und eine pädagogisch ausgerichtete Aktivierungspolitik zu legitimieren.

Faulbettdebatte: Wer nichts leistet, soll auch nichts essen ...

Die ÖVP sieht in der bMS vor allem ein Instrument, das fehlende Arbeitswilligkeit und mangelnde Leistungsbereitschaft fördert und subventioniert. Die Anklage lautet: im „Faulbett“ liegende „Leistungsverweigerer“ werden belohnt während „hart arbeitende Menschen“ bestraft werden.

Die ÖVP erklärt das Problem von Armut bzw. Arbeitslosigkeit verhaltensbezogen: Wer keine Arbeit hat oder findet, ist schlicht und einfach zu faul. Die Ursache für diese Faulheit ortet die ÖVP im Sozialstaat selbst: Es sind die sozialstaatlichen Transferleistungen, die die Eigeninitiative lähmen und den Anreiz, eine Arbeit aufzunehmen untergraben. Das Urteil lautet dementsprechend: Materielle Transferleistungen im Allgemeinen und die bMS im Besonderen sind eine Fehlinvestition, weil sie Leistungsbereitschaft verhindern.

In dieser Logik ist nicht die Existenzsicherung jener Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen keinen Zugang zur Erwerbsarbeit haben und über kein ausreichendes Vermögen verfügen, das politische Ziel. Vielmehr wird die Existenzunsicherheit zur notwendige Voraussetzung für mehr Leistungsbereitschaft und Verteilungsgerechtigkeit erklärt. „Arbeit muss sich lohnen – wer arbeitet, darf nicht weniger haben als jemand der nicht arbeitet“, lautet der dazugehörige Slogan. Die Empörung jener, die mit niedrigen Erwerbseinkommen ihr Auslangen finden müssen, wird auf die BezieherInnen von sozialen Transferleistungen

gelenkt. Diese werden für schuldig erklärt, den „Leistungserbringern“ etwas wegzunehmen und es sich auch noch gut gehen zu lassen, während andere für ihr Einkommen hart arbeiten müssen. Eine durchsichtige Strategie, um von Forderungen nach höheren Erwerbseinkommen, sicheren Arbeitsplätzen, besseren Arbeitsbedingungen etc. abzulenken, den Abbau von sozialstaatlichen Transferleistungen zu legitimieren und den gesellschaftliche Ausschluss von Teilen der Bevölkerung zu rechtfertigen.

Aktivierungsdebatte: und bist du nicht willig ...

Die SPÖ sieht die bMS vor allem als ein „Trampolin in die Arbeit“, das sicherstellen soll, dass aus „Leistungsempfängern wieder Leistungszahler“ werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wird auf Aktivierung der „Armen“ und Arbeitslosen gesetzt. Auch die SPÖ widmet ihre besondere Aufmerksamkeit mehr den „persönlichen Defiziten“ jener Menschen, die nicht am Wirtschaftsleben teilnehmen, und weniger den wirtschaftlichen Verhältnissen, die gesellschaftliche Teilhabe verhindern. Sozialreformerische Positionen und Forderungen, die früher gerne von der SPÖ vertreten wurden, werden von einer auf das Individuum gerichteten Anpassungsanforderung abgelöst: Integriere dich! Die daraus resultierende Debatte zielt auf eine stärkere Verknüpfung von Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik, wobei Arbeitsmarktpolitik die Herstellung von Arbeitsbereitschaft meint: Durch mehr Aktivierung, sprich durch repressive Instrumente und behördliche Kontrolle sollen „arbeitsmarktferne“ Personen wieder in die Arbeit gebracht und damit in die Gesellschaft integriert werden.

Konkretisiert bedeutet dies bei der bMS:

Unter Aktivierung wird hier die Herstellung bzw. Aufrechterhaltung der „Arbeitswilligkeit“ durch Androhung von Sanktionen (= Leistungskürzung) verstanden. Die Auszahlung von Leistungen wird vom (richtigen) Verhalten der BezieherInnen abhängig gemacht: Die Anspruchsvoraussetzung wird mit der „Arbeitswilligkeit“ verknüpft, einer Aufforderung, die aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation schwer erfüllbar sein wird. Der Sprung vom „Trampolin in die Arbeitswelt“ wird trotz sogenannter Flexibilität und großen Bemühens für viele u.a. aufgrund fehlender Arbeitsplätze nicht möglich sein. Das politische Versprechen, mit Hilfe der bMS aus „Leistungsempfänger“ wieder „Leistungszahler“ machen zu wollen, ist nicht einlösbar.

Pädagogisierung von Armut, Entmündigung „der Armen“

Im Mittelpunkt beider Debatten stehen nicht Fragen der „Armutsbekämpfung“ wie die Beseitigung sozialer Ungerechtigkeit und gesellschaftlichen Ausschlusses, das Stärken der Rechtsposition der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Personen, die Gewährleistung von existenzsichernden Einkommen, von leistbarem Wohnen, besseren Zugang zu Bildung usw. Vielmehr steht das Thema „(Um)erziehen der Armen“ im Vordergrund:

„Die Armen“ werden so dargestellt, als handle es sich um eine Gruppe von Menschen, die einer besonderen „Behandlung“ bedürfen, um ihre Faulheit zu überwinden bzw. ihre Arbeitswilligkeit zu stärken. Da wie dort wird in einer herablassenden und abwertenden Art und Weise über jene Menschen gesprochen, die eines gemeinsam haben: keine gesicherte Existenz. Die sozial- und gesellschaftspolitische Zuständigkeit wird so in einen pädagogischen Auftrag umdefiniert und damit ausgeblendet.

In Zeiten, in denen ein zunehmender Anteil der Bevölkerung von Existenzunsicherheit betroffen oder bedroht ist, eine geschickte weil funktionale Strategie: Wenn gesellschaftliche Probleme personalisiert werden, wird die Verantwortung für soziale Ungleichheit privatisiert und damit die „soziale Frage“ entpolitisiert.

Wer künftig auf Leistungen der bMS angewiesen sein wird, wird zwar nicht genug zum Leben haben, dafür aber mit größerer behördlicher Kontrolle und verstärkten Disziplinierungsmaßnahmen konfrontiert sein. Der mündige Bürger, die mündige Bürgerin ist dabei nicht gefragt.

Ob sich soziale Einrichtungen dieser Entmündigung von Menschen in Notlagen entgegenstellen und Disziplinierungsaufträge zurückweisen, darüber wird zu diskutieren sein.

AK 7: Soziale Arbeit mit „schwer-erreichbaren“ KlientInnen: Beziehungsarbeit statt Druck und Zwang?

Thomas Adrian (Jugendnotschlafstelle a_way)
Elisabeth Rosenmayr (EXIT-Sozial)
Josef Schörghofer (PSD Wien/FH Campus Wien)
Moderation: **Gabi Wild** (JUVIVO)

AK 7.1: Impuls von Mag. (FH) Thomas Adrian, Jugendnotschlafstelle A_Way; Felberstrasse 1/7, 1150 Wien

Bezugnehmend auf die Jugendnotschlafstelle A_Way ergeben sich folgende klientenspezifische Merkmale:

- ❖ Zielgruppe 14 bis 18 jähriger
- ❖ seit längerer Zeit im öffentlichen Raum aufhältig
- ❖ Zwiespalt – selbstverantwortliches Handeln und Entscheiden versus lebensweltfremden Reglements und Anforderungen des Hilffsystems
- ❖ Frustrationserlebnisse –in Folge-- Multiproblemlagen –in Folge-- keine adäquaten Angebote

A_Way arbeitet nach den Grundsätzen der

- ❖ Anonymität, (Spannungsfeld *Rechtsrahmens Minderjähriger Jugendlicher*)
- ❖ Parteilichkeit, (Spannungsfeld *Obsorgeberechtigte*)
- ❖ Freiwilligkeit, (Spannungsfeld *KlientInnen und Beziehungsarbeit*)
- ❖ Ressourcen-, Lösungs- und Gender-Orientierung (Spannungsfeld *Fördergeber*)

– stets mit einem möglichst niederschweligen Zugang für betroffene Jugendliche.

Lust am Konkreten - Gegensätze, Widersprüche, Perspektiven

- ❖ bekannte Erfolgssysteme auf diese Jugendlichen anwenden
- ❖ Handlungsbedarf Jugendamt (Rechtsrahmen) versus Klientenwahrnehmung
- ❖ Bezugsaufbau und Vertrauen im Gegensatz zu Erfolgsindikatoren und Effizienzanforderungen
- ❖ qualitative Erfolge einer 100 prozentigen Auslastung sind nicht nachvollziehbar – Statistikzwang
- ❖ Tendenz - spezielle Angebote für spezielle Herausforderungen
- ❖ Gesellschaftlich vorgelebte Individualisierung widerspricht der Vereinheitlichung von Einrichtungen
- ❖ Jugendhilffsystem und Erwachsenenhilfe = ganzheitliche Wahrnehmung?

- ❖ Verbesserungsvorschlägen in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Freizeit und ambulanten Einrichtungen für Tagesstruktur, Prävention und Nachbetreuung

Find a_way mit viel Lust am Konkreten!

AK 7.2: Impuls von Elisabeth Rosenmayr, EXIT-Sozial

Gedanken zur sozialen Arbeit mit und für „schwer erreichbare KlientInnen“

- ❖ *Wer will wen wozu und weshalb* erreichen? Klarheit und Transparenz sind (immer) die Voraussetzung für Kontakt und Beziehung.
 - ❖ Erreichbarkeit ist eine gesellschaftliche soziale Anforderung. Wer nicht erreicht werden will, wer schwer erreichbar ist gilt als unsozial.
 - ❖ Unerreichbarkeit hat verschiedenste Gründe. Wenn ich jemanden erreichen will, muss ich sie erforschen.
 - ❖ Assoziierte Begriffe:
ERREICHBARkeit: Nähe, Engagement, verbindlich, Kontakt, verpflichtend, berechenbar, aufdringlich, Zwang, fremder Wille, fremdbestimmt, Eindringen, Unterordnung, eng, Konflikt, Streit...
UNERREICHBARkeit: Distanz, Entfernung, sicher, Freiheit, Ruhe haben, friedlich, ungestört, Platz haben, Alleinsein, Zurückhaltung...
 - ❖ In Institutionen erhalten und erhöhen Verhaltensweisen und Beziehungselemente die Unerreichbarkeit/Distanz. Aus der Sicht der BetreuerInnen: Verhaltensweisen und Beziehungselemente erschweren den Kontakt.
 - ❖ Menschen wenden (auch als KlientInnen) verschiedene Strategien an um Distanz zu gewinnen, zu sichern und zu erhalten u.a.:
 - Sich verweigern – Termine und Vereinbarungen nicht einhalten/vergessen
 - Ablenken – bedeutungslose Themen und Probleme anbieten
 - Sich anpassen – unsichtbar, unauffällig werden
 - Chaos und Verwirrung inszenieren
 - ❖ Es ist wie es ist - Transparenz und Anerkennung als Ausweg aus dem Dilemma.
-

**AK 7.3: Impuls von Mag. (FH) Josef Schörghofer, DSA;
Lektor FH Campus Wien; Clinical Socialworker, Syst. Familientherapeut;
(Lehrender-)Supervisor (ÖAS, ÖVS und SG); seit 1978 im ambulanten
psychiatrischen Bereich in Wien tätig**

*„Es kommt ja niemand zu dir, wenn du psychisch krank bist.
Allen erscheinst du fad. Du hast immer Depressionen, du lachst nie.
Du wäschst dich nicht mehr, du riechst nicht gut., du hast langes fettes Haar,
deine Kleidung ist nicht nur nicht gebügelt, sondern auch nicht sauber.
(...)man schafft ja den Gang unter die Dusche nicht, die Bewegung ins G´wand,
man schafft weder den Gang zum Arzt, der das Rezept erneuern sollte,
noch den in die Apotheke, auch nicht zum Psychosozialen Notdienst,
auch nicht aufs Sozialamt (...).⁵*

In einem ersten Schritt möchte ich in meinem Kurzreferat sowohl „Soziale Arbeit“ als auch „schwer erreichbare“ KlientInnen definieren. Darauf fußend sollen Fragen (am Beispiel des Handlungsfeldes Psychiatrie) folgen, worauf in einem dritten Schritt Antworten anhand der Sozialpsychiatrie skizziert werden.

Schritt 1

Gegenstandsbestimmung Soziale Arbeit:

Klüsche (1999: 189) definiert den Gegenstand der Sozialen Arbeit wie folgt:

„Der Gegenstand der Sozialen Arbeit ist die Bearbeitung von gesellschaftlich und professionell als relevant angesehener Problemlagen“

Definition: „schwer erreichbare“ KlientInnen:

Mit „hard to reach“ sind nicht verkürzt Menschen (KlientInnen der Sozialen Arbeit) gemeint die „schwer erreichbar“ sind, sondern Menschen die multiple Problemlagen aufweisen und professionelle Unterstützung benötigen, diese aber aus unterschiedlichen Gründen nicht in Anspruch nehmen bzw. in Anspruch nehmen können (vgl. Gahleitner, Miethe 2009: 61).

Schritt 2

Fragen am Beispiel des Handlungsfeldes Psychiatrie

1. Welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) beeinflussen psychiatrische Problemlagen – hier werden die Auswirkungen des Phänomens „Stigma“ und die Auswirkungen des Unterbringungsgesetzes angeführt.
2. Welche Institutionen agieren im Feld, wie weit sind sie hilfreich vernetzt - Vorstellung von psychiatrischen Liaisondiensten in benachbarte Einrichtungen
3. Wenn es das Ziel der Sozialen Psychiatrie ist, psychisch Kranke trotz ihrer Erkrankung in die Gesellschaft zu integrieren (d.h. eine soziale Aufgabe, ein soziales Ziel), wie ist die Stellung der Sozialen Arbeit, welche Aufgaben hat sie – Zusammenfassung einer empirischen Untersuchung

⁵ Aus: Klappentext Schwaiger, Brigitte: Fallen lassen. Czernin Verlags GmbH. Wien

4. Inwieweit sind die Betroffenen als ExpertInnen in eigener Sache einbezogen, bzw. einzubeziehen.

5. Welche Problemlagen (KlientInnen) werden kaum/nicht erreicht - Hier wird die Expertise der Workshopteilnehmer diskutiert.

6. Im Hinblick auf Beziehungsarbeit, auf welche Theorien/Landkarten kann hier Soziale Arbeit zurückgreifen – der Bogen spannt sich hier von der Lebensweltorientierten Sozialarbeit, dem Subjektansatz in der Psychiatrie, bis zum Recoveryansatz.

Voraus genommen sei folgende Schlussfolgerung:

Allen Ausführungen ist zu entnehmen, dass an der Beziehungsarbeit mit schwer erreichbaren KlientInnen kein fachlich professioneller Weg daran vorbeiführt, dass diese Beziehungen nur dann eine Chance zum Entstehen und Wirken haben, wenn die gesellschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen diese möglich machen.

Literatur:

GAHLEITNER, Silke/ Mieth, Ingrid (2009): Forschungsethik in der Klinischen Sozialarbeit. In: Gahleitner, Silke/HAHN, Gernot (Hg.) Klinische Sozialarbeit. Forschung aus der Praxis – Forschung für die Praxis. Beiträge für psychosoziale Praxis und Forschung 2. Bonn. 59-69.

KLÜSCHE, Wilhelm (Hg.) (1999): Ein Stück weiter gedacht...Beiträge zur Theorie- und Wissenschaftsentwicklung der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau

SCHWAIGER, Brigitte: Fallen lassen. Czernin Verlags GmbH.Wien

AK 8: Soziale Arbeit in der Justizanstalt konkret: Fachliche Perspektiven trotz schwieriger Bedingungen?

Ernst Eckhart (JA Wien-Mittersteig)

Wolfgang Gratz (FH Campus Wien)

Brigitte Klein (JA Wien-Simmering/IG der SozialarbeiterInnen)

Moderation: **Bernhard Lehr** (FH Campus Wien)

AK 8.1: Impuls von Ernst Eckhart, JA Wien-Mittersteig

Sozialarbeit im Strafvollzug

Fachliche Perspektiven trotz schwieriger Bedingungen

Sozialarbeit im professionellen Sinne entwickelte sich im Strafvollzug in den siebziger Jahren und ist untrennbar mit der großen Strafrechtsreform 1975, die ua. den Begriff der Behandlungsbedürftigkeit formulierte, verbunden. Mit hohen Erwartungen wurde in therapeutische Programme investiert; der „Maßnahmenvollzug“ (=Behandlungsvollzug) etablierte sich.

Dies wirft viele Fragen auf, die auch das Selbstverständnis der Sozialarbeit betreffen und hat weitreichende Folgen:

- Erfüllt der Behandlungsvollzug die in ihn gesetzten Erwartungen?
- Ist jeder „schwierige“ Gefängnisinsasse krank und soll behandelt werden?
- Gibt es auch kriminell gewordene Menschen die weder „gestört“ noch „krank“ sind?
- Welche Orientierungshilfen kann man verwenden um zu einer Einschätzung der Schuld und der Behandelbarkeit der Täter zu gelangen – gibt es die denn überhaupt?
- Wenn der kriminell gewordene Mensch „krank“ ist, gibt es dann auch unheilbar Kranke?
- Wie soll sich die Sozialarbeit in dem Gefüge „Behandlungsvollzug“ positionieren?

Die Haltung des Fachpersonals (Sozialarbeit, Psychologie, Medizin) im Strafvollzug zu Fragen der Behandlung und Betreuung sind immer auch von gesellschaftlichen Tiefenströmungen und den damit in Verbindung stehenden Theorien zur Genese von Kriminalität beeinflusst.

Seit etwa zehn Jahren ist die Entwicklung im Strafvollzug unübersichtlicher geworden. Positiven Entwicklungen wie der Nachbehandlung und Nachbetreuung und wesentlichen Fortschritten in der Diagnose, Prognose und Behandlung von Sexualstraftätern stand ein Anstieg der Insassen-Population von 7000 auf 9000 gegenüber.

Strukturreformen orientieren sich in hohem Ausmaß an Standes- und parteipolitischen Kalkülen. Fragen der strategischen Ausrichtung des Strafvollzuges und seiner inhaltlichen Ausgestaltung treten in den Hintergrund.

AK 8.2. Impuls von Wolfgang Gratz, FH Campus Wien

Thesen zu aktuellen Entwicklungen im österreichischen Strafvollzug und zur Situation der Sozialarbeit

1. Bei der Insassenpopulation ist insgesamt eine Stabilisierung bei rund 8300 Personen eingetreten. Dies gelang vor allem durch die Ausweitung der bedingten Entlassung sowie die Möglichkeit, bei Ausländern unter bestimmten Voraussetzungen den Vollzug der Freiheitsstrafe nachträglich aufzuschieben. Der Anteil ausländischer Insassen ist nach wie vor beträchtlich (rund 40 %). Sorgen bereiten die in der Langzeitbetrachtung nachhaltig steigenden Zahlen an Untergebrachten gemäß Paragraph 21 StGB ("geistig abnorme Rechtsbrecher").
2. Seit 10 Jahren ist die Aufmerksamkeit des Systems Strafvollzug primär auf eine Abfolge von Strukturreformen im hierarchischen Überbau der Justizanstalten und damit in Zusammenhang stehenden Personalentscheidungen gerichtet. Inhaltlich-konzeptuelle Weiterentwicklungen und Innovationen sind in den letzten Jahren deutlich in den Hintergrund getreten.
3. Zuvor waren folgende positive Entwicklungen zu verzeichnen:
 - * Sozialarbeits-Modul innerhalb der IVV (Integrierte Vollzugsverwaltung): EDV-gestützte Dokumentation von Sozial-Anamnese und Betreuungsverläufen als Maßnahme der Qualitätssicherung
 - * Institutionalisierung der Diagnose- und Prognoseerstellung sowie der Therapie und Nachbehandlung von Sexualstraftätern
 - * Ausbau von Vollzugslockerungen
 - * Verbesserungen in der Behandlung von "geistig abnormen Rechtsbrechern".
4. Die Vollzugsform der elektronischen Aufsicht beinhaltet ein großes Potenzial, den Strafvollzug weiterzuentwickeln. Es bleibt offen, wie die sich daraus ergebenden Chancen genutzt werden.
5. In einem aufwändigen Projekt wurde das Konzept des "Integrationsplans" entwickelt, um das Instrument der bedingten Entlassung nachhaltig abzusichern. Projektergebnisse waren eine Integration von Vollzugsplanung, Gestaltung des Entlassungsvollzuges, , Kooperation mit ambulanten Einrichtungen und Diensten, Vorbereitung von Nachbehandlung und Nachbetreuung, des sozialen Empfangsraumes und der Entlassung insgesamt. Eine Umsetzung des Projektes steht bisher aus.
6. Das Gesamtsystem hat sich in Richtung auf eine Verstärkung kustodialer und repressiver Elemente entwickelt. Der Modus der Leistungserbringung im Strafvollzug orientiert sich primär an den Interessen der Gewerkschaft und der Personalvertretungen der Justizwache.
7. Die Orientierung an anderen Zielsetzungen ist in den Hintergrund getreten. Innovationen und Projekte (so in den Bereichen Kultur, Vernetzungen, Kooperationen, Öffentlichkeitsarbeit werden seltener und schwieriger.
8. Die Position nicht-exekutiver Mitarbeiterinnen im Strafvollzug hat sich verschlechtert (deutlicher Rückgang der von Akademikern als Anstaltsleitern, Nicht-Umsetzung der Reform der Ausbildung von SozialarbeiterInnen und anderen AkademikerInnen im Strafvollzug, Errichtung der Justiz-Betreuungsagentur).

9. In mehreren Justizanstalten hat sich aber die Position von Sozialarbeitern und ihre Einbindung in Entscheidungsprozesse der Anstaltsleitungen verbessert.

10. Insgesamt haben die Sozialarbeiterinnen im Strafvollzug die schwierige Gratwanderung zwischen Anpassung an den Status quo einerseits und andererseits kritischer Loyalität (unbequeme Mahnende) sowie Eintreten für notwendige Veränderungen bisher sehr achtbar bewältigt.

AK 8.3. Impuls von Barbara Klein, JA Wien-Simmering/IG der SozialarbeiterInnen

Die Ansprüche an professionelle Sozialarbeit im Rahmen der Justizverwaltung haben sich in den letzten Jahren massiv verändert.

Stand in den 80er Jahren die Betreuung im Vordergrund – einerseits als Anspruch der Sozialarbeit selbst, andererseits als Anforderung der Institution – entwickelt sich die Sozialarbeit zunehmend zu einem Schnittstellenmanagement.

Vernetzung intern und extern wird immer wesentlicher, veränderte Klientel bedarf differenzierten Wissens, Expertentum bei spezifischen Problemlagen spielt eine immer größere Rolle.

Die Anbindung anderer Organisationen gewinnt daher immer mehr an Bedeutung.

Der Anspruch der Sozialarbeit an der Mitgestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen beteiligt zu sein, hat sich ebenfalls wesentlich verändert.

Agierte die Sozialarbeit früher aus einer „Nische“, stellt sie heute den Anspruch auf der Leitungsebene mitzuwirken und somit Rahmenbedingungen zu beeinflussen und an Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

Widersprüche, die sich aus den unterschiedlichen Zielsetzungen des Strafvollzugsgesetzes ergeben, haben sich dadurch nicht aufgelöst.

Der Prozess der Beteiligung erfordert von der Sozialarbeit ein verändertes Rollenverständnis, einen daraus möglicherweise resultierenden Rollenkonflikt gilt es zu diskutieren.

AK 9: Sozialmärkte: Good or Poor Services for poor People?

Oliver Altmayr (DOWAS Innsbruck)
Johannes Jäger (FH des BFI Wien)
Helli Schornböck (Wiener Hilfswerk)
Moderation: **Verena Musil** (FH Campus Wien)

AK 9.1: Impuls von Oliver Altmayr, DOWAS Innsbruck

“Altes Brot ist nicht hart – Kein Brot, das ist hart” *

* altes deutsches Sprichwort – wird von den Tafeln verwendet um Sponsoren und Spender zu werben

Der Erfolg der „poor services“ (Sozialmärkte, Tafeln, 2. Bank, „Hunger auf Kunst und Kultur“, etc.)

steht in direktem Zusammenhang mit der proklamierten „Krise des Sozialstaates“. Die Politik wird nicht müde, den Rückbau sozialstaatlicher Maßnahmen als naturgegebene Gesetzmäßigkeit darzustellen. Steigende Armut ist zwar Diskussionsthema, führt jedoch allzu oft zu einer tendenziell diffusen Einstellung, dass etwas geschehen muss. Schnell werden Konzepte aus dem Ärmel geschüttelt oder übernommen, Förderungen von staatlichen und privaten Institutionen oder über Spenden lukriert, ehrenamtliche MitarbeiterInnen rekrutiert – und das alles mit dem Ziel „Gutes zu tun“. Mit Almosen soll der Bedarf an essenziellen Grundbedürfnissen substituiert werden, deren Befriedigung eigentlich per Rechtsanspruch abgesichert sein sollte, um nicht auf Almosen angewiesen zu sein. Strukturelle Gründe für Armut bleiben ausgeblendet.

In der Praxis von Sozialmärkten und Tafeln konvergieren Konsumismus und Überflüssigkeit. Die Bedienung der Ansprüche des „normalen Konsumenten“ ist die Quelle, aus dem das Angebot der Sozialmärkte kommt. Das was nicht verwertbar ist und eigentlich entsorgt werden müsste, steht der Ver- oder Zuteilung auf einem „Parallellmarkt“ an „Nicht-Wahlfähige“ zur Verfügung. Die Logik der Umverteilung von gesellschaftlichen Überfluss und die Einfachheit der Idee („Nicht alle Menschen haben ihr tägliches Brot – und dennoch gibt es Lebensmittel im Überfluss“) lassen vergessen, dass die „Überflüssigkeit“ der Personen das zu bekämpfende Problem ist.

Poor services entsprechen idealtypisch jener zivilgesellschaftlichen Mobilisierung – die schon lange von der Politik propagiert wird. Den Diskurs über die Bürgergesellschaft nützt die Politik primär für die Entlastung von sozialstaatlichen Aufgaben. Sie verwendet dabei klassische kommunitaristische Argumentationen – Rückbesinnung auf den Wert von Gemeinschaft, Sorge, Hilfe und Verantwortung füreinander - und postuliert diese als Gegenentwurf zu einer globalisierten, neoliberalen und atomisierten Welt.

In der Öffentlichkeit werden poor services als der „empirische Ort“ wahrgenommen, an dem das Problem der Armut „gut aufgehoben“ ist. Das Angebot erscheint als einfach, konkret und verständlich und führt entweder zu der Überzeugung, es werde etwas gegen Armut getan – oder aber zu einer neuen Normalität – zur Gewöhnung an Armut und somit zur Gewöhnung an das Fehlen nachhaltiger Armutsbekämpfung.

Teile der professionellen Sozialarbeit haben sich schon längst in Nischen eingerichtet, in denen es für ihre KlientInnen nur mehr um die Festschreibung ihres status quo geht: Wer arm ist, wird arm bleiben und muss sich mit dem begnügen, was SozialanbieterInnen im

voraussetzenden Gehorsam als bedarfsgerecht definieren. Armut als Identität bleibt für die Menschen übrig, denen im Namen der Sozialarbeit keine durchschnittliche Teilhabe am Leben mehr zugestanden wird. In den poor services werden genau die karitativen Angebote neu aufgewärmt, für deren Überwindung eine emanzipatorische Sozialarbeit einst eingetreten ist. Wenn es um Forderungen nach Verbesserungen von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Ihre KlientInnen geht, ist von diesen Anbietern nichts mehr zu hören, um so mehr drangsalieren sie aber ihre KlientInnen mit infantilisierenden Regeln, Vorschriften und Bedarfprüfungen. Alle wissen, Missbrauch von Sozialleistungen lauert immer und überall und wenn SozialarbeiterInnen sonst nichts mehr garantieren können, dann zumindest die absolute Missbrauchsverhinderung. Soziale Arbeit, die sich im widerspruchslosen Zustand mit den Auftraggebern definiert, läuft Gefahr ihr eigenes Klientel nicht mehr ernst zu nehmen, sondern sie an die jeweiligen Verhältnisse auszuliefern.

AK 9.2: Impuls von Johannes Jäger, FH des BFI Wien

Eine politökonomische Perspektive auf Sozialmärkte

Politische Ökonomie analysiert soziale Phänomene integrativ sowohl was ihre politische als auch ihre ökonomische Dimension betrifft. Dabei wird besonders auf die Rolle von unterschiedlichen Gesellschaftsschichten bzw. Klassen und deren Interaktion eingegangen. Eine wesentliche Frage dabei ist, welche Gruppe wie von welchen Maßnahmen profitieren kann oder negativ getroffen wird und welche unintendierten Konsequenzen ausgemacht werden können. Damit unterscheidet sich politische Ökonomie ganz deutlich von herkömmlichen Zugängen in den Wirtschaftswissenschaften, wie etwa der liberalen Wirtschaftstheorie in Form der Neoklassik, welche Politik und Ökonomie als voneinander unabhängig denken. Darüber hinaus werden in der neoklassischen Tradition Individuen als Ausgangspunkt der Erklärung herangezogen und bestimmte (sozialpolitische Maßnahmen) primär bezogen auf die Konsequenzen für das Individuum, nicht jedoch auf die Gesellschaft und damit die relative Position von Individuen bzw. gesellschaftlichen Gruppen beurteilt. Aus politökonomischer Perspektive stellt sich hingegen die Frage, in wessen Interesse Sozialmärkte sind und welche direkten und indirekten Wirkungen damit verbunden sind. Folgende Blickwinkel können in diesem Zusammenhang ausgemacht werden:

1. Welche direkten materiellen Wirkungen ergeben sich für die unmittelbar Betroffenen?

Direkte NutznießerInnen:

- billigerer beschränkter Zugang zu bestimmten Produkten, Beitrag zur relativen Armutsminderung

Märkte:

- Kostenersparnis durch Abfallvermeidung, weniger „Billigproduktkonkurrenz im eigenen Markt“, aber schwieriger für Greissler
- positive PR (CSR)

Insgesamt ergibt sich aus liberaler Sicht ohne Berücksichtigung der „politischen“ Dimension das positive Bild einer „Paretoverbesserung“

2. Welche indirekten Wirkungen bezogen auf die Stabilisierung bzw. Veränderung von gesellschaftlichen (Herrschafts-)Verhältnissen sind auszumachen?

Aus politökonomischer werden folgende Argumente angeführt:

- mögliche Stigmatisierung, teilweise Ausgrenzung von „normalen“ Konsummustern
- Marktkonform erscheinende Lösung für Armutproblematik können gesellschaftliche Grundprobleme wie Asymmetrien, Verteilungsfragen und politische Lösungsansätze auf dieser zentralen Ebene überdecken und indirekt delegitimieren (vgl. Spenden-Diskurs)
- Sozialmärkte werden oft primär als „geschützter Konsumraum“ für Arme betrachtet, haben jedoch auch das Potenzial im Rahmen der Selbstverwaltung (Genossenschaften) kollektive Konsumformen aufzubauen (müssten dafür aber breiter geöffnet sein) und können auch als Plattform für „Politisierung“ dienen (wie dies etwa bei den Kost-Nix-Läden der Fall ist).
- Faktum, dass soziale Probleme Ergebnis von gesellschaftlichen Verhältnissen sind sowie die Rolle der gesellschaftlichen/staatlichen Verantwortung (Recht auf...) kann übersehen werden

Schlussfolgerungen/Was tun?

- Ambivalentes Bild, Sozialmärkte sind daher kein „Allheilmittel“
- In der konkreten Ausgestaltung fragen, wo emanzipatorisches Potenzial vorhanden ist
- Diskussionen über Sozialmärkte können die Sicht auf politisch bedeutendere Fragen verstellen aber auch eröffnen (z.B. Fragen der Lebensmittelproduktion und Verteilung)

AK 9.3: Impuls von Helli Schornböck, Wiener Hilfswerk

Eine Brücke zwischen Überfluss und Mangel

Der Sozialmarkt des Wiener Hilfswerks in der Neustiftgasse, 7. Bezirk

Das Wiener Hilfswerk verfolgt in seinem Sozialmarkt folgende Ziele:

1. Integration von Langzeitbeschäftigungslosen in den regulären Arbeitsmarkt

Wir eröffnen für unsere TransitmitarbeiterInnen durch sozialpädagogische Betreuung, individuell zugeschnittene Qualifizierung und gezielte Outplacementunterstützung neue Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt.

Unsere TransitmitarbeiterInnen

... sind motiviert: "ich will arbeiten"

... haben den Kontakt zum Arbeitsmarkt verloren: "Ich brauche eine neue Chance"

... brauchen Unterstützung und Hilfestellung: "Ich will etwas aus mir machen"

2. Unterstützung benachteiligter Menschen bei ihrer unmittelbaren Haushaltsführung

Mit der Einkaufsmöglichkeit im Sozialmarkt hat das Wiener Hilfswerk ein wirksames Instrument zur Linderung der Armut in der Bevölkerung durch Entlastung des Haushaltsbudgets und damit Vergrößerung der persönlichen finanziellen Handlungsspielräume geschaffen.

Der österreichische Wohlfahrtsstaat federt Armut durch Transferleistungen aus der Sozialversicherung, dem Sozialhilfssystem, der Arbeitslosen- und aus der Pensionsversicherung ab. Daran ist zu sehen, dass Armut ein vielschichtiges und multidimensionales Problem darstellt, das nicht mit einer Intervention oder Maßnahme allein zu bewältigen ist. Armut ist ein Konglomerat aus sich gegenseitig beeinflussenden ökonomischen, sozialen und politischen Prozessen. Armut kann nicht allein durch monetäre Maßnahmen beseitigt bzw. bekämpft werden, da ihre Wurzeln vielfältig sind. Die Aufgabe des Staates ist die gerechte Verteilung von Rechten und Pflichten, Vorteilen und Lasten, Einkommen, Vermögen und Steuern ebenso wie Zugängen zu Arbeit, Gesundheit, Bildung, Wohnen und gesellschaftlicher Teilhabe. Diese Verteilungsgerechtigkeit ist eine Kombination aus zwei Grundkonzepten, der Leistungsgerechtigkeit und der Bedarfsgerechtigkeit.

3. Produkte sinnvoll verteilen statt teuer entsorgen

Täglich werden einwandfreie Lebensmittel aufgrund von Verpackungsschäden, fehlerhafter Etikettierung, zu knapper Haltbarkeit und Überproduktionen entsorgt. Das Transferkonzept der Sozialmärkte leitet "Überflusswaren" zu den Menschen, die Bedarf an diesen Waren haben. Das Österreichische Ökologie-Institut analysierte im Zuge eines Umweltchecks die Abfallwirtschaft des Sozialmarktes, um so den Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung sichtbar zu machen. Auf Basis einer detaillierten Inputanalyse und einer Abfallsortieranalyse erfolgt eine Berechnung der Verkaufsmenge und eine Abschätzung der GHG-Emissionen.

AK 10: Aufsuchende Soziale Arbeit konkret: Parteiliches oder allparteiliches Handeln im öffentlichem Raum?

Markus Bettesch (SAM 2)

Elisabeth Jungherr (Streetwork Wien)

Christian Reutlinger (FHS St. Gallen)

Moderation: **Marc Diebäcker** (kriSo/FH Campus Wien)

AK 10.1: Impuls von Markus Bettesch, SAM 2

... noch ausständig

AK 10.2: Impuls von Elisabeth Jungherr, Streetwork Wien

... noch ausständig

AK 10.3: Impuls von Christian Reutlinger, FHS St.Gallen

Parteilichkeit oder Allparteilichkeit? Raumtheoretische Anmerkungen zum Positionierungsproblem der Aufsuchenden Sozialen Arbeit in Zeiten verstärkter Entgrenzungen und radikalierter Begrenzungen

Ausgangspunkt des raumtheoretischen Statements sind zwei zentrale Tendenzen, die die Frage der Parteilichkeit oder Allparteilichkeit Aufsuchender Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum rahmen: Einerseits ist Parteilichkeit ihrer kritischen, d.h. politischen Komponente entledigt. Dadurch wird sie allzu leicht durch eine zu problematisierende Vorstellung von Allparteilichkeit abgelöst. Und andererseits wird der öffentliche Raum zunehmend durch sicherheits- und ordnungspolitische Vorstellungen reguliert. Eine klare Positionierung Sozialer Arbeit im Sinne der aktuellen Sozialen Frage wäre wichtiger denn je.

Aus einer sozialräumlichen Optik gehen aus den beiden Tendenzen grundlegende Herausforderungen für aufsuchende Ansätze Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum hervor, welche sich allgemein unter einem *Positionierungsproblem* subsumieren lassen.

Im Statement werden die zentralen Tendenzen ausgeführt und die raumtheoretischen Herausforderungen des Positionierungsproblems benannt: Was bedeutet heute bspw. Parteilichkeit als politische Arbeit an ungerechten, strukturellen Fragestellungen? Bildet die Grundlage jeder parteilichen Haltung doch immer „eine Analyse und ein Verständnis der gegebenen gesellschaftlichen Strukturen und Machtverhältnisse; ihr Ziel ist, durch Solidarität und Unterstützung die Position der sich als benachteiligt und diskriminiert herausstellenden gesellschaftlichen Gruppierungen zu stärken“ (Hartwig/Weber 2000, S. 26). Wie können sich aufsuchende Ansätze angesichts einer zunehmenden Uneindeutigkeit und einer (Neu)Ordnung von Grenzziehungen (verstärkte Entgrenzung bei sich gleichzeitig radikalierenden Begrenzungen) kritisch positionieren? Und schließlich: Wie lassen sich

weiterhin für benachteiligte Gruppen „eigene selbstbestimmte Räume!“ (Bitzan/Daigler 2000, S. 109) öffnen?

Literatur:

Maria Bitzan und Claudia Daigler (Hrsg.) (2001): Eigensinn und Einmischung. Einführung in Grundlagen und Perspektiven parteilicher Mädchenarbeit. Weinheim und München: Juventa.

Ulrich Deinet und Christian Reutlinger (Hrsg.) (2004): „Aneignung“ als Bildungskonzept der Sozialpädagogik. Beiträge zur Pädagogik des Kindes- und Jugendalters in Zeiten entgrenzter Lernräume. Wiesbaden: VS- Verlag für Sozialwissenschaften.

Luise Hartwig und Joachim Merchel (Hrsg.) (2000): Parteilichkeit in der Sozialen Arbeit. Münster u.a.: Waxmann.

Melanie Plösser (2005): Dekonstruktion ~ Feminismus ~ Pädagogik. Vermittlungsansätze zwischen Theorie und Praxis. Sulzbach: ULRIKE HELMER VERLAG

Christian Reutlinger (2003): Jugend, Stadt und Raum. Sozialgeographische Grundlagen einer Sozialpädagogik des Jugendalters. Opladen: Leske und Budrich.

AK 11: Schulsozialarbeit konkret: Wie viel Soziale Arbeit braucht die Schule?

Anja Terner (AKS/Fachhochschule Hannover)

Marion Thuswald (Akademie der bildenden Künste, Kunst- u. Kulturpädagogik)

Irene Vasik (NÖ Landesregierung Jugendwohlfahrt)

Moderation: **Johanna Coulin-Kuglitsch** (FH Campus Wien)

AK 11.1: Impuls von Anja Terner, AKS/Fachhochschule Hannover

Schulsozialarbeit gibt es in Deutschland mancherorts bereits seit den 1960er Jahren und hat sich bis heute in verschiedenartiger Form ausdifferenziert (integrierte Schulsozialarbeit / additive Modelle mit Jugendarbeit/Jugendhilfe und besondere in Bezug auf Schulform/Trägerschaft⁶). Ein Schwerpunkt liegt in der Ganztagschulentwicklung, die durch das IZBB⁷ ab 2003 massiven Ausbau erfuhr und mit dem 12. Kinder und Jugendbericht die Zielsetzung hat, Bildung ganzheitlich zu betrachten (BMFSFJ 2005). Schulsozialarbeit, hierbei im Sinne des §11 KJHG⁸, soll ein Jugendarbeitsangebot „für alle“ sein und in Ganztagsbereichen non-formelle Bildungs- und Freizeitangebote ausbauen sowie die Kooperation mit der außerschulischen Jugendarbeit/Jugendhilfe vorantreiben. Ein anderer Schwerpunkt, aktuell mit dem „PISA“ Schock 2001 und Statistiken über hohe Schulabbrecherquoten im Rücken, liegt im Bereich Übergang Schule/Beruf und orientiert sich am §13 KJHG (Rademacker 2002). Praktiziert werden oftmals beide Ansätze in einer Form und Karsten Speck fordert für ein solch integriertes Modell den Paragraph §13a für das KJHG einzuführen (2007). Die Verbindung von Sozialer Arbeit und Schule kann inzwischen ebenso als Schulentwicklungsmotor bezeichnet werden, so auch in Ansätzen in Österreich (vgl. Braun/Wetzel 2008). Dabei ist die Sicht der AdressatInnen (Bitzan et al 2006) eine wichtige zentrale Voraussetzung für gelingende Schulsozialarbeit und wurde ebenso wie die „Wirkungseffekte“ (Olk/Speck 2010) bisher zu wenig in den Forschungen zum Feld berücksichtigt.

Um Schulsozialarbeit hier kritisch zu verorten, stellen sich verschiedene Fragen, u.a. diese:

- In welcher Weise übernimmt Schulsozialarbeit bloß Dienstleistungstätigkeit für die Schule oder wie lässt sie eigene emanzipatorische und lebensweltorientierte Ansätze einfließen bzw. inwiefern ist sie tatsächlich partizipatorisch am großen „Bildungsprojekt“ beteiligt?
- Inwiefern ist die Vielfalt der Schulsozialarbeitsfelder auch noch für spezifische individuelle Bedürfnisse zuständig, anders gefragt: Ist es heute noch professionell zu behaupten, dass man einfach nur für Jugendliche in der Schule „da sein“ möchte, um ihnen bei der Bewältigung ihrer lebenslagenspezifischen Probleme zu helfen und gelingt es dabei, ihre Bedürfnisse zum Ausgangspunkt sozialpädagogischen Handelns in der Schule zu machen?

⁶ In Deutschland gibt es in den einzelnen Bundesländern die (anderes als in Österreich) jeweils die Kulturhoheit über die Schulen haben, drei unterschiedliche Trägerschaften für Schulsozialarbeit: Die Schulbehörde selbst, ein öffentlicher Träger des Jugendamtes, freie Träger).

⁷ IZBB= Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" von Bundesministerin Bulmahn Ausbau (nicht Personal) der GTS von 4 Milliarden € (vgl. BMBF 2009; online: <http://www.bmbf.de/de/1125.php>)

⁸ KJHG= Kinder und Jugendhilfegesetz des Strafgesetzbuches VII (SGB VIII)

- Ist die Orientierung am §13, wie er in Deutschland u.a. gefordert wird, ein notwendiger Weg Schulsozialarbeit gezielt auf sozial benachteiligte Schüler/innen zu beziehen, um Chancengerechtigkeit zu ermöglichen oder wirkt diese Ausrichtung stigmatisierend?
- Wäre es zu hinterfragen sich an der „Bildungs- und Betreuungsdebatte“ des 12. Kinder- und Jugendberichts zu orientieren und die Potentiale der Profession Sozialer Arbeit in und außerhalb der Schule an anderen Begriffen zu explizieren? Oder untergräbt dies die Chance einer professionellen Profilbildung im Kontext von Ganztagschulen und Sozialer Arbeit?
- Lassen wir uns die Bestimmung des Inhaltes unserer Profession nicht aus der Hand nehmen! Um im Schulsystem deutlich auftreten zu können, bedarf es einer gemeinsamen kritischen Haltung, die die Kooperation mit dem System Schule sucht und ein selbstbestimmter Teil dessen werden kann. Oder nicht? Die Diskussion dazu beginnt, in Wien, in Bremen, vernetzt vor Ort und in jeder Einzelschule!

Auszug Deutsches KJHG:

§ 11 Jugendarbeit

(1) Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.

(2) Jugendarbeit wird angeboten von Verbänden, Gruppen und Initiativen der Jugend, von anderen Trägern der Jugendarbeit und den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe. Sie umfaßt für Mitglieder bestimmte Angebote, die offene Jugendarbeit und gemeinwesenorientierte Angebote.

(3) Zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit gehören:

1. außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung,
2. Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit,
3. arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit,
4. internationale Jugendarbeit,
5. Kinder- und Jugenderholung,
6. Jugendberatung.

(4) Angebote der Jugendarbeit können auch Personen, die das 27. Lebensjahr vollendet haben, in angemessenem Umfang einbeziehen.

§ 13 Jugendsozialarbeit

(1) Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.

(2) Soweit die Ausbildung dieser jungen Menschen nicht durch Maßnahmen und Programme anderer Träger und Organisationen sichergestellt wird, können geeignete sozialpädagogisch begleitete Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen angeboten werden, die den Fähigkeiten und dem Entwicklungsstand dieser jungen Menschen Rechnung tragen.

(3) Jungen Menschen kann während der Teilnahme an schulischen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen oder bei der beruflichen Eingliederung Unterkunft in sozialpädagogisch begleiteten Wohnformen angeboten werden. In diesen Fällen sollen auch der notwendige Unterhalt des jungen Menschen sichergestellt und Krankenhilfe nach Maßgabe des [§ 40](#) geleistet werden.

(4) Die Angebote sollen mit den Maßnahmen der Schulverwaltung, der Bundesagentur für Arbeit, der Träger betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung sowie der Träger von Beschäftigungsangeboten abgestimmt werden.

Literatur:

- Bitzan, M./ Bolay, E./Thiersch, H. (Hrsg.) (2006)** Die Stimme der Adressaten- Empirische Forschung über Erfahrungen von Mädchen und Jungen mit der Jugendhilfe, Juventa Verlag, Weinheim und München
- (BMBF) Bundesministerium für Bildung und Forschung (2009)** Ganztagschule- Stand der Umsetzung in den Ländern (bis 2007). Online verfügbar unter: <http://ganztagschulen.org/1108.php> (zuletzt aufgerufen am 14.10.2010)
- (BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2005)** Zwölfter Kinder- und Jugendbericht , DJI München
- Braun, K.-H. Wetzel, K. (2008)** Ganztagschule und Soziale Arbeit in Österreich- Auf dem Weg zur Ganztagsbildung in der Zweiten Moderne. In: Sozial Extra, 9/10, 2008, S. 32-35
- Rademacker, H. (2002)** Schulsozialarbeit gegen soziale Ausgrenzung- Neue Armut und Bildung, Landeskooperationsstelle Jugendhilfe Schule des Landes Brandenburg, Online verfügbar unter <http://www.schulsozialarbeit.ch/cms/content/uploaddocuments/Rademacker%20-%20SSA%20gegen%20soziale%20Ausgrenzung.pdf> (zuletzt aufgerufen am: 14.10.2010)
- Olk, T./Speck, K. (Hrsg.) (2010)** Forschung zur Schulsozialarbeit. Stand und Perspektiven. Weinheim
- Speck, K. (2007)** Schulsozialarbeit- Eine Einführung. München
- Statistisches Bundesamt (2010)** Bericht: „Bildung in Deutschland 2008“, Online verfügbar unter: <http://www.bildungsbericht.de/index.html?seite=8400> (zuletzt aufgerufen 14.10.2010)
-

AK 11.2: Impuls von Marion Thuswald, Akademie der bildenden Künste, Kunst- und Kulturpädagogik

In aktuellen Entwürfen und Empfehlungen zur Schulreform oder der LehrerInnenbildungsreform⁹ finden sich kaum bzw. keine Hinweise auf Schule als Feld interdisziplinärer Zusammenarbeit bzw. auf die Notwendigkeit angehende Lehrer_innen auf die Kooperation mit Personen anderer Professionen wie jener der Sozialarbeit vorzubereiten.¹⁰ Anders als in anderen pädagogischen und sozialen Arbeitsfeldern – wie etwa der offenen Kinder- und Jugendarbeit – ist in vielen österreichischen Schulen die Zusammenarbeit unterschiedlicher Professionen nicht alltägliche und übliche Praxis. Zentral sind in der Schule die Lehrer_innen, während andere Personen zumeist die Rolle bekommen, jene in ihrem Bildungsauftrag zu unterstützen. Die teilweise langjährigen Erfahrungen, die es mit Schulsozialarbeit in Österreich bereits gibt, scheinen in die erwähnten Reformentwürfe – ebenso wie in den Nationalen Bildungsbericht (Specht 2009) – bisher nicht ein zu gehen.

Distanziert involviert – Bildung und Schulsozialarbeit

Bildung kann als die Transformation des Welt- und Selbstverhältnisses verstanden werden (vgl. Koller 2010: 288). An dieses Verständnis anknüpfend schlage ich hier die Orientierung an demokratisierender Bildung vor. Demokratisierende Bildung überschreitet die kulturbürgerlich-idealistische Vorstellung von individueller Selbstverwirklichung (vgl. Hiller in

⁹ Bei der Reform der LehrerInnenbildung bzw. der pädagogischen Berufe werden Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik mitgedacht, nicht aber die Sozialarbeit. Sozialarbeit und Sozialpädagogik sind in Österreich unterschiedliche Berufe mit unterschiedlicher Ausbildung und Schwerpunktsetzung, auch wenn sich die Tätigkeitsfelder teilweise überlappen.

¹⁰ Als Beispiele hierfür können etwa der “2. Zwischenbericht der ExpertInnenkommission Zukunft der Schule” (2008) veröffentlicht, oder die Empfehlungen der ExpertInnengruppe zur „LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe“ (2010) angesehen werden (beide online unter www.bmukk.gv.at). In ersterem Papier finden sich zumindest ein Hinweis: Die Forderung nach “Etablierung von ‘Supportsystemen’ – von SchulpsychologInnen über SozialarbeiterInnen bis zu Verwaltungspersonen” (2008: 110) lässt aber offen, wer hier wie und unter welchen Bedingungen wobei unterstützen soll.

Baur u.a. 2004: 9) und baut nicht länger auf einem souveränen autonomen Subjekt auf, das sich aufgrund seiner Brüchigkeit stets auf Kosten von anderen seiner vermeintlichen Stärke zu versichern sucht (vgl. Reichenbach 2001). Demokratisierende Bildung bedeutet einen kritisch involvierten Umgang mit Macht, Differenz und Konflikt – und zwar im Hinblick auf drei Ebenen:

- > in den einzelnen Subjekten
- > im Bezug auf gesellschaftliche Verhältnisse
- > im konkreten Lernarrangement (etwa der Schule).

Dieses Bildungsverständnis entlastet die Beteiligten an Schule insofern, als sie nicht alles wissen und können müssen und Kooperation mit und Beratung durch andere ebenso wie die Reflexion der eigenen Position selbstverständlich werden. Schulsozialarbeit leistet in diesem Verständnis von Bildung wichtige Bildungsarbeit.

Welche Rahmenbedingungen von Schulsozialarbeit sind aus Sicht kritischer Bildungswissenschaft notwendig und sinnvoll?

- * Schule als Feld nicht-hierarchisierter interdisziplinärer Zusammenarbeit und Teamarbeit etablieren.
- * Schulsozialarbeit hat keine Kontroll-, Disziplinierungs- oder Selektionsaufgaben.
- * Prinzipien der Schulsozialarbeit sind Niederschwelligkeit, Zugänglichkeit für alle Schüler_innen, Freiwilligkeit, Vertraulichkeit, Prävention, Ressourcenorientierung, Selbstreflexivität.
- * Schulsozialarbeit untersteht nicht der Schulleitung und Schulverwaltung.
- * Schulsozialarbeit arbeitet auf Basis einer institutionalisierten Akzeptanz, Wertschätzung und Kooperation mit und in der Schule und verfügt über die notwendigen Ressourcen (räumlich, personell, zeitlich...).
- * Schulsozialarbeit versteht sich in erster Linie als Unterstützungsangebot für Kinder und Jugendliche; die Definition des Unterstützungsbedarfs erfolgt dabei vorrangig durch die Schüler_innen.
- * Schulsozialarbeit ist darüber hinaus zugänglich für alle Schulpartner_innen (Lehrer_innen, Eltern...).
- * Schulsozialarbeit ist beteiligt an Schulentwicklungsprozessen.

Fragen zu Schulsozialarbeit aus Sicht kritischer Bildungswissenschaft:

In wie fern ist es sinnvoll Schulsozialarbeit als Teil von Bildungsarbeit zu verstehen? Wie kann sich Schulsozialarbeit in dem Spannungsverhältnis zwischen Anpassungsanforderungen, Lebensbewältigungs-Aufgaben und emanzipatorischen Ansprüchen positionieren?

Ist es sinnvoll Schulsozialarbeit als Teil eines umfassenderen Konzepts zu denken, wie etwa jenem von „Schule als kulturellem Zentrum“ oder „Schule als Stadtteilzentrum“?

Wie kann Schulsozialarbeit eine kritisch distanziert-involvierte Position einnehmen und verhindern gängige Privilegierungs- und Ausschlussmechanismen zu wiederholen (etwa „Mittelschichtorientierung von Schule“)?

Wie kann Schulsozialarbeit mit ihrer Rolle als Beobachterin von Schule und Schulkultur umgehen? Welchen Auftrag bzw. welche Möglichkeiten hat sie diesbezüglich (Rückmeldung über die Wahrnehmung zur Schulkultur, Mitwirkung bzw. Anstöße zur Schulentwicklung, eigenständige Initiative oder Beratung auf Anfrage)?

Literatur:

Baur, Werner/ Mack, Wolfgang/ Schroeder, Joachim (Hg.) (2004): Bildung von unten denken: Aufwachsen in erschwerten Lebenssituationen – Provokationen für die Pädagogik. Bad Heilbrunn/Obb.: Klinkhardt.

Koller, Hans-Christoph (2010): Grundzüge einer Theorie transformatorischer Bildungsprozesse. In: Liesner, Andrea/ Lohmann, Ingrid (Hg.): Gesellschaftliche Bedingungen von Bildung und Erziehung. Stuttgart: Kohlhammer.

[Reichenbach, Roland \(2001\): Demokratisches Selbst und dilettantisches Subjekt.](#)
Demokratische Bildung und Erziehung in der Spätmoderne. Münster: Waxmann.

Specht, Werner (Hg.) (2009): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009. Band 1 und 2. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur. Graz: Leykam.

AK 11.3: Impuls von Irene Vasik, NÖ Landesregierung Jugendwohlfahrt

Schulsozialarbeit in Niederösterreich

In den letzten Jahren wurden in Österreich in einigen Bundesländern unterschiedliche Modelle von Schulsozialarbeit entwickelt.

Schulsozialarbeit soll – je nach Sichtweise - die Vermeidung von Schulabsenzen und Schulabbrüchen sowie Verhinderung von Gewalteskalationen im Schulalltag bewirken - oder aber als Hilfestellung und Entlastung der öffentlichen Jugendwohlfahrt bei Gefährdungsabklärungen dienen, beziehungsweise als Abklärungsinstrument bei vermuteten Kindeswohlgefährdungen zur Verfügung stehen.

Schulsozialarbeit soll also – als Diener mehrerer Herrn – sozusagen Antwort und Lösungsmöglichkeit auf viele Problemlagen gleichzeitig sein. Der eigentliche Auftrag von Schulsozialarbeit, als Instrument der Unterstützung und Hilfe bei Problem- und Konfliktlösung **für** SchülerInnen rückt dabei – so scheint es - ein wenig in den Hintergrund. In Niederösterreich wird Schulsozialarbeit seit etwa 10 Jahren - im Anschluss an einen Ausbildungsschwerpunkt an der damaligen Akademie für Sozialarbeit in St. Pölten – angeboten und entwickelt sich ständig weiter.

Schulsozialarbeit wird in NÖ als präventives Angebot der Jugendwohlfahrt verstanden, die Leistung erfolgt durch Einrichtungen freier Träger der Jugendwohlfahrt. Schulsozialarbeit erfolgt bewusst durch schulfremdes Fachpersonal und ausschließlich durch Diplomierte SozialarbeiterInnen oder AbsolventInnen des Fachhochschullehrgangs Soziale Arbeit. Schulsozialarbeit ist ein niederschwelliges, kontinuierlich angebotenes, freiwilliges und anonymes Beratungsangebot für SchülerInnen, das im Auftrag der Jugendwohlfahrt an der Schule, für alle SchülerInnen und nicht vordergründig für die Schule angeboten wird. Die SchülerInnen können sich mit allen für sie relevanten Themen – ohne vorherige Bewertung eines Erwachsenen hinsichtlich Wichtigkeit des Problems - an die SchulsozialarbeiterInnen wenden. Erfahrungswerte zeigen, dass ein Großteil der Themen der SchülerInnen sich auf den privaten Kontext bezieht. Der größte Anteil der Beratungen erfolgt aufgrund der Initiative der SchülerInnen, Hauptanliegen sind Themen aus dem Bereich Familie, Freundschaften und Konfliktaustragungen. Die Bandbreite der Thematiken reicht aber von Informationsfragen bis hin zu Mobbing und erlebter Gewalt im Schul- oder Familiensystem. Auch wenn die Initiative der Beratung von LehrerInnen oder Eltern ausgeht, bleibt doch die SchülerIn eigentliche AuftraggeberIn der Beratung. Sie kann weder durch

Eltern, die öffentliche Jugendwohlfahrt, noch durch LehrerInnen zur Nutzung des Angebotes „gezwungen“ werden.

SchulsozialarbeiterInnen arbeiten im Auftrag der Jugendwohlfahrt an der Schule und sind somit die einzigen schulfremden Personen, die regelmäßig im System Schule – aber nicht in dessen Auftrag - agieren. Dieses Konstrukt birgt verständlicherweise zusätzlich zu den unterschiedlichen Aufträgen und Sicht- und Handlungsweisen der Bereiche Pädagogik und Sozialer Arbeit ein großes Konfliktpotential in sich.

Welche Bedingungen braucht „Schulsozialarbeit“?

Schulsozialarbeit kann nur erfolgreich arbeiten

- bei klarer Auftragserteilung und wenn sie auf Langfristigkeit ausgerichtet ist und nicht nur als kurzes Projekt
- wenn ein möglichst einheitliches und verbindliches Berufsbildes bei klarer Abgrenzung zu anderen Angeboten der Jugendwohlfahrt und des Systems Schule entwickelt wird und sie nach einheitlichen auftragskonformen Konzepten arbeitet
- wenn das Angebot von allen Kooperationspartnern mitgetragen wird und Bereitschaft besteht, von auftretenden Konflikten zu lernen und diese partnerschaftlich zu lösen,
- wenn der Informations- und Implementierungsphase genügend Zeit eingeräumt wird
- und wenn
- und wenn

AK 12: Dokumentation konkret: Diagnose leicht gemacht?

Werner Mayer (MAG ELF)

Elisabeth Raab-Steiner (FH Campus Wien)

Christine Rabl (Universität Wien, Bildungswissenschaften)

Moderation: **Beatrix Kaiser** (FH Campus Wien)

AK 12.1: Impuls von Werner Mayer, Pädagogischer Leiter und Schnittstellenbeauftragter für Ausbildungsfragen der MAG ELF

Mach´s Dir leicht bei der Diagnose und bleib konkret im Dokumentieren!

In Anlehnung an de Shazer möchte ich behaupten: Diagnosen sind eine Zusammenreihung von verschiedenen Missverständnissen (Fehlinterpretationen). Die Bedeutung/Bewertung hängt davon ab, auf welches Missverständnis oder Fehlinterpretation des Gesagten sich Fachfrau oder Fachmann, in unseren Fall SozialarbeiterInnen oder SozialpädagogInnen, einigen können. So kommt´s dazu, dass „Für die zur Externalisierung von Problemen verwendeten Praktiken (*Diagnosemodelle, -methoden*) gilt eben, dass nicht die Person oder die Beziehung, sondern >>das Problem<< das Problem ist“ (Michael White 2002, Seite 57). Und diese Problem ist oft eigentlich das Problem des/der Fachmanns/frau.

Der Ausgangspunkt (Status Quo, Diagnoseergebnis) für dokumentierbare, durch sozialarbeiterische/sozialpädagogische Interventionen begleitete (mitbestimmte) Veränderungsprozesse, ist meiner Meinung nach die Absicht bei SozialarbeiterInnen oder SozialpädagogInnen einen Fall zu verstehen.

Das Fall-Verstehen ist nicht gleichbedeutend mit dem Einverständnis der Handlungen eines anderen. Verstehen schafft die Voraussetzungen für das Einnehmen eigener klarer Standpunkte sowie für das Abgrenzen von Standpunkten, Inhalts- und Beziehungsebenen, so dass sowohl unterschiedliche Positionen, Sichtweisen und Lösungsansätze als auch mögliche Gemeinsamkeiten und Ressourcen sichtbar werden, die dann über ein in Gesprächen auszuhandelndes gemeinsames Verständnis zu einer gemeinsamen Arbeitsfähigkeit geführt werden müssen.

Dieses Aushandeln des gemeinsamen Verständnisses ist ein cokreativer Prozess, der in den nächsten Schritten Hypothesen über wünschenswerte Veränderungen, passende Interventionen oder Handlungen, die dafür andere Möglichkeiten notwendig erscheinen lassen, ermöglicht. Für Fall-Verstehen in diesem Sinn gehören folgende Grundfähigkeiten: *Empathie, Rollendistanz, Ambiguitätstoleranz und kommunikative Kompetenz*.

Dieser cokreativer Prozess wird mit den „**Sozialpädagogischen Diagnosen**“ (Uhlendorff) begonnen bzw. unterstützt, kann man doch von dieser Methode (Leitfadeninterview-Auswertung-Interpretation-Präsentation der Ergebnisse als Verstehensangebot) dreierlei erwarten: „eine genaue, möglichst dichte *Beschreibung* der Lebenslage der Betroffenen, ihre wichtigsten biographischen Erfahrungen und Konfliktbelastungen, *Hypothesen zur Lebensthematik* und zu den Entwicklungsaufgaben, mit denen sich der Betroffene beschäftigt und überfordert ist und schlussendlich *Prognosen* über die Bedingungen unter denen die Betroffenen ihre Lebensaufgaben voraussichtlich leichter bewältigen und ihrer Bildungsbewegung vorankommen können!“ (Uhlendorff1997, Seite 154).

Dieses Angebot zu Partizipation hat eine Rückwirkung auf die pädagogische Kultur. Sozialpädagogische Diagnosen führen zu einer Veränderung des pädagogischen Milieus,

um Ressourcen und sozial akzeptierte Selbstwirksamkeit zu definieren. Die Ergebnisse der sozialpädagogischen Diagnosen (Lebensthemen, Veränderungsrichtungen, Interventionen, Ressourcen), die als Ausgangspunkt für Veränderungsprozesse auf den verschiedenen Ebenen genommen werden, werden in einem pädagogischen Milieu hinterfragt, auf Gültigkeit hin überprüft und dienen als Grundlage für die Dokumentation.

In sozialpädagogischen Einrichtungen werden in unterschiedlich zeitlichen Abständen (Tagesdokumentation, Teamprotokolle, Entwicklungsberichte, Fallverlaufkonferenzprotokolle) die erkennbaren Veränderungen („Fälle“) auf fachlicher, methodischer, organisatorischer, sozialer und individueller Ebene dokumentiert.

Uwe Uhlendorff (1997): Sozialpädagogische Diagnosen III. Ein sozialpädagogisch-hermeneutisches Diagnoseverfahren für die Hilfeplanung. München/Weinheim
Michael White/David Epston (2002): Die Zähmung der Monster. Der narrative Ansatz in der Familientherapie. Heidelberg

AK 12.2: Impuls von Elisabeth Raab-Steiner, FH Campus Wien

Soziale Diagnostik

Die Auseinandersetzung mit der Thematik ist keine völlig neue in der Sozialen Arbeit, denn bereits zu Beginn der Entwicklung professionellen Sozialen Handelns vor ca. 100 Jahren standen die Bemühungen, mit wissenschaftlicher Fundierung, PraktikerInnen ein diagnostisches Handwerkzeug zu geben. Dieses sollte SozialarbeiterInnen als ExperInnen Sozialer Arbeit unentbehrlich und deren Handeln methodisch basiert nachvollziehbar machen. Bereits Alice Salomon (vgl. 1926, S.260) konstatierte, dass die Einführung des Begriffs der „Diagnose“ in der Praxis Sozialer Arbeit zu einer methodischen Aufwertung dieser führt. Sie war es auch die diesen Begriff im deutschsprachigen Raum einführte. Bis dato ist es allerdings nicht zur Durchsetzung dieser Begrifflichkeit gekommen, weder bei PraktikerInnen noch deren AuftraggeberInnen.

Wer den Begriff „Psychosoziale Diagnostik“ verwendet, kommt schnell unter Verdacht der Nähe zu einem „medizinischen Behandlungsmodell“, oder man befürchtet gar eine entfremdende, menschenverachtende Kategorisierung und aktenkundige Stigmatisierung (vgl. Staub-Bernasconi, 2003, S.33). Jedoch: Menschen bewerten – sie tun dies, wie zahlreiche sozialpsychologische Untersuchungen zur Personenwahrnehmung zeigen, automatisch. Bei diesem alltäglichen Phänomen greifen wir auf ein paar sehr oberflächliche Beobachtungen (Schemata) zurück (vgl. Aronson, 2008, S.101).

Darin liegt für mich ein Argument für den Einsatz diagnostischer Mittel, denn Psychosoziale Diagnostik ermöglicht Beschreibungen, Vergleichbarkeiten und Einschätzungen, die auf Strukturen zurückgreifen. Sie soll und kann keine Interventionsautomatik auslösen. Sie soll die Person in ihrer Umwelt wahrnehmen - in ihrem Verhältnis zur Umwelt- darin liegt ihr spezifischer Nutzen. Sie ist zwar personenzentriert allerdings nicht persönlichkeitsdiagnostisch angelegt.

Ein wesentlicher Punkt, der speziell unter PraktikerInnen immer wieder Diskussionen aufwirft, liegt darin, dass sie den Prozess auch nicht behindern und keinen Fremdkörper im Ablauf darstellen soll, sondern unterstützend wirken. Auf Zeitressourcen muss geachtet werden, denn oft besteht das Vorurteil, dass der Einsatz zu zeitaufwendig ist.

Forschungen im Bereich der Sozialen Diagnostik werden in Österreich wesentlich von einer Person vorangetrieben: FH. Prof. Peter Pantucek, der zur Entwicklung diagnostischer Verfahren in den letzten zehn Jahren wesentlich beigetragen hat, in dem er Instrumente gesammelt, systematisiert und neu adaptiert zum Einsatz gebracht hat. Zurzeit laufen einige Projekte im Rahmen von SODIA (Sozial-diagnostische Verfahren kontrolliert erproben und optimieren) vom Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung und dem Master-Studiengang Soziale Arbeit an der FH-St. Pölten in Kooperation mit dem Anton-Proksch-Institut; Verein Dialog und dem Vertretungsnetz –Sachwalterschaft mit der Laufzeit Dez.2009 bis Juni 2011, wo es zum Einsatz der Netzwerkkarte in analoger und digitaler Form kommt und der Einsatz der Inklusions-Chart 2, der beobachtet werden soll. Parallel dazu laufen Entwicklungen in Deutschland im Kontext der Klinischen Sozialen Arbeit und auch am Masterstudiengang Sozialraumorientierte und Klinische Soziale Arbeit hier in Wien. Ergebnisse im Kontext von Gütekriterien liegen für sozial- diagnostische Instrumente noch keine vor, dies kann auch grundsätzlich diskutiert werden, ob es erforderlich ist und nicht eigene Gütekriterien entwickelt werden müssten. Vor allem mit einem Ansatz bei der Nachvollziehbarkeit von Interventionen.

Neue Entwicklungen in der computergestützten sozialen Diagnostik (z.B. Easy NWK) müssen meines Erachtens vorsichtig und vor allem mit dem nötigen Hintergrundwissen eingesetzt werden, da die Ableitung von „mathematischen Kennwerten“, den AnwenderInnen oft eine Präzision vortäuscht und sie auch auf eine falsche Spur lockt. Hier wäre der Einsatz (vor allem die Interpretation der Ergebnisse) der Instrumente nur durch ProfessionistInnen vertretbar.

Als Schlussstatement: Soziale Arbeit braucht spezifische Diagnostik bzw. für die Praxis taugliche Instrumente, die sich aufgrund ihres Schnittstellencharakters zwischen psychischen, sozialen und alltagssituativen Dimensionen profiliert. Vor allem das methodische Know-How im Bereich von „high risk clients“ und insgesamt dem „risk assessment“ ist für PraktikerInnen und deren AuftraggeberInnen von hoher Relevanz.

AK 12.3: Impuls von Christine Rabl, Universität Wien, Bildungswissenschaft

Dokumentation und Diagnose dienen der Strukturierung theoriegeleiteten Handelns und damit der Professionalisierung von sozialer, wie pädagogischer Arbeit. In Anbetracht der Unübersichtlichkeit und Komplexität von sozialen Situationen sind diese Instrumente mit dem Versuch verbunden, eine Grundlage für die Steuerung und Kontrolle sozialer (Entwicklungs-)Prozesse zu schaffen. Dennoch – so die hier vertretene These – bleiben uns angesichts situativer Handlungsanforderungen gegenüber konkreten Anderen, diese immer zu einem gewissen Teil unverfügbar. Während gesellschaftliche und nicht zuletzt politische Erwartungen vor allem die effiziente Herbeiführung von erwünschten Lern- und Veränderungsprozessen im Blick haben, erscheinen solche „Technisierungs-“ und „Rationalisierungsambitionen“ aus Theorieperspektive fraglich, wenn damit unterstellt wird, SozialarbeiterInnen könnten mit geeigneten Dokumentations- und Diagnoseinstrumenten Praxis *beherrschen*. Eine solche Anwendungslogik würde die Eigenart pädagogischer und sozialarbeiterischer Praxis, deren konstitutives Moment, verschleiern.

Dieses Moment besteht darin, dass wir vor dem Hintergrund fachlichen Wissens zwar bestimmte Situationen als relevante Fälle sozialarbeiterischer Intervention erkennen, aber dieses allgemeine Wissen nicht ohne weiteres auf die je konkreten Situationen und AdressatInnen von sozialen Interventionen übertragen können. Die singulären Fälle

entziehen sich notwendig der Verallgemeinerung. Es ist gerade das Bewusstsein dieses Nicht-Wissens, das SozialarbeiterInnen wie PädagogInnen etwa von FertigungstechnikerInnen unterscheidet. Möglicherweise eröffnet erst dieser Raum des Nicht-Wissens über die konkrete Situation und die Anderen – seine unverfügbare Potentialität – Entwicklungs- und Lernchancen. Diese können zwar gefördert, aber nicht hergestellt werden – ob nun mit oder ohne den Einsatz von Diagnoseinstrumenten.

Professionalität zeichnet sich in dieser Perspektive durch einen bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit der Differenz von allgemeinem Fachwissen und situativer Unverfügbarkeit aus. Handlungskonzepte und professionelle Strategien, wie sie Dokumentations- und Diagnoseverfahren darstellen, können die soziale Arbeit unterstützen. Zugleich dürfen mit deren Einsatz aber nicht die Offenheit individueller und gesellschaftlicher Entwicklung und die damit verbundenen Herausforderungen für die Professionalität von sozialer Arbeit aus dem Blick geraten. Diese schließt einen kritischen Umgang mit den Machteffekten von Steuerungs- und Kontrollstrategien in der praktischen Arbeit ebenso wie in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ein.

AK 13: Interkulturelle Arbeit konkret: Welcher Umgang mit Religion und Kultur in der Arbeit mit Frauen und Mädchen?

Gudrun Rothschedl (Peppa - Interkulturelles Mädchenzentrum)

Renate Schnee (Bassena Am Schöpfwerk)

Georgia Sever (Peregrina)

Moderation: **Samira Baig** (FH Campus Wien)

AK 13.1: Impuls von Gudrun Rothschedl, Peppa – Interkulturelles Mädchenzentrum

Ausgangslage

Mädchen und Frauen sind im Zuge des Migrationsprozesses mit unterschiedlichen Herausforderungen und Widersprüchen konfrontiert. Viele Konflikte, die Mädchen bzw. junge Frauen in ihrer Jugendphase mit sich, den Familien und dem Umfeld austragen, werden vor dem Hintergrund der Migration noch verschärft bzw. als kulturelle Konflikte aufgefasst. Sie befinden sich im Spannungsfeld verschiedener Kulturen und Traditionen, in welchem sie häufig zwischen ihrer Herkunftskultur bzw. Familie auf der einen Seite und der Kultur der Mehrheitsgesellschaft auf der anderen Seite stehen.

Ansprüche für die interkulturelle (diversitäre) Arbeit mit Mädchen und Frauen

Ressourcenorientierung - Diversität als Chance

Die Anerkennung der Pluralität der Lebenswirklichkeiten bildet die Basis, um die Verschiedenheit als Chance und nicht als Defizit zu verstehen.

Interkulturelle und geschlechtsbezogene Auseinandersetzung

Neben dem Erkennen von Diskriminierungsstrukturen ist die eigenkulturelle Bewusstheit und ein reflexiver Umgang mit der eigenen Kulturgebundenheit Voraussetzung für interkulturelle Begegnungen.

Interkulturelle Kompetenzen

Interkulturelle Kompetenz bezieht sich nicht nur auf den Umgang mit „Fremdheit“ in Zusammenhang mit unterschiedlichen Herkunftskulturen, sondern berücksichtigt gleichermaßen verschiedene Formen von Fremdheit wie beispielsweise biografische oder milieuspezifische Verschiedenheiten.

Identitäts- und Lebensentwürfe: Aufgreifen und Bearbeiten von Widersprüchen

Es ist wichtig, die Mädchen bzw. jungen Frauen im Spannungsfeld zwischen Ideal und realen Entsprechungen zu begleiten und bei der Entwicklung von Bewältigungsstrategien zu unterstützen. Eine vertiefte pädagogische Beziehungsarbeit bietet die Möglichkeit, die Lebensrealitäten näher kennenzulernen und dabei Widersprüche aufzugreifen und zu bearbeiten.

Widersprüche

Differenzierter Blick: Migrantinnen als heterogene Gruppe

Migrantinnen werden oft als homogene Gruppe betrachtet. Migrationsprozesse verlaufen jedoch weder einheitlich noch linear von einer Migrationsgeneration zur nächsten. Die Vielschichtigkeit und auch Widersprüchlichkeit von Migrationsprozessen sowie die Komplexität von Ungleichheitsstrukturen erfordern einen differenzierten Blick.

Immanente Opferperspektive – Selbstbild vs. Fremdbild

Die immanente Opferperspektive und die Darstellung von Geschlechtszugehörigkeit und Zugehörigkeit zu einer „fremden“ Herkunftskultur als Problem erzeugt negative Effekte: Reduzierung auf Klischees (ohnmächtige Opfer, exotische Kulturen, etc.), sensationsheischende Betrachtung, etc.

Diese problembehaftete Sichtweise ist dem Selbstverständnis von Mädchen und Frauen gegenüberzustellen und auf eine Diskrepanz zwischen den Anliegen der Sozialen Arbeit und der Selbstdefinition der Einzelnen zu überprüfen.

Perspektiven

Integrationsprozesse sind insgesamt stärker entlang der Ressourcen, Kompetenzen und Eigeninitiativen von Migrantinnen und Migranten in den Blick zu nehmen. Die Wahrnehmung von Vielfalt als Normalität und ein selbstbewusster Umgang mit kulturellen Differenzen bilden einen wichtigen Ausgangspunkt zur Überwindung gesellschaftlicher Ungleichheiten.

Die Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft ist eine Grundvoraussetzung, um chancengleiche Partizipationsmöglichkeiten und eine Basis für eine anerkennende und wertschätzende Haltung zu schaffen.

AK 13.2: Input von Renate Schnee, Bassena Am Schöpfwerk

7,8% der Wiener Bevölkerung sind Muslime. Ihre Wahrnehmung im öffentlichen Raum ist häufig durch mediale Schlagzeilen beeinflusst, wobei in Wien eine rechte Partei die Ansagen macht und Aufmerksamkeit erzeugt. Das Thema Kopftuch hat in den letzten Jahren auch europaweit hitzige Diskussionen ausgelöst. Das Kopftuch steht für Soziales, Religiöses, Politisches und Kulturelles. Es steht für patriarchale Unterdrückung und emanzipiertes Selbstbewusstsein. Für gehässigen Rassismus und gelingende Integration.

Die Soziale Arbeit in einer Einwanderungsstadt muss sich auf neue Realitäten und Diskurse einstellen. Einerseits existiert in vielen Köpfen das Bild von der unterdrückten Muslima als Mutter und Hausfrau und vom Kopftuch als Symbol der Unfreiheit in einer patriarchalisch geprägten Zuwanderungsgesellschaft. In Wien gibt es nur wenige Ausnahmefälle einer Anstellung einer Frau mit Kopftuch im öffentlichen Dienst oder auch in der Privatwirtschaft. Und wenn, dann eher nur als Reinigungskraft oder Küchenhilfe in öffentlich nicht einsehbaren Arbeitsplätzen. Andererseits finden sich heute unter den Aktiven eines Gemeinwesens, die sich kulturell und sozial engagieren, zusehends Frauen mit Kopftuch. Eine bewusste Aneignung des Islam durch aktive und gebildete Frauen zeigt, dass eine pauschale Entgegensetzung von muslimisch und emanzipiert unangebracht ist und Konzepte von Emanzipation und Geschlechtergleichheit zu öffnen sind.

Die deutsche Feministin Alice Schwarzer teilt in ihrem neuen Buch „Die große Verschleierung“ mit, dass sie die Debatte ums Kopftuch nicht der politischen Rechten

überlassen möchte und steht für das Kopftuchverbot in Schulen. Schwarzer mischt sich in die aktuelle Integrationsdebatte und eröffnet ein spezielles Kampfgebiet: die muslimische Frau – und die an ihr und über ihren Kopf hinweg gestellte Frage nach der heutigen Deutungshoheit über weibliche Autonomie.

Zum Thema Geschlechterungleichheit oder Geschlechtergerechtigkeit durch Anerkennung oder Differenz gibt es verschiedene erkenntnistheoretische Positionen (vgl. Gresch/Hadj-Abdou 2008, 99)

Beim postkolonialen Feminismus werden die hierarchisierenden Konstruktionsprozesse von kulturellen Identitäten in einem bestimmten historischen, politischen und sozialen Kontext analysiert. Es geht also um die Rekonstruktion des ‚So-Geworden-Seins‘ von Wahrheitssystemen. Diese Wahrheitssysteme sind geprägt von Ausschluss und Andersheit. Es wird versucht, derart machtvolle Prozesse zu durchbrechen. Kritisiert wird allerdings in diesem Ansatz das Engagement von westlichen Feministinnen für die Frauen des Südens als „paternalistische Mission“ (vgl. Groß 2007), in welcher die Betroffenen keine Stimme haben.

Frauen und muslimische Lebensführung in der Migration zeigen jedoch ein Bild von (jungen) gläubigen Muslima, die sich bewusst für ihre Religion entschieden haben. Viele verstehen sich als unabhängige Frauen, deren Lebensentwürfe Bildungs- und Berufskarrieren umfassen, freie Partnerwahl und partnerschaftliche Gestaltung der Ehe und eine Anerkennung des Werts und der Eigenständigkeit weiblicher Lebensentwürfe. Diese Positionen leiten viele Frauen aus dem Islamverständnis ab. Sie selber suchen Zugang zu den Quellen der Religion und bemühen sich um Textinterpretationen. Ein Ort dieser Auseinandersetzungen, aber auch der Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben ist die Muslimische Jugend Österreich. (<http://www.mjoe.at/>)

Einen anderen Zugang als der postkolonialen Feminismus bietet der multikulturelle Feminismus. Hier wird die Bedeutung von kollektiven oder auch religiösen Gruppenzugehörigkeiten für die Ausbildung der subjektiven Identität hervorgehoben. Es werden die Optionen individueller Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit in spezifischen Kontexten fokussiert. Hier wird die Inklusion von Frauen in Entscheidungsprozesse favorisiert, also auch Zugangs- und Mitwirkungsmöglichkeiten zu kollektiven Entscheidungen in öffentlichen Institutionen. Es werden hier der Blick auf die unterschiedlichen und ungleichen Lebensbedingungen von Frauen einer bestimmten kulturellen Gruppe gelenkt und gleichzeitig wird nach den jeweiligen Gestaltungsmöglichkeiten gefragt. (vgl. Gresch/Hadj-Abdou 2008, 99)

Literatur:

Gresch, Nora/Hadj-Abdou, Leila (2008): „Kopftuchprovokationen“, Implikationen der Hierarchisierung von Gleichheitsimperativen in kontemporären feministischen Diskursen. In: Sauer, Birgit/Strasser, Sabine (Hrsg.): Zwangsfreiheiten. Multikulturalität und Feminismus. Wien, 99-102

Groß, Melanie (2007): Feministische Theorien. Feministische postkoloniale Positionen. Hamburg: Feministisches Institut Hamburg. Analysen, Positionen & Beratung. Online: <http://www.feministisches-institut.de/postkolonial/> (21.10.2010)

AK 13.3: Impuls von Georgia Sever, Peregrina

1. Ausgangslage (theoretischer und politischer Hintergrund)

Die Fragestellung "Interkulturelle Arbeit konkret: Welcher Umgang mit Religion und Kultur in der Arbeit mit Frauen und Mädchen?" wirft die Problematik auf, dass Begriffe wie „Kultur und Religion“ oftmals unreflektiert verwendet werden. Im derzeitigen europäischen Kontext reduzieren sich diese Begriffe zumeist auf „Islam“ und „Schwarzafrika“.

Wenn „Kultur“ und „Religion“ als unüberwindbare Differenz verstanden werden, können sie ähnlich wirken, wie die frühere Unterscheidung der Menschen durch die Konstruktion „Rasse“. Die Feststellung unüberbrückbarer kultureller Differenzen birgt immer die Gefahr des „making other“ und der Machtausübung (Abu-Lughod, 1991).

Sel (2007) hebt hervor, dass sich Kulturen, Verhaltensweisen und Normen von Land zu Land, von Schicht zu Schicht wie auch von Mann zu Frau unterscheiden und es noch eine Reihe weiterer Einflussfaktoren gibt. Auch sind diese Faktoren nicht statisch, sondern verändern sich unter dem Einfluss von gesellschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen.

Die Zusammenhänge zwischen Macht und Kultur müssen analysiert werden, denn Macht wird kulturell strukturiert und Kultur ist Gegenstand von Machtverhältnissen (Hall, 1994).

Individuen sind keine Objekte, sondern Subjekte, die ihre Lebenswelt gestalten, ihr Widerstand gegen ihre Kultur ist genauso von Bedeutung wie ihre Anpassung an jene (Parin, 1983)

2. Ansprüche und Widersprüche (praktische Arbeit)

Peregrinas Beratungsansatz für die Arbeit mit Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund

1. Ressourcenorientierung

Bei der ressourcenorientierten Beratung geht es darum die eigenen Ressourcen zu nutzen und neue zu erschließen, um den Handlungsspielraum zu erweitern.

2. Gendersensibilität

Frauen und Männern müssen die Diskriminierungen, die aufgrund ihres Geschlechts bestehen und die sie in ihrem beruflichen Leben behindern, bewusst gemacht werden

Geschlechtsbezogene Benachteiligungen für Frauen und Männer müssen durch spezielle Angebote und Unterstützungen bekämpft werden (Fleischer, 2007)

3. Migrantinnenspezifität

Die Zugänge von Menschen mit Migrationshintergrund zu Beratungseinrichtungen sind durch vielfältige Barrieren geprägt. Dabei sind beide Seiten zu betrachten: die Schwellenängste der MigrantInnen und die oftmals unbewussten Vorbehalte der BeraterInnen.

Aufgrund der Vielfalt der Herkunftsländer und ethnischen Communities ist es schwierig, sich über den Hintergrund aller KlientInnen verlässlich zu informieren. Das Wissen über die Zielgruppe allein schützt nicht vor Vorurteilsbildung.

Koray (2004) weist darauf hin, dass es bei interkultureller Kompetenz nicht in erster Linie darum geht, die Sprache des anderen zu beherrschen oder Hintergrundwissen über Kulturen oder Religionen zu haben, sondern um eine annehmende und respektierende Haltung.

Unterschiedlichkeit und Fremdheit soll dabei weder nivelliert noch überbetont werden. Dabei ist auch die Erkenntnis wichtig, dass das Fremde nicht immer vollends verstanden werden kann. Zentral ist die Ebene der Selbstreflexion und sowie der Offenheit und der Bereitschaft auch Widersprüche aushalten zu können.

Rezept für interkulturelle Kompetenz (Von Schlippe, 2003)

- „Man nehme
- 3 Esslöffel Empathie
- 2 Gläser frische Anteilnahme
- 70g Erkennen von Affekten
- 5-7 Messerspitzen sinnliche Erfahrung
- 6 Tüten Querdenken
- 4 Stück eingelegten Scharfsinn
- 1 Prise freundliche Neugier
- eine Portion Weisheit
- und jede Menge Geschichten und Erfahrungen“

4. Ganzheitlichkeit

Da Migrantinnen von diskriminierender Gesetzgebung und Alltagsrassismus betroffen sind, muss diese Benachteiligung bei allen Problembereichen berücksichtigt werden. Weiters sind die Fragen mit denen sie eine Beratungsstelle aufsuchen oftmals sehr vielschichtig und verflochten. Ein interdisziplinärer Austausch zwischen SozialberaterInnen, JuristInnen, PsychologInnen, PädagogInnen ist daher empfehlenswert.

Widersprüche in der praktischen Arbeit ergeben sich aus Ohnmachtsituationen gegenüber Gesetzgebung, politischen Haltungen gegenüber Migrantinnen, finanziellen Ressourcen und zwischenmenschlichen Missverständnissen.

3.Perspektiven

Erst wenn es keine spezialisierten Einrichtungen für Benachteiligte mehr geben muss, wird Diversity gelebt!

Literatur:

Abu-Lughod, Lila (1991): Writing against Culture. In: Richard, Fox G. (Hg.): Recapturing Anthropology. Working in the Present. Santa Fe, New Mexico.

Fleischer, Eva (2007): Grundorientierung der Join in a Job! Methode. In: Exenberg, Silvia; Fleischer, Eva; Maier, Martin; Schober, Paul: Join In a Job! Instrumente zur beruflichen Beratung von MigrantInnen. Innsbruck: Studienverlag

Von Schlippe, Arist; El Hachimi, Mohammed, Jürgens Gesa (2003): Multikulturelle systemische Praxis. Heidelberg.

Sel, Asiye (2007): Besonderheiten Interkultureller Beratungsarbeit. In: Exenberger, Silvia; Fleischer, Eva; Maier, Martin; Schober, Paul: Join In a Job! Instrumente zur beruflichen Beratung von MigrantInnen. Innsbruck: Studienverlag

Koray, Sibel (2004): Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation in der Kinder- und Jugendarbeit. In: Jehle, Bernhard; Kammerer Bernd; Unbehaun Horst (Hg.): Migration – Integration – Interkulturelle Arbeit. Nürnberg.

Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften, Band 2. Hamburg.

Parin, Paul (1983): Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopschoanalytische Studien. Frankfurt.

AK14: Neue Interventionsformen konkret: Kunst- und Kulturprojekte in der Sozialen Arbeit als soziale Innovation?

Markus Griesser (Universität Wien, Politikwissenschaft)

Gertrud Unterasinger (Theatergruppe Unschwister)

Michael Wrentschur (InterACT)

Moderation: **Christoph Stoik** (FH Campus Wien)

AK 14.1: Impuls von Markus Griesser, Universität Wien, Politikwissenschaft

Aktuelle Kunst- und Kulturprojekte im sozial(arbeiterisch)en Bereich sind häufig (auch) mit politischen Zielsetzungen unterschiedlichster Art verbunden. Das reicht vom Bemühen darum, die Handlungsfähigkeit von Angehörigen marginalisierter Gruppen zu stärken, über den Versuch, Partizipations- und Mitbestimmungsmodelle im Kleinen zu realisieren, bis hin zum Anliegen, unmittelbaren Einfluss auf demokratische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse zu nehmen. Damit verbunden sind jeweils spezifische Vorstellungen von den Möglichkeiten und Grenzen künstlerischer und kultureller Arbeit im sozial(arbeiterisch)en Feld, aber auch davon, wie eine Kompensation der – v.a. in institutioneller und organisatorischer Hinsicht – relativen „Machtlosigkeit“ etwa von Erwerbslosen oder AsylwerberInnen im Hinblick auf eine politische Durchsetzung ihrer Interessen zu bewerkstelligen sein könnte.

Unabhängig davon, wie miss- bzw. gelungen die jeweilige Intervention dabei im Einzelnen sein mag, finden sich solche Projekte fast schon zwangsläufig mit bestimmten Widersprüchen konfrontiert. Diese resultieren zum Teil aus dem Umstand, dass die einzelnen Felder – also das des Sozialen, jenes der Kunst und Kultur sowie das der Politik – durch unterschiedliche „Funktionslogiken“ mit jeweils spezifischen Handlungsmöglichkeiten und -restriktionen bestimmt sind. Zum Teil hängen besagte Widersprüche aber auch damit zusammen, dass die angesprochenen Vorstellungen v.a. in Zusammenhang mit der Frage der politischen Wirkmächtigkeit des jeweils verfolgten Ansatzes kaum expliziert werden.

Im Rahmen meines Papers werde ich anhand konkreter Beispiele einige Überlegungen zu den hier skizzierten Themen präsentieren und versuchen, daraus konzeptionelle Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Frage abzuleiten, welche Rolle sich als politisch begreifende Kunst- und Kulturprojekte im Kontext einer kritischen Sozialen Arbeit spielen können.

AK 14.2: Impuls von Gertrud Unterasinger, Theatergruppe Unschwister - Theater nach Augusto Boal

1. Ausgangslage

Die Theatergruppe Unschwister ist in einer sozialen Einrichtung entstanden, an der Basis also. Die Rolle der Sozialen Arbeit war es, ein Empowerment Projekt auf die Beine zu stellen, das auch öffentlichkeitswirksam wird. Im Mittelpunkt standen immer die sogenannten KlientInnen, BesucherInnen dieser Einrichtung, die mit den Methoden des Theaters der Unterdrückten die Themen, die ihnen wichtig waren, sichtbar machen konnten. Die Rolle der

Sozialen Arbeit war eine, die dieses Projekt ermöglichte und begleitete, sowie in diesem Rahmen eine klar definierte. Die Rahmenbedingungen wurden schwieriger, veränderten sich und verschwanden schließlich ganz. Nach ca. 6 Jahren ist die Theatergruppe zurzeit inaktiv und besteht nur auf dem Papier.

2. Ansprüche und Widersprüche

Ansprüche

- Professionelle Theaterarbeit an der Basis zu gesellschaftspolitisch interessanten und relevanten Themen wie z.B. materielle Unsicherheit, Armut, soziale und kulturelle Nichtteilhabe, Ausgrenzung, Entsolidarisierung, Vereinsamung, Diskriminierung, Verlust sozialer Netzwerke, psychische Erkrankungen, Identitätskrisen uvm.
- Zugriff auf personelle, finanzielle und materielle Ressourcen – Honorieren der Arbeit als gesellschaftlich relevante Arbeit.
- Bereitschaft zum Dialog, auch von politisch Verantwortlichen – Theater der Unterdrückten basiert auf dem Prinzip des gemeinsamen Dialoges.

Widersprüche

- Kunst und Kultur ist Luxus, einerseits in der sogenannten Hochkultur gesellschaftlich getragen und andererseits von Kürzungen betroffen. Soziale Arbeit und Kultur ist sozusagen doppelt von Kürzungen und gesellschaftlichem Nicht-Interesse betroffen.
- Soziale Handlungsräume sollen erweitert werden in immer enger werdenden sozialen und öffentlichen Räumen - dies scheint ein schier unmögliches Unterfangen.
- Theater, das Fragen von Menschen stellt, die immer weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden – und das ist keine Minderheit - ist unbequem?!
- Die Theatergruppe Unschwister war und wäre kontinuierliche soziokulturelle Arbeit als Gegenkonzept zu Brüchen in den Lebensgeschichten der TeilnehmerInnen.

These: Die Theatergruppe Unschwister lässt sich in keine spezielle Institution eingliedern, da die beteiligten Menschen keine spezifische und momentan unterstützungswürdige Zielgruppe ist.

3. Eigene Perspektiven und Wünsche – Kritik

Meine Vision ist eine Theatergruppe - oder auch eine größere Einheit -, die informiert, kritisiert, solidarisiert, hinterfragt, Lösungsansätze und möglicherweise sogar Visionen entwickelt, variable Handlungsspielräume erweitert.

Lösungen müssen von unten, von ExpertInnen, von der Basis aus erarbeitet werden.

Was ist Sozialarbeit mit unterbezahlten SozialarbeiterInnen, die nur mehr in Bürokratie und Dokumentation und Evaluation und immer wieder neuen Überprüfungen usw. untergehen, wo die inhaltliche Arbeit scheinbar keinen Platz und damit keinen Wert hat.

AK 14.3: Impuls von Mag. Dr. Michael Wrentschur (InterACT/Uni Graz)

Hintergrund und Ausgangslage

Als Hochschullehrer und Forscher im *Arbeitsbereich Sozialpädagogik des Instituts für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz* bin ich interessiert an Konzepten, Möglichkeiten und Wirkungen von partizipativen Kunst- und Kulturprojekten in der Sozialen Arbeit.

Als Leiter von *InterACT, der Werkstatt für Theater und Soziokultur aus Graz* sammle ich Erfahrungen mit zahlreichen soziokultureller Theaterprojekten - als künstlerisch-partizipative Interventionen in soziale Felder und politische Räume, wie z.B. bei: „*Kein Kies zum Kurven Kratzen: neuer Armut entgegenwirken*“, einem politisch - partizipativen Theaterprojekt zur Armutsbekämpfung und –vermeidung unter unmittelbarer Beteiligung armutserfahrener Menschen (Preisträger SozialMarie 2010).

Thesen und Fragen zu Spannungsfeldern und Perspektiven

Es gibt eine **Zunahme an Kunst- und Kulturprojekten in sozialen Räumen bzw. mit Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit** – diese werden innerhalb des Diskurses der Sozialen Arbeit und/oder in den Ausbildungen nur marginal bis gar nicht diskutiert, reflektiert, beforscht. Das wäre notwendig, um etwa zu entscheiden, wo es um kreative Beschäftigungstherapie, Events und Instrumentalisierung von Betroffenen geht, was dabei „Qualitätskriterien“ sind, wie es mit Nachhaltigkeit und Partizipation bestellt ist etc.

Es besteht zum Teil **Skepsis innerhalb der Sozialen Arbeit gegenüber einer Kultur- und Kunstpraxis**, die sich daraus nährt, dass drängende Fragen der alltäglichen Lebensbewältigung zugunsten eines an den gebildeten Schichten ausgerichteten Ästhetikbegriffs und Geschmacks umgangen werden. Findet die Soziale Arbeit die alltägliche ‚Mühsal‘ ihres Normalisierungsauftrags in der Beratungs- und Unterstützungsarbeit in einer kreativ-lustvollen Kulturarbeit konterkariert? Inwieweit fehlt es der Sozialen Arbeit selbst an einer umfassenden Kultur- und Kunsttheorie?

Menschen in ihren spezifischen Lebenswelten sind **Produkt und SchöpferInnen von Kultur** - oft in Widerspruch, Abgrenzung zu anderen „Kulturen“ (Problem der Reduktion von Menschen und Gruppen auf ihre „Kultur“ bzw. kulturelle Zugehörigkeit) - Verfügbarkeit über symbolische und materielle Güter und damit auch das Wertesystem sind durch Lebenslagen und Ungleichheit, Hierarchie und Macht bestimmt, d.h.: **„Kultur schaffende“ Gruppen sind mit ungleichen sozioökonomischen Gegebenheiten und Voraussetzungen konfrontiert** und verfügen über unterschiedliche Ressourcen an symbolischem und kulturellem Kapital, das sie als Mittel der Distinktion und der Abgrenzung gegenüber anderen Schichten einsetzen. **Über kulturelle Praktiken wird soziale Ungleichheit reproduziert, legitimiert und zugleich verschleiert.**

Das „kulturelle Mandat“ der Sozialen Arbeit (Treptow 2001, S.185) soll kulturelle Aneignungs- und Ausdrucksformen benachteiligter oder ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen ermöglichen als Vermittlung von kulturellem Kapital durch Angebote sozialer Kulturarbeit. Kulturelle Teilhabe ist dabei nicht von sozialer, ökonomischer oder politischer Teilhabe zu trennen. Soziale Kulturarbeit geht dabei von der **Annahme aus, dass in allen Schichten, Nationen und Altersgruppen kulturelle Aneignungs- und Ausdrucksbedürfnisse** entfaltet werden wollen, sie eröffnet „Spielplätze“, „auf denen sich Verhalten und Verhältnisse ausprobieren lassen, auf denen jeder Künstler ist, sich kennen lernt in seinen ungeahnten Möglichkeiten“ (Hiltmann 1989, S.36).

Kunst und Kulturarbeit verfügen über das **Potential zu Verfremdung und Verdichtung von individuellen und kollektiven Erfahrungen sowie zu kreativen Bearbeitung** von diesen. Sie regen ein Denken und Handeln in Alternativen sowie die soziale Phantasie und Vorstellungskraft an.

Wesentlich dabei erscheint, dass an den **Alltags- und Lebenserfahrungen, an den populären Kulturen und der ästhetischen Praxis der Menschen angesetzt** wird, dass der

Alltag selbst in der konkreten Gestalt und Gestaltbarkeit seiner Beziehungs- und Deutungsmuster zum Thema wird: Kreative und kommunikative Strukturen bzw. Methoden sollen Menschen dabei zu unterstützen, aus den Selbstverständlichkeiten des Alltags herauszutreten, Differenzen zu erfahren und ein Denken/Handeln in Alternativen zu entwickeln.

Verfahren und Formen der sozialen Kulturarbeit können für die TeilnehmerInnen Impulse und Räume zur Lebensbewältigung und zur sozialen Partizipation eröffnen, ihr kulturelles, soziales und symbolisches Kapital vermehren helfen und dadurch Teilhabechancen an gesellschaftlichen und politischen Vorgängen vergrößern. Vielfältige kulturelle (Eigen-) Tätigkeiten und Ausdrucksformen, an denen lokale Kulturschaffende und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen beteiligt sind können z.B. die Lebensqualität in sozial und/oder ökonomisch benachteiligten Stadtteilen erhöhen (Stern 2004, Wrentschur 2009).

Es geht um eine **sozial und politisch eingreifende Kulturarbeit, die gesellschaftliche Prozesse mit gestaltet und auf Eigentätigkeit setzt**. Sie kann sich dabei auch auf benachteiligte, marginalisierte und Gruppen und „unfreiwillige Subkulturen beziehen, und für diese Öffentlichkeiten herstellen. Sie kann zur Kommunikation unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen beitragen, in soziale Räume intervenieren und sich als Mittel für eine sozialpolitisch orientierte Soziale Arbeit verstehen. Im Vordergrund stehen ein reflexiver, politischer, emanzipatorischer Anspruch und die Schaffung kultureller und sozialer Teilhabemöglichkeiten. Damit steht sie eine einer Sozialen Arbeit mit ihren paradigmatischen Haltungen wie Empowerment, Alltagsnähe, Lebensbewältigung, Sozialraumorientierung und Partizipation nahe, auch wenn Sie andere methodische Vorgangsweisen und Konzepte aufweist.

Quellen:

Messner, Bettina/ Wrentschur, Michael (2010): Initiative Soziokultur. Diskurse. Konzepte. Praxis. Erscheint in Kürze beim Lit-Verlag.

Hiltmann, Gabriele (1989): Kulturarbeit und die Neubestimmung des Kulturbegriffes. Kulturarbeit in der Sozialarbeit zwischen Anerkennung und Ablehnung. In: Koch, Gerd (Hg.): Kultursozialarbeit – Eine Blume ohne Vase? Berlin, S. 12 - 39.

Stern, Mark J. (2004): Unter- und Überbetonungen des Raums. Einige Dilemmata in der empirischen Übersetzung der Sozialkapitaltheorie. In: Kessler, Fabian/ Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Soziale Arbeit und soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden, S.209 – 224.

Treptow, Rainer (2001): Kultur und Soziale Arbeit. Aufsätze. Münster.

Wrentschur, Michael (2009): Soziale Partizipation durch Soziale Kulturarbeit: Bewältigungs- und Empowermentprozesse an Schnittstellen von Sozialer Arbeit und kulturell-ästhetischer Praxis. In: Scheipl, Josef / Rossmann, Peter/ Heimgartner, Arno (Hrsg.): Partizipation und Inklusion in der Sozialen Arbeit. Graz, S. 168 -187.